



15. Sitzung

Mittwoch, 10. November 2004

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsidentin Bettina Bliebenich

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	689 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Aktuelle Stunde	689 A	Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drs 18/992 –	703 B
Fraktion der SPD:		Ergebnis	703 C
Schulstandortplanung: Einsparung und Verunsicherung statt mehr Qualität		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Wilfried Buss SPD	689 A, 696 C		
Robert Heinemann CDU	690 A, 695 D	Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drs 18/1084 –	704 A
Christa Goetsch GAL	690 D, 694 D		
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	692 A	Ergebnis	704 B
Britta Ernst SPD	693 A		
Marino Freistedt CDU	694 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Christiane Blömeke GAL	697 A	Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drs 18/1015 –	704 C
Fraktion der GAL:		und	
U 4: Tunnelblick kostet Hamburg Millionen		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Jörg Lühmann GAL	697 C, 702 D		
Klaus-Peter Hesse CDU	698 C	Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses – Drs 18/1047 –	704 C
Jan Quast SPD	699 B		
Claudius Lieven GAL	700 B	Ergebnisse	711 C
Gunnar Uldall, Senator	701 A		
Karin Timmermann SPD	702 B	Antrag der Fraktion der GAL:	
Fraktion der CDU:		Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Hamburg – Drs 18/1097 –	704 D
Viel Lärm um nichts – kein Kahlschlag bei den Geisteswissenschaften		und	
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)			

Antrag der Fraktion der GAL:

**Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes
in Hamburg (2)**

– Drs 18/1103 –

704 D

dazu

Antrag der Fraktion der CDU:

**Einrichtung einer Härtefallkommission
gemäß § 23 a Zuwanderungsgesetz**

– Drs 18/1185 –

705 A

und

Antrag der Fraktion der SPD:

**Einzelschicksalen besser gerecht werden
– Einrichtung einer Härtefallkommission**

– Drs 18/1187 –

705 A

Nebahat Güçlü GAL

705 A

Jens Grapengeter CDU

706 B

Aydan Özoguz SPD

707 A

Antje Möller GAL

708 B, 711 B

Dr. Andreas Dressel SPD

709 C

Wolfhard Ploog CDU

710 D

Beschlüsse

711 C

Dringlicher Senatsantrag:

**Hamburg als Standort für die Produktion
und die Endlinienfertigung des Airbus A380**

– Langfristige Sicherung von Neuenfelde

– Drs 18/1068 –

711 D

Bernd Reinert CDU

711 D

Ingo Egloff SPD

712 D

Christian Maaß GAL

713 C

Gunnar Uldall, Senator

715 D

Jens Kerstan GAL

717 C

Beschluss

719 A

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

**Opferschutz ernst nehmen – Bekommt
Hilfe, wer Hilfe benötigt?**

– Drs 18/864 –

719 B

und

Antrag der Fraktion der SPD:

**Misshandelten Frauen und Kindern
eine Zuflucht bieten – kein Abbau von
Frauenhausplätzen in Hamburg**

– Drs 18/1090 –

719 B

sowie

Antrag der Fraktion der SPD:

Stalking-Opfer besser schützen

– Drs 18/1094 –

719 B

dazu

Antrag der Fraktion der CDU:

Initiativen zum Schutz von Stalking-Opfern

– Drs 18/1186 –

719 B

Sabine Boeddinghaus SPD

719 C

Marita Meyer-Kainer CDU

720 C

Dr. Verena Lappe GAL

721 B

Dr. Roger Kusch, Senator

723 A

Petra Brinkmann SPD

724 B

Rolf-Dieter Kloos SPD

725 C

Viviane Spethmann CDU

726 A

Antje Möller GAL

726 C

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

**Werbeverbote in der Freien und
Hansestadt Hamburg**

– Drs 18/841 –

727 B

Klaus-Peter Hesse CDU

727 B

Carola Veit SPD

728 C

Farid Müller GAL

729 C

Besprechung erfolgt

730 B

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

**Bundesweit einheitliche Steuerverwal-
tungsssoftware/Projekt "FISCUS"**

– Drs 18/955 –

730 B

Beschluss

730 B

Antrag der Fraktion der SPD:

**Spreehafen: Hamburg eine zweite
Alster öffnen!**

– Drs 18/1092 –

730 C

Beschluss

730 C

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Schulstandortplanung: Einsparung und Verunsicherung statt mehr Qualität

von der GAL-Fraktion

U 4: Freytags Tunnelblick kostet Hamburg Millionen und von der CDU-Fraktion

Viel Lärm um nichts – kein Kahlschlag bei den Geisteswissenschaften

Ich rufe sodann das erste Thema auf. Das Wort wird gewünscht? – Der Abgeordnete Buss hat es.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit acht Tagen liegt der Schulentwicklungsplan vor und die Chance, die man damit hat, ist unter anderem die pädagogische Weiterentwicklung des Schulsystems, die Qualitätssteigerung von Schulen und andererseits die Konzentration von Schulstandorten in den jeweiligen Stadtteilen nach Abwägung von sozialen und stadtentwicklungspolitischen Grundsätzen und Kriterien. Beides, meine Damen und Herren, Frau Senatorin Dinges-Dierig, haben Sie verfehlt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie folgen nicht einmal den Vorgaben aus Ihrer eigenen Ist-Analyse in der ersten Stufe. Ihr Ziel ist es, Lehrerstellen und Betriebskosten einzusparen, damit Sie die Mehrkosten für die Schulzeitverlängerung bezahlen können.

(*Robert Heinemann CDU: Das ist doch Unsinn!*)

Ihre Schulpolitik ist also fiskalisch ausgerichtet, sie folgt dem Spardiktat von Senator Peiner – nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb schließen Sie auch viel zu viele Schulen und oft auch noch die falschen. Ein Beispiel sind die Grundschulen. Wer die wachsende Stadt will, meine Damen und Herren von der CDU, der darf doch nicht die inneren Stadtteile wie zum Beispiel Barmbek und Billstedt dadurch schwächen, dass er ihnen die bestehenden Grundschulen wegnimmt. Wer will denn da noch eines Tages hinziehen?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wer die Qualität von Schule stärken will,

(*Andreas Ernst CDU: Das tun wir doch!*)

der darf nicht, mein lieber Herr Kollege, die Club-of-Rome-Schulen, die erfolgreichen Ganztagschulen oder Umweltschulen schließen. Das tun Sie aber.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Hauptschule stärken und dieses System weiter aufbauen will, wie Sie, Frau Senatorin, immer wieder betonen, der darf doch nicht überproportional gerade die

integrierten Haupt- und Realschulen schließen. Wer die Weiterentwicklung des Schulsystems voranbringen und den Schulen Perspektiven für die Zukunft öffnen will, der darf doch nicht gerade die Langform – die Klassen durchgehend 1 bis 10 – an einem Schulstandort schließen, damit längerer, gemeinsamer Unterricht möglich wird. Dieses haben Sie allein siebzehn Mal vor und sparen damit keinen einzigen Euro.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Qualität des Gymnasiums stärken will, was Sie eigentlich auch vorhatten, wer in seiner eigenen Ist-Analyse, Frau Senatorin, meine Damen und Herren von der CDU, vorgibt, dass Sie eigentlich ein vierzügiges Gymnasium haben wollen, damit Sie die Vielzahl der viel zu kleinen gymnasialen Oberstufen endlich in den Griff bekommen, der darf vor diesem Problem nicht kneifen, sondern er muss es angehen. Man hat festgestellt, dass zwei Drittel der gymnasialen Oberstufen viel zu klein sind. Ihre Vorgabe war deshalb vierzügig und jetzt kneifen Sie aus Angst vor diesem Klientel vor diesem Problem.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In dieser Frage, meine Herren und Damen von der CDU, muss man auch einmal politischen Mut haben und diese Frage am Schopfe packen und mit dem Schulentwicklungsplan gemeinsam angehen. Da haben Sie doch eine große Chance.

Die SPD will erstens die Grundschule stärken. Wir wollen, dass auch zweizügige Grundschulen eine echte Qualitätschance bekommen, zum Beispiel, indem wir verstärkt dafür werben wollen, jahrgangsübergreifenden Unterricht an diesen Standorten einzuführen.

Zweitens: Wir wollen die ganze Stadt mit einer Grundlage für ein regionales Netz von Ganztagschulen überziehen. Jeder Stadtteil soll die Chance haben, eine Basis für eine Ganztagschule vorzufinden.

(*Barbara Ahrons CDU: Hoffentlich haben Sie den Finanzierungstopf auch dabei!*)

– Ja, natürlich.

Drittens: Wir wollen das Problem der gymnasialen Oberstufe, die Qualität der Gymnasien, angehen, indem wir die Oberstufen an einzelnen Standorten konzentrieren, also die Langform des Gymnasiums an einzelnen Standorten stärken.

Viertens: Wir wollen die Hauptschule stärken.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Wilfried Buss (fortfahren): Wir wollen die integrierte Haupt- und Realschule oder Gesamtschule stärken, wir wollen die Langform stärken, wie ich es vorhin schon sagte, und lehnen deshalb Ihren Schulentwicklungsplan ab, denn er trifft die kleinen Schüler, ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wir haben über "Schluss" unterschiedliche Auffassungen.

C

D

A) **Wilfried Buss** (fortfahrend): ... die jetzt lange Wege gehen müssen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

"Für Schulen müssen bestimmte Mindestgrößen gelten. Zu kleinen Schulen sind pro Schülerin und Schüler teurer, bieten weniger Wahlmöglichkeiten und haben nicht genug Flexibilität, um zum Beispiel Unterrichtsausfall zu vermeiden oder ausreichend unterschiedliche Kursangebote sicherzustellen."

Ich hätte jetzt ein bisschen Applaus von der SPD erwartet. Ich habe gerade ihr September-Papier vorgelesen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Wer eben die Rede von Herrn Buss gehört hat, der stellt fest, dass die Aussagen der SPD eine Halbwertszeit von unter drei Monaten haben. Statt konstruktiv und im Sinne Ihres Papiers die Schulentwicklungsplanung zu begleiten oder konkrete Alternativen anzubieten, suchen Sie Ihr Heil im Lokalpopulismus.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen ganz allgemein, Schulen müssten geschlossen werden – natürlich –, aber nicht die, nicht die und die in meinem Wahlkreis schon gar nicht. Fröhlich vermengen Sie auch Dinge, von denen Sie genauso gut wissen wie ich, dass sie überhaupt nicht zusammengehören.

Sie führen in Ihrem neuen Papier zum Beispiel die KESS-Studie an, dabei hat uns der Autor Professor Bos im Schulausschuss ausdrücklich erklärt, dass sie überhaupt nicht als Grundlage für eine Schulentwicklungsplanung taugt. Weshalb fordern Sie das denn hier wider besseren Wissens? Auch die Schulentwicklungsplanung und das Ganztagsschulprogramm bringen Sie in der Reihenfolge völlig durcheinander. Derzeit bewerben sich die Schulen darum, zum 1. August 2005 mit pädagogischen Konzepten Ganztagsschule zu werden. Wir werden die Zahl der Ganztagsschulen in Hamburg nach Auswertung dieser Konzepte deutlich erhöhen.

Aber natürlich ist es sinnvoll, erst zu wissen, welche Standorte langfristig erhalten bleiben, bevor man dann in Ganztagsschulen investiert. Deshalb brauchen wir jetzt die Schulentwicklungsplanung und dann das Ganztagschulprogramm.

(Beifall bei der CDU)

Umgekehrt führt das genau zu den Entwicklungen, die Sie am Gymnasium St. Georg in Horn zu Recht kritisieren.

Lieber Herr Buss, wenn Sie mit uns der Meinung sind, dass wir zu kleinen Schulen haben, und wenn Sie nicht mit uns der Meinung sind, dass wir die richtigen Schulen schließen, dann müssen Sie uns nicht nur sagen, welche Schulen wir nicht schließen dürfen, sondern auch konkret Ihre Alternativen nennen.

(Doris Mandel SPD: Irgendetwas müsst ihr auch alleine machen!)

Die GAL hat das am Montag zumindest probiert. Sie möchte danach langfristig die Gymnasiallandschaft in Hamburg zerschlagen, um ihre geliebte Einheitsschule durchzusetzen.

(Buh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Die GAL will wenige große Oberstufen – ich habe gehört, die SPD jetzt auch – statt vieler kleiner Oberstufen. Liebe Frau Goetsch, Sie hatten gestern Abend nicht den Mut, den Eltern der Otto-Hahn-Schule genau das ins Gesicht zu sagen. Stattdessen haben Sie plötzlich eine einzügige Oberstufe vorgeschlagen und gesagt, na ja, die Max-Brauer-Schule macht ja auch eine Profioboberstufe mit einem Zug. Man kann also plötzlich auch einzügige Oberstufen machen, wenn die Eltern konkret vor einem stehen. Was denn nun, Frau Goetsch?

Weiterhin habe ich gestern erfahren, dass Sie eigentlich gegen die Schließung der Gymnasien Tonndorf, Barmbek-Uhlenhorst und Horn sind, während Sie wenige Tage zuvor noch verkündeten, drei Gymnasialschließungen seien Ihnen persönlich viel zu wenig und den älteren Schülern könne man ja wohl längere Schulwege zumuten. Was wollen Sie eigentlich, Frau Goetsch?

(Beifall bei der CDU)

Ist das jetzt die klare, inhaltlich pädagogische Linie, die Sie beim Schulentwicklungsplan immer einfordern?

Sie fordern auch "Kurze Beine – kurze Wege". Es wird Ihnen vielleicht nicht entgangen sein, dass die Bildungsbehörde zum Beispiel in den Vier- und Marschlanden nicht eine einzige Schule zur Schließung vorgeschlagen hat, obwohl wir dort viele sehr kleine Grundschulen haben. Wir nehmen nämlich das Thema der kurzen Schulwege sehr ernst, Herr Buss. Die GAL hingegen fordert überall große Einheitsschulen mit den Klassen 1 bis 9. Alle bestehenden Schulen sollen nach ihrem Papier zu Gemeinschaftsschulen mit den Klassen 1 bis 9 zusammenwachsen. Weshalb sagen Sie nicht ehrlich, dass wir dafür deutlich mehr Schulen schließen müssten als jetzt vorgeschlagen? Weshalb sagen Sie nicht ehrlich, dass das noch viel längere Schulwege zur Folge hätte? Weshalb benennen Sie nicht die Standorte, die Sie dafür konkret im Auge haben?

Liebe Opposition, sagen Sie den Bürgern, was Sie konkret planen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das tut doch weh!)

haben Sie den Mut, verlassen Sie die inhaltslose Rhetorik – ich komme zum Schluss – und geben Sie endlich "Butter bei die Fische". – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, wenn Sie noch weiter so über die Einheitsschule reden, dann treten Sie langsam in die Fußstapfen Ihrer Senatorin mit der SED-Einheitsschule und haben leider immer noch nicht verstanden, was wir hier eigentlich wollen.

(Beifall bei der GAL – Frank-Thorsten Schira CDU: Sagen Sie das doch!)

A Die Debatte zeigt uns eindeutig, dass wir in der Stadt über einen Schulschließungsplan und nicht über einen Schulentwicklungsplan sprechen. Das ist genau das Problem, das wir haben. Frau Senatorin hat gestern Abend öffentlich zugegeben, dass sie den Standortplan von einer Qualitätsentwicklung trennen will. Das war gestern sozusagen der Offenbarungseid beim "Abendblatt-Forum". Sie hat uns einen Schließungsplan vorgelegt, der rein technokratisch ist – das haben Sie eben wieder unterstützt, Herr Heinemann –, sich nach Zügigkeit und nach Schulgrößen richtet und qualitative Fragen total auslässt. Herr Bos hat in der Schulausschusssitzung eindeutig gesagt, er empfiehlt uns, das nicht außen vor zu lassen, nicht ausschließlich, aber die KESS-Studie eigne sich, es mit einzubeziehen. Das war der Originalton.

Aber was Sie gestern an den Tag gelegt haben, Frau Senatorin, und Sie als CDU-Vertreter, war eine reine Bankrotterklärung, weil Standort und Qualität zusammengehören. Das Hauptproblem ist, dass Ihnen ein Gesamtleitbild fehlt. Deshalb kommen Sie in diese seltsame Situation, wie gestern zum Beispiel bei Argumentationen immer hinterherhecheln zu müssen, die Investitionen oder die Stadtentwicklung nicht mit einbezogen zu haben. Dann bringen Sie solche Klopfer wie die Schule Rönnkamp, die Sie jetzt dicht machen wollen, obwohl gerade 11 Millionen Euro in sie investiert wurden und sie energetisch auf dem besten ökologischen Stand und barrierefrei ist. Wenn das nicht verpulvertes Steuergeld ist? Ich frage mich, wer da eigentlich wie gearbeitet hat.

(Beifall bei der GAL)

B Leider bestätigt sich das, was wir seit drei Jahren kennen: In der Schulbehörde weiß die linke Hand nicht, was die rechte macht, und umgekehrt, es wird nämlich erst gehandelt und dann nachgedacht.

Das Leitbild stimmt nicht mit dem Gesamtleitbild überein. Deshalb wird eine Grundschule dichtgemacht, obwohl zum Beispiel über 90 Prozent der Schüler zu Fuß kommen. Vor vier Wochen wurde diese Schule in Iserbrook von Senator Freytag als "tolle" Schule ausgezeichnet und jetzt wollen Sie wieder das "Mama-Taxi" und diese Schule zumachen. Mit wem haben Sie da eigentlich kommuniziert, frage ich mich hier.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie sagten, Standort und Qualität gehören nicht zusammen. Auch das ist eine irrwitzige Widersprüchlichkeit: Sie ließen vor vier Wochen durch eine Jury Schulen aussuchen, Frau Senatorin, sich beim Wettbewerb Club of Rome zu bewerben. Vier Wochen später heißt es, diese Schule solle zugemacht werden. Herr Heinemann sagte, man wollte erst wissen, wie der Schulentwicklungsplan aussähe und dann die Ganztagschulen verteilen. Sie haben aber bestehende Ganztagschulen mit Mittagstisch ausgebaut und mit Angeboten versehen – beispielsweise eine Stadtteilschule, die von der ZEIT-Stiftung gefördert wird – und wollen sie zumachen. Das verstehe ich nicht. Sie haben kein Gesamtleitbild, wie die GAL es vorgelegt hat.

(Lachen bei Robert Heinemann CDU)

– Wir haben ein Leitbild.

Ich will ganz kurz etwas zu den Oberstufen sagen. Herr Heinemann, Sie haben es immer noch nicht begriffen, ich

C habe ausführlich erläutert, dass wir entscheiden müssen. Sie haben sich ja heute entschieden, wie man dem "Hamburger Abendblatt" entnehmen kann, Sie wollen die gymnasialen Oberstufen wieder in die Sechzigerjahre zurückführen und Klassenlehrerverbände einrichten. Na schön, das ist eine moderne Schulentwicklung.

Es gibt zwar die Möglichkeit, die kleinen Gymnasien bestehen zu lassen. Sie können dann aber keine eigene Oberstufe bilden, das wissen Sie genauso wie ich. Die Otto-Hahn-Schule haben wir als Beispiel aufgeführt, weil es eine einzügige Schule ist, die keine Oberstufe bilden kann. Das haben wir deutlich gesagt. Man könnte aber prüfen, ob sie eine Profiloberstufe macht, aber nicht das ganze Drumherum, was eine gymnasiale Oberstufe eigentlich braucht.

Das ist immer noch nicht begriffen worden. Wir leisten uns in Hamburg den Luxus, 86 gymnasiale Oberstufen zu haben, von denen 52 zu klein sind. Da muss zusammengelegt werden. Sie würden dabei mehr sparen, als wenn Sie die kleinen Grundschulen schließen, was letztendlich wieder gefährlichere Wege für die Kinder bedeutet.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Noch ein Wort zum Verfahren. Sie hinken immer hinterher und jetzt fahren Sie überall herum und versuchen zu erläutern, warum die oder die Schule geschlossen werden soll. Angeblich haben Sie hier das beste Verfahren der Welt gewählt. Nein, das haben Sie nicht. Sie haben es im Grunde genommen so wie immer gemacht: Die Schulbehörde macht einen Vorschlag, alle dürfen sich äußern. Dann habe Sie ein zweites Verfahren einbezogen und sonst hat sich nichts geändert. Die GAL hat ein moderiertes Verfahren vorgeschlagen, indem erst die Leute einbezogen und beteiligt werden, und dann wird entschieden und nicht umgekehrt. So haben Sie die ganze Gemeinde vor den Kopf gestoßen, anstatt vernünftig mit Beteiligung ein Konzept vorzulegen. Insofern ist es für die Eltern überhaupt nicht verständlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Frau Senatorin hat gestern auch noch gesagt, die Lehrer könne man umsetzen, aber die Gebäude nicht. Eine Schulentwicklungsplanung haben Sie, Frau Senatorin, anscheinend noch nie persönlich mitgemacht.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie davon Ahnung hätten, dann wüssten Sie, dass eine Schule eine lernende Organisation ist.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Christa Goetsch (fortfahrend): Da kann man nicht einfach sagen, die Idee wird weitergetragen. So geht das nicht. Da sollten Sie sich besser beraten lassen oder vielleicht auch einmal vor Ort sein. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dinges-Dierig.

A **Senatorin Alexandra Dinges-Dierig:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Opposition kritisiert wieder mit groben Rundumschlägen und ohne leider konkrete themenbezogene Argumentation.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wenn Sie gelangweilt sind, wenn Sie keine Lust haben!)

Dabei wissen Sie, wie wir alle hier im Hause, dass ein Schulentwicklungsplan im Sinne einer Schulstandortplanung schlankere Strukturen, pädagogisch und ökonomisch effizientere Einheiten schaffen muss. Das war auch Ihre Ansage.

Ich bin Ihnen dankbar dafür, Herr Heinemann, dass Sie den Beweis für die unehrliche Argumentation der Opposition anhand von SPD-Papieren und der Aussagen des gestrigen Abends deutlich gezeigt haben.

(Beifall bei der CDU und Bravo-Rufe und Zurufe von *Thomas Böwer SPD*)

Wenn wir schon von Schulprofilen und Schulformprofilen reden und diese auch verwirklichen wollen, Frau Goetsch, dann verstehe ich nun wirklich nicht, warum Sie mit einer Schließung von dutzenden von Gymnasien und durch Zerstörung gerade des gymnasialen Profils – das nämlich von 5 bis 12 oder 5 bis 13 läuft – Rumpfgymnasien und übergroße Oberstufenzentren plus Ihrer Einheitsschule schaffen wollen. Das kann es nicht sein im Sinne von Schulformprofilierung.

(Beifall bei der CDU)

B Wir haben uns in der Bildungsbehörde, so denke ich, im Großen und Ganzen an den Geist und die Buchstaben des Beschlusses der Bürgerschaft zur Schulentwicklungsplanung gehalten.

Falls es in Vergessenheit geraten sollte, dieser Beschluss ist mit Zustimmung der SPD und Ihrer Enthaltung zustande gekommen. Das heißt, wir haben ein zweistufiges Verfahren und in der ersten Stufe wurden alle Beteiligten gehört. Wir haben dazu 450 Rückmeldungen bekommen, die auch ausgewertet und berücksichtigt wurden. Wir haben bei der Auswahl, was den Geist der Schulentwicklungsplanung angeht, keine bildungspolitischen Scheuklappen von gestern ausgepackt,

(*Manuel Sarrazin GAL*: Nein, von heute!)

indem wir die Bildungsstrukturmärkte wieder haben aufleben lassen. Wir haben stattdessen versucht, uns an sachgerechten Maximen zu orientieren: Mindestgrößen, Mindestzügigkeiten, pädagogisch und ökonomische Entscheidungen. Sie wissen selber, wären wir rein nach ökonomischen Kriterien vorgegangen, dann wäre ein Vielfaches von Schulstandorten geschlossen worden.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das ist beruhigend, Frau Senatorin!)

Die Anzahl zeigt genau, dass abgewogen wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir von innovativen, pädagogischen Konzepten sprechen, beispielsweise von jahrgangsübergreifendem Unterricht und größerer Selbstverantwortung, Zurückdrängung von Unterrichtsausfall, dann brauchen wir eine optimale, verlässliche Grundlage. Diese Grundlage kann kein System sein, das in den Siebzigerjahren für eine Schülerzahl von 250 000 Schülern, in den Achtzigerjah-

C ren immer noch von 190 000 Schülern vorgehalten wurde, wenn wir heute in Hamburg 150 000 Schüler haben. Das kann nicht mehr zusammenpassen.

(Beifall bei der CDU)

An der Stelle hätten wir jetzt schon eine andere Ausgangsposition, wenn Sie Ihre Schulaufgaben schon beim letzten Schulentwicklungsplan, den Sie in rotgrüner Zeit entwickelt haben, gemacht hätten, denn damals waren wir schon bei der heutigen Schülerzahl, allerdings mit einer Prognose, die leicht ihr Ziel verfehlt hat. Sie haben damals 165 000 Schüler prognostiziert, heute haben wir 150 000.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wachsende Stadt!)

Der Plan zeigt durch die Rückkopplung auch mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, dass wir die Stadtteilentwicklung mit der demografischen Entwicklung sehr wohl berücksichtigt haben. Das können Sie auch an den Schulwegen erkennen. Es geht nicht um einzelne Schulwege eines einzelnen Kindes, sondern in der Gesamtheit der Stadt, und dafür tragen wir die Verantwortung. Wir haben auch die Schülerströme berücksichtigt.

Frau Goetsch, die Priorität der Eltern bei der Anwahl einer Grundschule geht in den letzten Jahren eindeutig hin zu eigenständigen Grundschulen. So haben die Eltern versucht zu wählen, so haben die Eltern versucht, auch aus ihrem Bezirk herauszukommen mit allerlei Tricks, mit Tagesmutter und dergleichen, weil sie eine eigenständige Grundschule wollten. Wir versuchen auch dieses bei der Schulstandortplanung mit zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

D Ich möchte heute wiederholen, was ich gestern Abend gesagt habe: Wir haben momentan einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wir diskutieren über einen Entwurf. Das zeigt, dass ich die Diskussionen, die ich gestern Abend und in den vergangenen Wochen geführt habe, über die nächsten Tage und Wochen hinweg fortsetzen werde. Ich werde aber auf keinen Fall vor dem Versuch zurückweichen, Einzelinteressen über das Große und Ganze über eine bessere Gestaltung des gesamten Systems zu stellen. Das können wir uns nicht erlauben.

(Beifall bei der CDU)

Was ich in den letzten Tagen erlebt habe, war nicht so, wie ich es bisher von der Opposition gehört habe. Die Stimmung in der Stadt ist nämlich nicht so, wie Sie sie wiedergegeben haben. Die Unterstützung für die Modernisierung unseres Schulwesens, wie es der Schulentwicklungsplan in den Grundstrukturen anlegt, wird mir von unglaublich vielen Bürgern – auch aus vielen Schulen – signalisiert.

Ich denke, dass wir auch Informationen aus den Medien haben. Ich denke nur an die Überschrift von Uwe Bahnsen in der "Welt am Sonntag", der schreibt: ein guter Wurf.

(Beifall bei der CDU und Oh-Rufe von der SPD – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, das Wort hat die Senatorin Dinges-Dierig.

A **Senatorin Alexandra Dinges-Dierig** (fortfahrend): Wir werden diesen guten Wurf zum Wohle unseres Schulsystems in Hamburg auf dem Weg zu einer am Ergebnis gemessenen eigenverantwortlich agierenden Schule umsetzen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Die Abgeordnete Ernst hat das Wort.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin Dinges-Dierig, Ihr Beitrag hat gezeigt, dass Sie sich weder gut in der Hamburger Schullandschaft auskennen noch die Hamburger Journalisten lange genug kennen, um sie solide einschätzen zu können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man muss ein Lob in Hamburg schon beurteilen können.

Frau Dinges-Dierig, Herr Heinemann, die Debatte gestern Abend und auch die heutige Diskussion zeigen klar, dass Sie sich davon verabschiedet haben, einen strategischen Plan für Hamburgs Schulen vorzulegen, falls Sie es je vorhatten. Sie haben sich davon verabschiedet, Hamburgs Schulen zu sagen, wohin die Reise gehen soll, wie Schulen gestaltet werden, wo zum Beispiel Ganztagschulen eingerichtet und welche Schritte eingeleitet werden sollen, damit wir in Hamburg zu einer besseren Qualität der Schulen kommen. Darauf wird in Hamburg gewartet und davon haben Sie sich endgültig verabschiedet. Das zeigt die Debatte.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin Dinges-Dierig, Ihr hübscher Eingangssatz, mit dem Sie die Debatte im Parlament abqualifiziert haben, den Sie sich haben aufschreiben lassen, zeigt eigentlich auch, dass Sie gar nicht bereit sind, auf die inhaltliche Diskussion in dieser Stadt einzugehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der gestrige Abend war aus meiner Sicht ein Fiasko für die CDU und für ihren Schulschließungsplan.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: So unterschiedlich kann die Wahrnehmung sein!*)

Herr Heinemann, ich sage Ihnen auch, worum es geht. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir uns nicht zu Alternativen bekennen. Ich glaube, wir reden dann wirklich aneinander vorbei. Wir gehen nicht mit Ihnen in einen Wettstreit, welche Schulen wo geschlossen werden und wie viele Schule man noch schließen kann,

(*Bernd Reinert CDU: Eben!*)

sondern wir gehen mit Ihnen einen Wettstreit darüber ein, was man in Hamburg machen muss, um Hamburgs Schulen zu verbessern. Dafür gibt es einen Schulentwicklungsplan und davon sind Sie inzwischen völlig weg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Deshalb möchte ich die Defizite auch noch einmal benennen. Wir streiten hier seit längerem darüber, wie wir die Grundschulen in Hamburg stärken können. Sie haben einen Plan vorgelegt, wonach wir 30 Grundschulstandorte weniger haben werden. Das ist eine falsche Perspektive, die Sie hier einschlagen. Sie haben darauf verzichtet, die

Integration der Förderschulen mit einzubeziehen. Sie haben darauf verzichtet, grundschulische und vorschulische Bildung zu verzähnen und Eltern eine Antwort zu geben, wo es die nächsten zehn Jahre hingehen soll. Deshalb ist Ihr Plan schlecht und leistet hier nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie werfen der Opposition vor, sie würde sich nicht der Frage der Effizienz des Schulwesens stellen.

Bei den zwei entscheidenden Fragen, an die Sie herangehen müssen, versagen Sie vollständig. Einen Punkt hat Frau Goetsch genannt, das ist die Frage der gymnasialen Oberstufe.

Uns geht es darum, dass künftig in Hamburg die Schülerinnen und Schüler an gymnasialen Oberstufen, wenn sie es wollen, Französisch oder Physik als Leistungskurs wählen können. Das ist in Hamburg nicht gewährleistet und das wird durch Ihren Plan auch nicht gewährleistet. Da drücken Sie sich vor den Antworten, die man geben muss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hier geht es auch um Ressourcenverschwendungen. Wo auch Ressourcen nicht optimal eingesetzt werden, sind die Hauptschulen in Hamburg. Sie wissen es. Nur noch 11 Prozent der Schülerinnen und Schüler gehen in Hamburg auf eine Hauptschule. Dort sammeln sich Schülerinnen und Schüler mit sehr negativen Schulkarrieren und alle haben große Probleme, hier zu gutem Unterricht zu kommen. Wir wissen, dass man mit integrierter Beschulung erfolgreicher arbeiten kann, aber Sie verweigern diesen konsequenten Schritt, weil Sie seit 30 Jahren die Stärkung der Hauptschule fordern, obwohl dort keiner mehr hin will, die Schüler nicht, die Eltern nicht und die Lehrer wollen dort auch nicht mehr unterrichten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Schauen Sie sich die Anmeldezahlen an. In den Hauptschulen in Hamburg sind noch 11 Prozent Schülerinnen und Schüler und man wird ihnen nicht durch Ihre verbalen Lobhudeleien gerecht, sondern durch konkrete Verbesserungen.

Frau Senatorin, mit diesem Schulstandortplan, mit diesem Schulschließungsplan wird soviel Qualität an Hamburgs Schulen kaputtgemacht, wie gestern auch geäußert wurde. Wie kommen Sie eigentlich dazu, die Schule Hermannstal, an der sich die ZEIT-Stiftung seit Jahren engagiert, um diesen Schülern vor Ort zu helfen, die dort Geld und Wissen investiert, zu schließen und dieses Engagement von privater Seite für null und nichtig zu erklären?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich finde, Ihre Argumentation ist rein ökonomistisch. Ich glaube auch, dass Sie die Zeichen der Zeit überhaupt nicht erkannt haben. Sie haben Hamburgs Eltern gestern vorgeworfen, sie hätten ein überzogenes Anspruchsdenken in Bezug auf die Schulen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich mir das größte Anspruchsdenken von Hamburgs Eltern für ihre Kinder wünsche, weil das das Beste ist, was uns in Hamburg passieren kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Freistedt.

A **Marino Freistedt** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute über Schulentwicklungsplanung zu sprechen, wäre nicht notwendig, wenn in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre

(Ah-Rufe bei SPD und der GAL)

seitens der damaligen Regierung eine vernünftige und zukunftssichere Schulstandortplanung vorgenommen worden wäre.

(Beifall bei der CDU)

Kritisieren Sie bitte als Oppositionspartei nicht unser Verhalten, sondern stehen Sie zu den Versäumnissen Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der CDU)

In einer Pressemitteilung vom 2. November haben Sie, Frau Goetsch, gesagt, dass mit Ihrem Programm viele Probleme auf einen Schlag gelöst würden, zum Beispiel, wenn Oberstufenzentren gegründet und Stadtteilschulen in Klassen 1 bis 9 zusammengefasst würden.

Also, das ist nun wirklich ein Schlag. Sie zerschlagen damit Bildung, Sie zerschlagen damit auch eine eingeführte Erziehung. Wie soll denn künftig – und jetzt gehe ich ins Detail – eine zwei- oder zweieinhalbjährige Oberstufe, ein Zentrum, das dort möglicherweise entsteht, funktionieren? Die Schülerinnen und Schüler sind doch maximal zwei Jahre zusammen, sie haben eine Abiturzeit und zu Beginn ihrer Oberstufenzzeit eine Eingewöhnungszeit. Das ist eben nicht eine Bildung, die die gesamte persönliche Entwicklung des Schülers im Auge hat.

B (Beifall bei der CDU)

Dieser Vorschlag ist gefährlich und er zerstört den ganzheitlichen Bildungsauftrag unserer Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen die Eltern nicht, das will die Lehrerschaft nicht, denn dieses ist keine sinnvolle pädagogische Zielsetzung. Der Senat und die CDU-Fraktion haben in den letzten zurückliegenden Jahren bewiesen, dass sie mit der Schwerpunktsetzung Fordern und Fördern Leistungsimpulse in besonderer Weise gesetzt haben und genau darin liegt unser Leitbild. Bildung ist hier kein Reizwort, sondern setzt eine nachhaltige Entwicklung in Gang, von der unsere Schüler profitieren.

In Ihrem Schulentwicklungsplan habe ich nichts erkennen können, was Inhalte beschreibt. Es sind Worthülsen und Formeln

(Beifall bei der CDU)

und das zeigt, dass Sie bis heute nichts dazugelernt haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie betreiben Etikettenschwindel, wenn Sie behaupten, dass die für alle Schüler gemeinsame neunjährige Schule zukunftsweisend ist. Dieses ist kein Konzept, mit dem wir in die Zukunft gehen können.

(*Petra Brinkmann und Wilfried Buss, beide SPD:*
Warum denn nicht?)

Ich möchte noch auf die Stadtteilschule eingehen. Wir haben in Hamburg tatsächlich viele Schulen, die in ihren Stadtteilen verankert sind. Gerade der Protest, den Sie

C übrigens tatkräftig unterstützen, zeigt doch ganz deutlich, dass wir dort keine neue Form brauchen.

Lassen Sie mich noch zu einer Auswirkung des Antrags der GAL kommen, so wie er gestern und in den letzten Tagen in der Zeitung stand. Das integrative System steht vor einem gewaltigen Problem, das Sie bisher verschwiegen haben. Wie können wir bei dieser unstrukturierten Zusammenfassung aller Schüler wirkungsvolle Binnendifferenzierungen erreichen? Kein Wort dazu. Das bedeutet nämlich, dass wir in den neu zu gründenden Schulen auch Erweiterungen vornehmen. Das kostet Personal, das kostet Geld. Sie haben dazu geschwiegen.

Unsere Senatorin hat Lob und Anerkennung verdient, dass sie diese Schulstandortdebatte jetzt in vollem Umfang begonnen hat. Wir sind ergebnisoffen und werden uns die Informationen und Hinweise der Eltern, Lehrer und Schüler wirklich anhören. Seien Sie bitte einmal ehrlich und benennen Sie die Standorte, die Sie schließen wollen. Die Fragen sind eben schon gestellt worden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Erfahrung zeigt, dass unser Bildungssystem durchlässig ist.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Wir haben das bessere Konzept, Lernkultur und Lernqualität werden wir auch künftig fordern und wir werden dafür sorgen, dass die Schulstandortentwicklungen so, wie Sie sie jetzt betrieben haben, so, wie Sie sie in der Öffentlichkeit dargestellt haben, nicht durchgesetzt werden, sondern dass wir vernünftig auf der Grundlage des Referentenentwurfes weiterdiskutieren und in den nächsten Jahren eine sehr erfolgreiche Schulpolitik betreiben werden.
– Ich danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Freistedt, wir werden da nicht zusammenkommen.

(*Wolfgang Drews CDU:* Oh, schlimm!)

Sie gehen von der Maßgabe, von dem Leitbild aus, dreigeteilt ist gut. Wir gehen nicht davon aus, dass dreigeteilt gut ist. Wir wollen das gegliederte System nicht weiter zementieren. Unser Leitbild heißt erstens: Kurze Wege für die Grundschulkinder. 1,3 Kilometer ist Pi mal Dauen die Leitlinie.

Zweitens: Die Stufen 5 bis 9 wachsen zusammen. Das sind Schritte hin zu unserem Konzept "9 macht klug". Genau das Gegenteil von Ihrer SED-Einheitsschule, die Sie uns vorwerfen.

Das Dritte sind die leistungsfähigen Oberstufen. Dazu müssen Sie sich einmal die Antwort des Senats auf die Große Anfrage vom 24. September 2004 anschauen. Ich lese Ihnen einmal die Situation vor und da werden Sie mit "dreigeteilt" nicht weiterkommen. Ich hatte eben schon gesagt, dass von 86 Oberstufen 52 weniger als die durchschnittlich notwendigen 60 Schüler haben. Wie sieht die Situation aus? Ich will die Auswertung einmal vorlesen. Leistungskurse in Gemeinschaftskunde, Chemie, Physik gab es in der Hälfte aller Oberstufen nicht mehr.

A Leistungskurse in Informatik, Französisch, Musik gab es nur in zehn beziehungsweise 15 der 86 Oberstufen. Was ist das für ein Armutszeugnis, dass wir in Hamburg nicht mehr diese Leistungskurse anbieten können? Das müssen Sie sich doch einmal anschauen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Schuljahr 2003/2004 findet sich offenbar nur in einer einzigen Hamburger Oberstufe im Jahrgang 12 ein fast vollständiges Leistungskursangebot. Wo ist das? Im Eimsbütteler Modell, in der einzigen großen, vernünftig zusammengelegten Oberstufe aus dem Helene-Lange-Gymnasium, dem Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer und zum Teil noch in Kooperation mit dem Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium. Das heißt, Sie kommen gar nicht weiter, wenn Sie jetzt versuchen, die Standorte mit zwei- und dreizügigen Gymnasien zu halten. Sie werden nie die Oberstufen bilden können. In mehreren Oberstufen gibt es in Physik, Informatik, Französisch und Latein gar keinen Unterricht mehr, das heißt, es gibt gar keine Einrichtungen von Grundkursen mehr. Die sind gar nicht mehr erlaubt, weil die Möglichkeiten nicht bestehen.

Intensivkurse, Projektergänzungskurse in Vorstufen sind zugunsten der Grundversorgung gestrichen worden. Ich könnte diese Liste ohne Ende fortsetzen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das geht nicht! Sie haben nur fünf Minuten Redezeit!)

Schauen Sie sich die Auswertung an. Das ist die Katastrophe. Es ist nicht mehr gewährleistet, dass wir in unseren Oberstufen ein qualitatives Leistungsangebot haben und dass wir junge Leute dazu bringen, dass sie fähig sind, auf unseren Universitäten gut vorbereitet anzufangen. Das ist der Auftrag, den Sie bewältigen müssen und das wird Ihnen nicht gelingen, indem Sie zum alten Klassenverband zurückkommen.

(Beifall bei der GAL und bei *Thomas Böwer und Dr. Andrea Hilgers, beide SPD*)

Jetzt noch etwas zur Durchsichtigkeit. Mit dem Vorwurf, Tonndorf, Barmbek-Uhlenhorst und Horn werden doch geschlossen und uns reicht das noch nicht. Gestern hat eine Mutter sehr deutlich beim Schulforum ihrem Ärger Luft gemacht. Sie sagte – Zitat –:

"Sie habe es satt, dass die Schulen gegeneinander ausgespielt werden. Sie wisse nicht, warum Tonndorf, Barmbek-Uhlenhorst, Horn geschlossen werden, andere aber, die genauso klein sind, nicht."

Das wird nicht öffentlich und transparent gemacht und die Senatorin toppt das heute noch. Wenn ich das "Hamburger Abendblatt" zitieren darf:

"Die Schulen hätten ja jetzt noch genug Zeit, sich ins Zeug zu legen, um ihre besondere Bedeutung herauszustellen."

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Ich frage Sie, was ist das für eine großartige Bürgerbeteiligung, Herr Heinemann, die Eltern jetzt noch einmal vier Wochen ins Rennen zu schicken. Darwinismus lässt grüßen. Das kann es doch nicht sein, das ist doch keine Partizipation.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Noch einmal zur wachsenden Stadt, Herr Heinemann. Sie haben gestern ein Eigentor geschossen. Sie haben zur wachsenden Stadt Folgendes gesagt – der Bürgermeister sollte vielleicht zuhören –: Man kann das vielleicht halten, aber von Wachsen ist gar nicht zu sprechen.

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Das war eine sehr bezeichnende Aussage.

(Zurufe von der SPD und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Er hat völlig Recht!)

Wir sind uns nun, glaube ich, wirklich einig, dass wir eine Schulentwicklungsplanung brauchen. Dazu gehört auch, dass Standorte zusammengelegt werden, aber das muss transparent laufen. Ich habe Ihnen eben unser Leitbild dargestellt. Sie haben die Förderschulen, die Sprachheilschulen und die Vorschulklassen nicht mit einbezogen. Da sind qualitative Mängel und Sie haben das Verfahren nicht entsprechend durchgeführt.

Ich würde Ihnen, Herr Heinemann, und der CDU-Fraktion vorschlagen: Nehmen Sie doch den Druck aus dem Kessel, geben Sie dem Verfahren mehr Zeit, nehmen Sie die Kritik ernst und der Senatorin würde ich raten: Gehen Sie doch bitte zurück auf "Los", fangen Sie noch einmal von vorne an und machen Sie einen Schulentwicklungsplan, der auch den Namen verdient. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

(Zuruf von der SPD: Erkläre das mal, bitte!)

D

Robert Heinemann CDU: Wir können uns ja gerne das Band anhören. Ich habe gesagt, dass die Schülerzahlen in den nächsten Jahren nicht wachsen, das heißt wir müssen uns die Altersverteilung insgesamt angucken.

Es hilft jedenfalls den Schulen nicht, wenn wir Dreißigjährige nach Hamburg kriegen, denn dadurch werden wir die Schulen vermutlich nicht füllen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Ich habe gestern schon gesagt, dass man uns viel vorwerfen kann.

(Weitere Zurufe von der SPD und der GAL – *Glocke*)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, lassen Sie mich für Ruhe sorgen. Nicht jeder heißt hier Heinemann. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Nicht jeder Heinemann wird Bundespräsident! – *Glocke*)

Das gilt auch für den Abgeordneten Dr. Maier, der bekanntlich auch nicht Heinemann heißt. Herr Heinemann, fahren Sie bitte fort.

Robert Heinemann (fortfahrend): Man kann uns viel vorwerfen, aber bestimmt nicht, dass wir nicht für ausreichend Beteiligung gesorgt hätten. Wie lief es denn früher? Früher war es so, dass sich die Bildungsbehörde – damals noch BSJB – ins stille Kämmerlein zurückgezogen hat, etwas erarbeitet hat. Dann kam irgendwann die

C

A Lösung heraus, dann wurde draußen kurz diskutiert und dann wurde das durchgezogen. So war das damals.

Frau Ernst, wir haben uns gemeinsam auf einen Weg geeinigt und gesagt, erst einmal geben wir die Ist-Analyse an die Schulen, an die Kreiselternräte, an die Bezirksversammlungen, damit zum einen die Daten abgeglichen werden – das finde ich immer sehr wichtig, weil ich auch nicht jeder Zahl traue, die da steht – und zum Zweiten, damit Vorschläge gemacht werden können. Diese Vorschläge haben auch einige Bezirksversammlungen und Kreiselternräte gemacht. Wenn man sich das einmal genau anguckt, dann stellt man fest, dass die Meinungen der einzelnen Schulen natürlich sehr unterschiedlich sind. Natürlich waren gestern Abend die vertreten, die jetzt von der Schließung betroffen sind. Das verstehe ich auch. Aber ich war zum Beispiel am Montagabend in Rahlstedt. Die Schule Schierenberg ist natürlich zutiefst betroffen, dass sie geschlossen wird – übrigens ist das, wenn man so will, unsere Klientel in Schierenberg. Das heißt, wir gehen da völlig unideologisch und ohne Klientelpolitik vor. Kamminer Straße sagt hingegen, das wollten wir schon immer, denn wir brauchen für eine gute Durchmischung unserer Schülerschaft dringend die Schüler vom Schierenberg. Nun sagen Sie, Frau Goetsch, wie bringen Sie in einem Moderationsverfahren diese beiden Schulleiter dazu zu sagen, diese eine Schule schließen wir. Das ist doch völlig utopisch und an der Realität vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen auch Anforderungen an einen Schulentwicklungsplan – vielleicht ist der Name unglücklich, da gebe ich Ihnen sogar Recht – ...

B (Heiterkeit bei der GAL)

– Nicht der Name, den die Behörde ihm gegeben hat, sondern der in dem Schulgesetz steht. Im Schulgesetz ist nämlich ein Schulentwicklungsplan ein Schulstandortplan. Sie erwarten jetzt die globale große Linie, den großen Wurf, die PISA-Lösung für die nächsten 20 Jahre. Das kann kein Schulentwicklungsplan, sondern dazu gehören viele, viele Einzelmaßnahmen. Ich nenne nur das Thema Lehrerbildung. Dazu gehören natürlich die ganzen Bereiche um die Ganztagsschule. Dazu gehört das Thema Verlässlichkeit, dazu gehört das Thema der verbindlichen Abschlussprüfung und so weiter. Das kommt nicht alles in ein Papier – ich glaube, das wäre auch ein bisschen zu viel des Guten –, sondern das wird entsprechend koordiniert vorangebracht.

Dann das Thema Barmbek-Uhlenhorst und Ihre Oberstufenzentren. Wir haben uns gestern Abend mit den Schülern unterhalten. Ich weiß nicht, ob Sie sich auch mit den Schülern unterhalten haben. Ein großes Problem der Schüler von Barmbek-Uhlenhorst ist zum Beispiel, dass sie jetzt in der zehnten Klasse sind und befürchten, nicht mehr in die elfte Klasse eintreten zu dürfen und dass ihre preisgekrönte Big-Band-Gruppe dann entsprechend zerschlagen wird. Diese Sorge verstehe ich. Nur, wenn sie Ihr Oberstufenzentrum haben würden, dann würde sie genauso zerschlagen werden. Das müssen sie denen auch einmal ehrlich sagen, dass nämlich Ihre Politik genau das Gleiche verursachen würde.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt noch einmal abschließend zum Thema Oberstufe. Sie wissen heute aus dem "Hamburger Abendblatt", dass wir planen, dort etwas zu machen, nicht vor dem Hinter-

C grund der Schulorganisation, sondern weil die Oberstufe insgesamt deutlich reformbedürftig ist, wenn wir das Thema Allgemeinbildung und Studierfähigkeit ernst nehmen. Dass dies auch dazu führt, dass die Organisation der Oberstufen erleichtert wird, ist ein positiver Nebeneffekt, den wir auch beachten sollten. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, das ist ja interessant, wenn man zur wachsenden Stadt nicht die Grundschulen dazunehmen will. Stellen wir uns doch einmal vor, was denn die wachsende Stadt braucht. Zum Beispiel familienfreundliche Wohnungen. Das heißt, Familien müssen in der Stadt gehalten werden. So habe ich den Bürgermeister und den Finanzsenator bisher verstanden. Dann steht in Ihrer Ist-Analyse von der Behörde drin: Die Familien verlassen immer kurz vor Beginn der Grundschulzeit die Region. Das heißt, die finden nicht ein adäquates Wohnungsangebot in dieser Region. Das nehmen wir erst einmal zur Kenntnis.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das haben Sie Jahrzehnte gemacht!*)

D Dann frage ich mich, was die denn da in der letzten Zeit gemacht haben. Was hat es denn da für Initiativen gegeben? Zum Beispiel im Bezirk Mitte, Billstedt, im Bezirk Nord, Barmbek-Uhlenhorst, der gesamte Wahlkreis, den ich dort vertrete. Oder zum Beispiel die Initiative von Frau Dr. Hochheim aus Ihrer Fraktion: "Stärkung der Stadtteile der inneren Stadt". Wozu machen Sie das denn alles? Damit dort auch Familien hinziehen. Und dann sollen die Familien dort hinziehen, beziehungsweise dort bleiben und dann suchen sie ganz verzweifelt mit der Lupe nach der Grundschule und stellen fest, dass sie viele große Straßen überqueren müssen. Das kann es doch wohl nicht sein. Das soll dann die wachsende Stadt sein, dann ziehe ich doch lieber gleich wieder nach Norderstedt oder nach Stormarn.

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Dann ziehen Sie mal!*)

So ist doch die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Die nächste Legende, die Sie hier aufzubauen versuchen: Ich habe nicht von Oberstufenzentren gesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass man Mut dazu haben muss, eine Qualitätsveränderung für diese Oberstufen zu schaffen. Das heißt entweder, wenn man die Konsequenz 5 bis 12 will, sich auf wenige Standorte zu konzentrieren und das heißt dann weitere Wege, Herr Kollege. Das ist dann auch die bittere Pille und das ist umgekehrt auf der anderen Seite aber das Gleiche, was Sie von den Gesamtschülern verlangen. Dort ist es doch auch so, dass nicht jede Gesamtschule von 5 bis 13 geht. Viele Gesamtschulen gehen eben nur von 5 bis 10 und dann wird es irgendwo anders fortgesetzt und die arbeiten in enger Kooperation zusammen. Warum soll es denn an diesen Gymnasien nicht gehen. Das ist doch komisch. Das muss doch genauso didaktisch funktionieren können. Darüber kann man sich auch mal Gedanken machen, meine Da-

A men und Herren von der CDU. So sieht eine richtige Schulentwicklungs politik aus.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Alsdann erhält das Wort die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Abgeordnete und Politikerin bin ich eigentlich nur erstaunt, aber auch verärgert, mit welcher Kurzsichtigkeit hier wichtige Konzepte für die Zukunft gestrickt werden. Aber als Mutter von drei schulpflichtigen Kindern bin ich geradezu verärgert – und ich gehöre nicht zu denen, deren Kinder von der Schulschließung betroffen sind, sodass Sie mir also keinen Eigennutz unterstellen können –, mit welcher Ignoranz hier die Probleme der Eltern und auch der Schüler letztendlich behandelt werden.

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich bin ganz froh, Herr Heinemann, dass Sie es zugegeben haben, dass der Name vielleicht nicht ganz richtig ist. Wir reden hier über einen Schulentwicklungsplan, der natürlich in Wahrheit keiner ist. Sie entwickeln hier nicht, sondern Sie schließen. Ich glaube, Sie brauchen noch ein bisschen Nachhilfeunterricht, was eigentlich Entwicklung heißt.

(*Wolfhard Ploog CDU: Was soll das denn heißen?*)

B Entwicklung ist ein langwieriger Prozess, in dem sich mehrere Parteien zusammen unterhalten, wie die Zukunft aussehen soll. Entwicklung braucht Zeit. Was Sie machen, ist genau das Gegenteil. Sie produzieren Stadtteile ohne Schule, wie Moorburg. Sie schließen Grundschulen in Gebieten, wo die Kinder über große Straßen müssen, wie Fuchsbergredder, wo sie demnächst die Autobahn überqueren. Sie schließen vor allen Dingen Schulen, wo Neubaugebiete in unmittelbarer Nähe geplant sind. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der GAL und bei *Britta Ernst SPD – Wolfgang Beuß CDU: Nein, Sie haben keine Ahnung!*)

Und, meine Damen und Herren, lassen mich noch ein Wort zur Entwicklung sagen. Sie sagen, die Schüler sollen sich entwickeln. Was entwickelt sich denn bei Ihrer Art der Schulpolitik? Sie sortieren und packen ins Kästchen. Das ist ebenfalls keine Entwicklung. Sie haben sich gerühmt, Ganztagschulen auszubauen und hier demnächst ein großes Quantum an Ganztagschulen vorzuweisen. Aber herzlichen Glückwunsch, die Realität, wie sie im Moment aussieht, ist eine Katastrophe an den Schulen, die Sie zu Ganztagschulen ausbauen wollen. Mittagessen müssen die Kinder in der Lehrerbibliothek, weil es keinen Raum gibt. Mittags werden sie nach Hause geschickt, gestern durch ihre Stadtteile, weil es keinen Raum gibt.

(*Wolfhard Ploog CDU: Wo ist das denn?*)

Wenn das die Ganztagschule ist – und dazu kann ich Ihnen Beispiele nennen –, die Sie wollen, dann haben Sie ein ganz großes Missverständnis in der Art und Weise, wie man etwas planen und gestalten muss. Solche Prozesse brauchen Zeit, damit sie ganzheitlich wirklich gestaltet werden können und das vermisste ich einfach in

Ihrer Entwicklung. Es ist nicht das, was wir unter ganzheitlicher Schulpolitik verstehen.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich zum ersten Thema nicht. Dann rufe ich das zweite, von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf:

U 4: Freytags Tunnelblick kostet Hamburg Millionen

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Lühmann wünscht es und bekommt es jetzt auch.

Jörg Lühmann GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird einsam um den Senat. Seine besten Freunde verlassen ihn, die Handelskammer lässt heute verkünden, dass man sich das mit der U 4 doch bitte noch einmal ernsthaft überlegen sollte.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Die haben das nicht verstanden!*)

So, wie das bis jetzt geplant ist, wird es wohl nichts. Es ist kein Wunder, dass die Handelskammer so argumentiert, schließlich sind einige ihrer wichtigsten Mitglieder Anlieger der Mönckebergstraße. Dass die von diesem Anschlag, den die geplante U 4 für sie bedeutet, nicht begeistert sind, kann sich jeder vorstellen.

Noch schlimmer in der Sache war es allerdings, dass dem Senat die Gutachter von der Fahne gegangen sind. Die Gutachter haben – das ist auch kein Wunder – das standardisierte Bewertungsverfahren zu einem Ergebnis gebracht, das der Senator gegenüber dem "Hamburger Abendblatt" mit den Worten zusammenfasste, dass eine Förderung aus Berlin ausgeschlossen sei. Tatsächlich, es ist ausgeschlossen, weil der entscheidende Wert, der Kosten-Nutzen-Faktor, unglaublich schlecht ist. Er ist weit unter der erforderlichen Mindestgröße 1. Welche Schlüsse zieht der Senat daraus? Fünf Stück, alle falsch.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL)

Der erste falsche Schluss ist schon mal: Wir kennen den Wert und wir sagen ihn nicht. Das ist ganz toll. Dann gibt es ihn nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL)

Wir fragen im Haushaltssausschuss mehrfach nach und es wird gesagt, nein, er wird nicht genannt. Ich stelle eine Schriftliche Kleine Anfrage, aber nein, er wird nicht genannt. Niemand erfährt diesen Wert, der so blamabel schlecht sein muss, dass der Senator sich im zweiten Schluss dazu entschließt, sich und die Stadt Hamburg bis auf die Knochen zu blamieren, weil er in Berlin nachverhandeln will. Wie soll das gehen mit einem Wert, der so schlecht ist, dass man ihn nicht einmal in Hamburg veröffentlichen will?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber die Blamage geht weiter. Der Senator sagt dann, wir haben jetzt zweieinhalb Jahre lang ein Bewertungsverfahren durchgeführt, das haben wir länger gemacht als alle anderen, jeder dachte, wir lieben es, aber eigentlich ist es grundverkehrt. Wir müssen noch einmal darüber nachdenken. Das standardisierte Bewertungsverfahren gilt im ganzen Bundesgebiet, aber nicht für uns. Das wird noch

A mal richtig blamabel, wenn Sie mit dieser Haltung tatsächlich nach Berlin gehen wollen.

Dann sagen Sie, aber wir halten an der U 4 fest. Das ist der nächste Fehler. Sie sagen einfach, die U 4 sei alternativlos, daran müssten Sie jetzt festhalten. Mit einer einzigen Station müsste man dort irgendwie klarkommen, koste sie, was sie wolle. Vielleicht wird das ein bisschen besser, wenn Sie nun endlich von der Chimäre der 40 000 Angestellten runterkommen können, die Sie für das standardisierte Bewertungsverfahren sowieso nicht mehr brauchen. Aber trotzdem bleibt es für Sie ein richtiges Risiko.

Der letzte Fehler, den Sie gemacht haben, ist allerdings schon ein bisschen heftiger, und zwar sagt der Senator so ein passant, der Zeitpunkt des Baus der Verbindung nach Steilshoop hänge von der Bewilligung von Bundeszuschüssen ab. Ich finde nirgendwo einen Kalender, in den ich einen Termin eintragen kann, zu dem es nie kommen wird, weil es diese Bundeszuschüsse nicht geben wird. Also sagen Sie es doch gleich klar: Wir bauen die Bahn nach Steilshoop nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist doch das große Problem, dass Sie sich nicht trauen, den Leuten in Steilshoop klar zu sagen, was sie brauchen und was sie von Ihnen bekommen werden. Sie lassen sie nämlich im Stich. Deswegen verweigern Sie bei all diesen fünf falschen Schlüssen konsequent den einzigen richtigen Schluss, nämlich die Stadt als Ganzes im Blick zu behalten und einen vernünftigen öffentlichen Personennahverkehr sowohl für die HafenCity als auch für die gesamte Stadt zu organisieren.

B

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt kommt es!*)

– Herr Hesse, Sie finden das komisch, ich finde das überhaupt nicht komisch. Ich finde vollkommen albern, was Sie hier machen.

(Beifall bei der GAL – *Frank-Thorsten Schira CDU: Die ganze Rede ist albern!*)

Ich finde es vollkommen albern, dass Sie ernsthaft glauben, Sie könnten hier eine einzige U-Bahn-Station für über 250 Millionen Euro in die Stadt pflanzen und danach glauben, der öffentliche Personennahverkehr sei für Sie kein Thema mehr. Das ist in der Tat albern. Darüber könnten Sie mal lachen.

(Beifall bei der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU: Darüber lache ich gerne!*)

Aber vielleicht wäre es noch besser, wenn Sie einmal anfangen nachzudenken, wie denn die Zukunftsaufgaben der Stadt richtig bewältigt werden, also HafenCity in der Fläche anschließen, Steilshoop mit anschließen und die überlasteten Buslinien nach Niendorf durch ein adäquates Mittel ersetzen. Da werden Sie relativ schnell zu dem einzigen richtigen Schluss kommen. Herr Hesse, Ihre Freude ist berechtigt. Die Stadtbahn ist die Lösung, die die Stadt braucht. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU: Was für eine Überraschung!*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war richtig gespannt, Herr Lühmann, was mich da heute in der Aktuellen Stunde erwartet. Was ist so dringend für die GAL, dass es unbedingt zur Aktuellen Stunde angemeldet werden muss, obwohl wir morgen die U 4 – die SPD hat es angemeldet – sowieso schon auf der Tagesordnung haben. Hat die GAL denn nichts anderes anzumelden, ist sie denn so zufrieden mit der Senatspolitik, dass sie die U 4 hier anmeldet. Mit Ihrer Rede, Herr Lühmann, haben Sie einmal mehr unter Beweis gestellt, dass es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern nur um haltlose Kritik.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Till Steffen GAL: Ach, Quatsch!*)

Ihre Rede war ein schlechter Aufguss Ihrer humorvollen Haushaltsrede, die wir hier im Parlament wahrgenommen haben, aber sie war bestimmt keine Rede, die für eine seriöse Planung in dieser Stadt steht. Seriöse Planung, meine sehr verehrten Damen und Herren, findet nämlich mit diesem Senat statt.

(Beifall bei der CDU – Lachen und Beifall bei der GAL)

Er nimmt natürlich das Parlament bei seiner Entscheidungsfindung mit. Im nächsten Ausschuss, Herr Lühmann, werden wir uns über das Bewertungsverfahren unterhalten und sobald die Ergebnisse der Trassenuntersuchung durch den Senat festliegen, werden wir auch dieses im Ausschuss vorgestellt bekommen. Ob Ihnen allerdings der Inhalt der Beratungen gefällt, da habe ich meine Zweifel. Darauf werden wir als CDU aber auch keine Rücksicht nehmen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL: Dann sagen Sie es doch gleich!*)

Keine Rücksicht werden wir auch auf die Leute nehmen, die sagen, wir wollen eine U-Bahn, wir wollen, dass sie fertig wird, aber gebaut werden soll sie bei uns nicht. Wir haben beim standardisierten Bewertungsverfahren getan, was möglich war, um Bundesmittel für die Stadt zu bekommen. Sie haben nur quergeschossen und rumgenölt. Helfen Sie wenigstens jetzt mit Ihren Kontakten zur Bundesregierung – ich hoffe, dass die SPD in der Nach-Scholz-Ära vielleicht noch welche hat – und lassen Sie uns gemeinsam nach Finanzierungsmöglichkeiten für unsere Stadt Hamburg in dieser Frage suchen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL: Wir graben danach! – Jörg Lühmann GAL: Wir graben nach Bodenschätzen!*)

Herr Dr. Maier, Herr Lühmann, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den nächsten Wochen wird sich endgültig entscheiden, welcher Trassenverlauf gebaut wird. Rechtliche Sicherheit und ein größtmöglicher Nutzen ist hierbei aber das oberste Gebot für die Variantenfindung und unverzichtbar. Da schauen wir auch nicht auf ein oder zwei Monate, wenn es der Findung einer besten Lösung dient.

Es ist insbesondere unsere Aufgabe, eine Lösung zu suchen, die die Innenstadt am meisten schont. Das verlangen auch zu Recht insbesondere die Kaufleute. Was macht allerdings die Opposition? Sie und nicht wir, auch wenn Sie das ab und zu versuchen darzustellen, versündigen sich mit solchen Debattenbeiträgen, wie wir sie

C

D

A eben gehört haben, an der Zukunft der HafenCity und an unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung für diese Stadt gerecht und beteiligen sich konstruktiv. Wir als CDU und auch dieser Senat haben die Sorgen gerne, die Notwendigkeit zu haben, in Hamburg über einen U-Bahn-Anschluss zu sprechen. Das spricht für die Stadt, das spricht für eine wachsende Metropole Hamburg.

Noch eines zur Klarstellung, Herr Lühmann, bitte nehmen Sie es wahr. Dieses Geweine der GAL um die Stadtbahn kann ich nicht mehr hören.

(Beifall bei der CDU)

Kommen Sie endlich in der Realität an. Den Tunnelblick, den Sie angemeldet haben, hat nicht Herr Senator Freytag, diesen Tunnelblick haben Sie, weil Sie immer noch nicht verstanden haben, dass keiner Ihre Stadtbahn in der HafenCity will und braucht.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für die Sozialdemokraten, denn auch die Sozialdemokraten haben sich im Ausschuss eindeutig für eine Viaduktlösung – Anmerkung von mir: aus meiner Sicht nicht sehr viel günstiger und auch technisch schwerer umzusetzen – und gegen eine Stadtbahn ausgesprochen. Dass das jetzt im SPD-Antrag wieder etwas offener gehalten wird, kann nur daran liegen, dass die SPD immer noch nicht weiß, was sie beim Anschluss der HafenCity wirklich will.

B

(Beifall bei der CDU)

Die Grünen haben 2001 im Bürgerschaftswahlkampf plakatiert: Stadtbahn nur mit uns. Sie wussten ganz genau, dass die Stadtbahn von Senator Wagner nur für Herrn Schmidt geplant wurde, aber eine Umsetzung gar nicht anstand. Deswegen hat es auch für den U-Bahn-Anschluss Bramfeld/Steilshoop keine Umwidmung der beim Bund beantragten Mittel gegeben. Der Antrag war vier Jahre möglich, ist aber nie erfolgt trotz mehrerer Anfragen, die ich damals als Oppositionsabgeordneter gestellt habe.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Lühmann, vielleicht helfen Sie zumindest da, dass es noch zu einer Finanzierung kommt. Lesen Sie es von meinen Lippen ab oder hören Sie einfach zu: Stampfen Sie Ihre teuren Hochglanzbroschüren zur Stadtbahn ein, Ihr Traum von der Tram auf der Straße ist mindestens in den nächsten dreieinhalb Jahren in Hamburg nicht angesagt und insbesondere nicht in der HafenCity. Die U-Bahn kommt, Thema durch.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hesse, das waren wirklich starke Worte.

(Beifall bei der CDU)

Wir wären Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie sich ähnlich stark eingesetzt hätten, als wir im Ausschuss nicht nur

über das standardisierte Verfahren reden wollten, welches jetzt kläglich gescheitert ist, sondern auch über die alternative Linienführungen. Aber das dürfen wir nicht, weil die CDU immer noch nicht genau weiß, welche sie denn von ihren vielen unterirdischen Linienvarianten am Ende wirklich verfolgen will; deswegen müssen wir warten. Also nicht nur laute Töne spucken, sondern lieber im Ausschuss einmal zur Sache stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Uns geht es um die Sache und was wir als Anbindung für die HafenCity für richtig halten, werden wir morgen debattieren, Sie haben schon einiges erwähnt. Wenn man über die Sache redet, die Sie hier planen, dann muss man feststellen, dass die unterirdische Anbindung der HafenCity die denkbar teuerste Lösung ist. Der Bau ist durch den Bund nicht förderungsfähig und wie Sie hier versuchen, die SPD und die GAL nach Berlin zu treiben, weil Sie nicht in der Lage sind, eine Bahn zu planen, die durch den Bund wirklich förderungsfähig ist, ist einfach eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die von Ihnen geplante Anbindung ist für die HafenCity schlecht, weil sie eine schlechte Erschließungsfunktion hat, selbst dann, wenn mehr als der eine Bahnhof, den Sie zurzeit planen, gebaut werden würde. Die Elbphilharmonie, die in der HafenCity als großer Anziehungspunkt geplant ist, wird nicht einmal angebunden. Die Innenstadt würde während der Bauzeit über die Maßen beeinträchtigt und für die Nutzer, die Touristen und Arbeitnehmer, ist diese Lösung einfach nur unattraktiv.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Sie wollen eine U-Bahn, ohne zu bauen!*)

Vor allem, Herr Hesse, wollen die Hamburgerinnen und Hamburger dieses Millionengrab nicht. Sie wollen keine Viertelmilliarden Euro in den Sand gesetzt sehen für eine Untergrundbahn. Da hilft es dann auch nicht, wenn Sie noch einmal 3,5 Millionen Euro für die Marketingkampagne hinterherwerfen, die die Sportvereine durch eine Hallennutzungsgebühr aufbringen müssen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Deswegen sind wir ja auch gewählt worden und nicht Sie!*)

– Sie sind bestimmt nicht wegen der Untergrundanbindung der HafenCity gewählt worden. Wenn es so einfach ist, Herr Hesse, dann fragen Sie die Hamburgerinnen und Hamburger, was sie wollen, lassen Sie doch darüber abstimmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber im Zweifel erleben wir das Gleiche wie beim LBK. Dort wurde abgestimmt, aber es nützt sowieso nichts. Also hören Sie auf, davon zu reden, dass Sie die Meinung der Hamburger interessiert.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist Ihre Finanzpolitik!*)

Stattdessen fragen Sie die Investoren, was die denn wollen. Und uns wird das Märchen erzählt, dass die Investoren nur in die HafenCity kämen, wenn sie eine unterirdische U-Bahn bekommen. Wozu bauen wir ein modernes Quartier am Wasser mit maritimem Flair, wozu bauen wir Kultur- und Freizeiteinrichtungen, eine Mischung von Arbeiten, Wohnen und Einkaufen in der HafenCity, wenn es den Investoren nur darum geht, eine

C

D

A unterirdische Anbindung zu bekommen? Das glaubt Ihnen doch keiner mehr, Herr Hesse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In Wirklichkeit geht es darum, die HafenCity in absehbarer Zeit vernünftig an den öffentlichen Personennahverkehr anzubinden, und wir glauben eben nicht, dass es das mit der von Ihnen geplanten Untertunnelung geben wird. Insofern ist eine Weiterverfolgung der Untergrundlösung, die Sie zurzeit planen, eine Versündigung an der HafenCity. Das Schlimmste an der Sache ist aber – das hat Herr Lühmann auch deutlich gemacht –, dass die Verlierer dieser ganzen Planung die Menschen in Bramfeld und Steilshoop sein werden, denen Sie eine U-Bahn-Anbindung versprochen haben.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Die haben Sie ja seit Jahrzehnten geplant!)

– Aber Sie haben es bekräftigt. Hören Sie doch auf mit Ihren Jahrzehntengeschichten, Sie regieren jetzt, Sie haben die Verantwortung und Sie haben es auch versprochen. Fragen Sie Herrn Ernst, was er seinen Mitgliedern in der CDU Steilshoop erzählt. Am Ende werden gerade die Menschen in Bramfeld und Steilshoop diejenigen sein, die in absehbarer Zeit keine Anbindung bekommen, weil Sie unser Geld für eine Untergrundbahn verplempern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

B **Claudius Lieven** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hesse, die Debatte, die wir heute führen, ist hochgradig notwendig, denn der Senat ignoriert in sträflicher Weise die Fakten und versucht, sie zu verschleiern und hinter dem Berg zu halten, so wie gerade beim standardisierten Bewertungsverfahren geschehen. Das ganze Projekt unterliegt einer grandiosen Fehleinschätzung und das schon seit zweieinhalb Jahren, seitdem dieses Bewertungsverfahren läuft.

(Beifall bei der GAL)

Vor knapp zwei Jahren haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die ganze Innenstadt zu einer Baustelle wird. Es stehen jetzt mehrere Maßnahmen an: Der Umbau des Jungfernstiegs, der Domplatz,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Am besten gar nicht mehr bauen!)

der neu bebaut werden soll, und natürlich die Mönckebergstraße, die für die U 4 aufgerissen werden soll. Wir haben gefragt, ob der Senat Auswirkungen und Beeinträchtigungen für den Einzelhandel in dieser mehrjährigen Bauzeit erwarte, die dort zu Schädigungen des Einzelhandels führen könnten. Der Senat hat gesagt, abgesehen von gewissen Behinderungen im engeren Baustellenumfeld würden in der Innenstadt keine nennenswerten Beeinträchtigungen auftreten.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Da sehen Sie es!)

Das war die Auffassung des Senats, das war die Ansage zu einem Zeitpunkt, als bereits klar war, dass dort mehrere große Eingriffe kumulieren würden, die den Einzelhandel erheblich treffen. In diesem Jahr wurde auch mehrfach nachgefragt, was mit Entschädigungsfordernungen

C sei, ob erhebliche Summen zu erwarten seien, ob der Einzelhandel beteiligt würde. Der Senat hat dann kundgetan, dass andere Lösungsansätze für die U 4 in die HafenCity nicht geplant und untersucht würden und auch keine Ermittlungen erforderlich seien, zu welchen Entschädigungszahlungen oder zu welchen Beeinträchtigungen es für den Einzelhandel kommen werde – keine Ermittlungen, keine Abschätzungen, keine Gedanken über Alternativen.

Weshalb waren Sie sich dort so sicher? Sie haben gesagt, der gesamte innerstädtische Bereich werde erhebliche positive Impulse erfahren, von negativen Auswirkungen war keine Rede. Auch in der Berichtsdrucksache des Senats Anfang diesen Jahres wurden nur positive Effekte aufgezählt, nur Gutes sollte dadurch verursacht werden, kein einziger Nachteil. Nun stehen wir vor der Situation, dass hier über die verschiedenen Trassenvarianten diskutiert wird und alles wieder offen ist. Warum ist das so, können Sie mir das erklären? Warum reden wir jetzt wieder über Alternativen und Möglichkeiten, die Beeinträchtigung des Einzelhandels in der Innenstadt zu minimieren, wenn es doch gar keine gibt? Das ist Ihre Fehleinschätzung, da sind Sie wirklich ins offene Messer gelaufen. Das war ein himmelschreiender Irrtum Ihres Senats und Ihres Bausenators.

(Beifall bei der GAL)

D Meine Damen und Herren! Die Nachteile liegen auf der Hand. Zum einen sind irrwitzig hohe Kosten der Baumaßnahme an sich, eventuell auch erhebliche Entschädigungszahlungen und gesamtvolkswirtschaftliche Auswirkungen – Nachteile für die Mönckebergstraße, für den Standort Innenstadt – zu erwarten. Dazu kommen die erheblichen Haushaltsbelastungen für Hamburg durch die Unmöglichkeit einer Bundesbezugsschussung. Es ist klar, dass die U 4 in der gesamten Streckenlänge von Bramfeld bis in die HafenCity niemals den erforderlichen Kosten-Nutzen-Faktor erreichen kann. Mittlerweile haben Sie sich schon von Bramfeld verabschiedet,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Wo denn?)

wenn Sie sagen, Sie würden das nur mit Bundeszuschüssen bauen können. Diese Bundeszuschüsse werden nicht kommen, also konzentrieren Sie alle Kapazitäten des Haushalts auf die HafenCity. Das ist zutiefst ungerecht für die Bürger in dieser Stadt, weil nur wenige davon profitieren werden.

(Beifall bei der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Hören Sie doch auf mit solchen Unwahrheiten!)

– Das ist leider die Wahrheit, Herr Hesse. Sie würden gut daran tun, den Realitäten ins Auge zu blicken.

Genauso wird es sich mit dem Sprung über die Elbe, genauer gesagt, mit der Untertunnelung der Elbe durch eine U-Bahn, verhalten. Das werden Sie auch nicht hinbekommen.

(Beifall bei der GAL)

Die Baubehörde plant gegenwärtig schon wieder, die U-Bahn in der östlichen HafenCity auftauchen zu lassen, um die vorhandene zweite Ebene in der Freihafenelbbrücke zu nutzen, weil sie genau weiß, dass sie unter der Elbe nicht durchkommt. Lassen Sie es doch gleich, kommen Sie raus aus dem Tunnel, meine Damen und Herren von der CDU.

A *(Frank-Thorsten Schira CDU: Ihr seid der Tunnel!)*

Es ist kein Licht am Ende des Tunnels, also kommen Sie an die Oberfläche. Da ist die Zukunft der öffentlichen Personennahverkehrsanbindung der HafenCity zu finden.

– Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine fertige Bahn will jeder, Bahnfahren will jeder,

(Dr. Martin Schäfer SPD: Oben!)

eine Bahn, die Käufer in die Stadt zu den City-Geschäften oder in die Büros bringt, will auch jeder, aber keiner will die Nachteile hinnehmen, die mit dem Bau einer Bahn verbunden sind. Und genau das ist die Versuchung, der die Opposition erliegt, nämlich den Glauben zu vermitteln, dass es möglich wäre, ohne Nachteile

(Dr. Monika Schaal SPD: Nennen Sie mir mal Nachteile!)

für die Stadt und für das Geschäftsleben in der Stadt eine neue Bahnverbindung nach Hamburg hinein zu bauen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Herr Uldall will Nachteile für den Einzelhandel!)

B Wenn man die Vorteile von neuen, zukunftsweisenden Projekten nicht herausstellt, sondern ständig nur das Negative in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zerrt, dann macht man seine Aufgabe als Opposition falsch.

(Beifall bei der CDU – Dr. Willfried Maier GAL: Die Opposition muss Alternativen nennen!)

Ich kann hier schon die Prognose abgeben, dass das, was die Bürger in Erinnerung behalten werden, ist, dass die GAL und die SPD gegen alles sind, aber nicht bereit sind, irgendwelche Weichen für die Zukunft zu stellen. In zwei Jahren wird man von Ihnen nur noch dieses in Erinnerung behalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte zu dem Vorwurf, dass wir keine Bundeszuschüsse bekämen, gerne sagen, dass die Gespräche über Bundeszuschüsse noch nicht abgeschlossen sind und es gut wäre, wenn wir von der Opposition in dieser Frage eine Unterstützung bekommen würden. Sie sind doch dafür gewählt, sich dafür einzusetzen, dass es in Hamburg vorangeht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie beklagen, dass die Bewertungsverfahren zu einem für uns nicht guten Ergebnis geführt haben, dann schauen Sie sich doch einmal die Komponenten eines solchen Bewertungsverfahrens an. Hier sehen wir einen grundsätzlichen Fehler, denn in diesen Bewertungsverfahren sind verschiedene Faktoren nicht berücksichtigt,

(Dr. Willfried Maier GAL: 40 000!)

die nicht in Geld ausgedrückt werden können, und dieses benachteiligt Ballungsräume. Genauso wie Hamburg ein Ballungsraum wie andere große Städte mit ähnlichen

C Verkehrsprojekten ist, werden wir durch dieses Bewertungsverfahren benachteiligt. Da ist es Ihre Aufgabe, über die Mehrheitsfraktionen in Berlin dafür zu sorgen, dass die Gelder auch nach Hamburg kommen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von Jens Kerstan GAL)

– Regen Sie sich nicht so auf, Herr Kerstan, das ist ungesund. Kommen Sie lieber nach vorne und halten eine gute Rede, das wäre mal wieder fällig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Die Opposition versucht jetzt, den Eindruck zu vermitteln, man müsste nur etwas anderes machen und schon gäbe es überhaupt keine Benachteiligung, mit anderen Worten: Liebe Hamburger, hört auf uns, wenn ihr das tut, was wir euch jetzt verkaufen, dann ist es möglich, sich den Pelz zu waschen, ohne dabei nass zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Ohne jetzt ehrlich zu sagen, dass natürlich ein Bauvorhaben mit Nachteilen verbunden ist, wird der alte Ladenhüter der Stadtbahn

(Gesine Dräger SPD: Das ist kein Ladenhüter!)

wieder hervorgeholt. Dieser alte Ladenhüter Stadtbahn kommt auf keinen Fall für den Neubau in Hamburg infrage. Wir bauen nicht deswegen eine neue Bahnlinie, weil wir irgendwelchen grünen Vorstellungen frönen. Die pragmatische Frage ist zu lösen, wie wir die Fahrgäste am besten wohin transportieren, wie wir ein Stadtviertel neu erschließen. Und da gibt es bei den Investoren in der HafenCity nicht die Bereitschaft, eine solche Bahn zu akzeptieren. Sie können machen, was sie wollen, aber wenn sie ein so teures Vorhaben starten, dann muss dieses Vorhaben sich an den Investoren in der HafenCity ausrichten und die erwarten zu Recht eine vollwertige Anbindung der HafenCity und nicht eine Stadtbahn, nur weil dieses bereits seit Jahren eine Lieblingsideologie der Grünen ist.

(Beifall bei der CDU)

D Wenn man etwas genauer hinschaut, dann stellt man fest, dass für die Trassenführung einer Stadtbahn auf dieser sensiblen Linie zwischen St. Annen und der Petrikirche, also dem Herzstück dieser Stadtbahnlinie, der zur Verfügung stehende Raum viel zu gering ist, um eine solche Bahn zu bauen. Sie müssten die gesamte Verkehrsführung in der Innenstadt neu gestalten, um dieses realisieren zu können. Und wenn Sie hier mit Kosten operieren, möchte ich einmal fragen, ob Sie den Umbau der Kerncity in Hamburg überhaupt in Ihre Betrachtung mit einbezogen haben. Das haben Sie nicht, also scheidet diese Alternative aus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt doch alles nicht, was Sie sagen!)

Diese neue Stadtbahn, wenn wir sie verwirklichen würden, würde eine Beförderungskapazität aufweisen, die nicht ausreicht, um später einmal eine Verlängerung dieser Bahnlinie nach Harburg vorzunehmen, weil die Transportkapazität zu gering ist. Sie würden also bereits heute einräumen, dass eine Weiterführung über die Elbe hinweg nicht möglich ist.

A Schließlich muss berücksichtigt werden, dass in Hamburg bisher überhaupt kein Stadtbahnssystem vorhanden ist und die Anbindung der HafenCity ein Grundnetz mit entsprechender Werkstatt, Infrastruktur und Fahrzeugkapazität voraussetzen würde, das bis heute nicht vorhanden ist.

Bleibt die Alternative in Form einer auf Stelzen gebauten Bahn an der Elbe entlang. Ich räume ein, dass dieses durchaus einen gewissen Reiz hat. Bei einer Bahnlinie, wie wir sie vom Baumwall bis St. Pauli Landungsbrücken mit dem wundervollen Blick auf unseren Hafen haben, schlägt natürlich das Herz desjenigen, der dort langfährt, höher. Ich könnte mir gut vorstellen, dass man einen ähnlich schönen Blick auch von der neuen Linie, so wie sie verschiedentlich vorgeschlagen wurde, hat. Nur gibt es bereits riesige, in die hunderte von Millionen gehende Investitionen und diese haben alle dort in der Erwartung gebaut, dass ihnen keine Hochbahn vor die Fenster gesetzt wird. Deswegen würden wir uns auf Entschädigungsfordernungen in gewaltiger Höhe einrichten müssen,

(*Petra Brinkmann SPD*: Das glaubt doch kein Mensch!)

die dann zu Recht erhoben werden würden und die wir lieber einsetzen, um eine U-Bahn zu bauen, die Erweiterungsmöglichkeiten nach Süden schafft, die eine entsprechende Verkehrskapazität schafft und die vor allen Dingen auch eine Bequemlichkeit für die zukünftigen Fahrgäste bietet, wie die Stadtbahn es nie tun würde.

(Beifall bei der CDU)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt eine Vielzahl von Büchern und sehr humoristische Aussagen über die unterschiedlichen Sichtweisen von Männern und Frauen. Den Männern wird ein Tunnelblick nachgesagt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das scheint bei Herrn Senator Dr. Freytag im Fall der Anbindung der HafenCity wirklich der Fall zu sein.

(Beifall bei der SPD)

In der letzten Legislaturperiode hat der Senat entschieden, die HafenCity per Tunnel anzubinden, ungeachtet der Kosten und Investitionen, die dort geschaffen werden müssen: 255 Millionen Euro für eine einzige Haltestelle. Anscheinend gibt es Versprechungen gegenüber den Investoren, dass nur in dieser Art die HafenCity angebunden werden soll. Dies ist hier schon diverse Male abgefragt worden, sowohl in Kleinen Anfragen als auch hier. Bislang wurde immer bestritten, dass es Versprechungen in dieser Form gäbe. Eben konnten wir von Herrn Senator Uldall hören, dass es natürlich Versprechungen gibt, und zwar hat man dezidiert gesagt, die HafenCity werde per U-Bahn über einen Tunnel angebunden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Was ist dagegen einzuwenden?)

– Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden, wenn man das Geld hat und auch die Bundesmittel bekommt. Und wenn man hier das standardisierte Bewertungsverfahren seitens des Bundes kritisiert, dann frage ich mich doch,

C ob Sie das vorher nicht gekannt haben. Ist das Bewertungsverfahren neu beschlossen worden, sind die Fakten Ihnen vorher nicht präsent gewesen, wie man so ein Verfahren auf den Weg bringen kann? Wie kann es angehen, dass Sie auf einmal über das Ergebnis erschrocken sind? Wie können Sie von uns erwarten, Sie zu unterstützen, wenn wir dieses Ergebnis noch nicht einmal vorliegen haben und gar nicht wissen, was Sie eingebracht haben? Von daher können Sie von uns an dieser Stelle wirklich nicht erwarten, dass wir Sie in Berlin bei diesem Verfahren unterstützen. Erst müssen Sie uns die Chance geben, das einmal anzusehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zurzeit werden alternative Streckenführungen geprüft. Ich frage mich, warum Sie eigentlich nur unterirdisch prüfen und nicht mal oberirdisch.

(*Bernd Reinert CDU*: Die ganze BSU sitzt und prüft oberirdisch!)

Sie haben eben zwar angegeben, dass es so teuer sei. Die Unterlagen der Baubehörde liegen uns auch vor. Was da seinerzeit geprüft worden ist, ist sehr, sehr wenig, Herr Reinert. Das wissen Sie so gut wie ich, weil Ihnen die Unterlagen auch vorliegen.

(*Bernd Reinert CDU*: Die Baubehörde sitzt gar nicht unterirdisch! – Gegenruf von *Michael Neumann SPD*: Aber Sie macht unterirdische Politik!)

– Das weiß ich auch, aber nett, dass Sie das korrigieren. Vielleicht habe ich mich falsch ausgedrückt.

D An einem so attraktiven Punkt der HafenCity nun unter die Erde zu gehen, ist wirklich niemandem in dieser Stadt zu erläutern und zu vermitteln. Warum bleiben wir nicht oberhalb und zeigen diese schöne HafenCity oder haben wir etwas zu verstecken?

(Beifall bei der SPD – *Petra Brinkmann SPD*: Reichlich!)

Sie haben eben gesagt, wir sollten uns ein bis zwei Monate Zeit nehmen. Wir reden nicht über ein bis zwei Monate, sondern mittlerweile über zweieinhalb Jahre. Es kann doch nicht angehen, dass der Senat zweieinhalb Jahre braucht, um uns endlich eine Planung und Finanzierung vorzulegen. Wenn so zukünftig mit Prestigeobjekten dieser Stadt umgegangen werden soll, dann ist uns sehr bange um diese Stadt. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall, das standardisierte Bewertungsverfahren hat Hamburg nicht knapp verfehlt, es ist richtig deutlich in die Hose gegangen. Wir haben Sie davor gewarnt und dieser Wert ist so unglaublich grottenschlecht,

(*Petra Brinkmann und Dr. Martin Schäfer, beide SPD*: Er ist unterirdisch!)

dass Sie sich weigern, ihn uns mitzuteilen. Also tun Sie nicht so, Herr Senator Uldall, als könnten Sie das in Berlin noch heilen. Und wir sollen Schützenhilfe für eine völlig verfehlte Planung leisten.

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Das können Sie wirklich von niemandem erwarten, der hier mit Herzblut bei der Sache ist und der auch rechnen kann; das geht einfach nicht.

Sie haben sich eben sehr viel Mühe gegeben, uns zu erklären, warum es eine Stadtbahn in Hamburg nicht geben kann. Das ist irgendwie merkwürdig, denn das hieße, dass die Baubehörde damals, als sie die Trassen geprüft hat, keine Sachkenntnis hatte; das glaube ich nicht. Ich glaube sehr wohl, dass es Trassen gibt, die man in der HafenCity auch tatsächlich realisieren kann, und wir wissen genau, dass man auf Strecken, die jetzt Bussonderspuren haben, sehr wohl eine Stadtbahn in der Stadt errichten kann. Also erzählen Sie hier nicht, dass es nicht ginge, obwohl wir alle wissen, dass es sehr wohl geht und Sie es nur nicht wollen; das ist der Unterschied.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber wir können die Tatsachen auch einmal beim Namen nennen. Die Crux ist doch, dass Sie sich gegenüber den Investoren in der HafenCity gebunden haben, und zwar so sehr, ihnen die U-Bahn nicht nur zu versprechen, sondern sie selbst darauf zu verpflichten. Sie haben die Investoren sogar darauf verpflichtet, die Lage der Ausgänge zu berücksichtigen. Wenn Sie das so genau machen, dann ist ein Investor, der in diesem Moment nicht sagt, er wolle eine U-Bahn, doch mit dem Klammerbeutel gepudert. Der weiß doch jetzt schon genau, dass es, sobald Sie diese U-Bahn nicht bauen, eine Schadensersatzklage gibt. Das würde ich dem doch fast auch raten, wenn ich nicht das Interesse Hamburgs im Vordergrund hätte. Sie haben sich mit Ihrer falschen Entscheidung selbst die Suppe eingebrockt und wollen jetzt, dass die Hamburger sie auslöfeln, und wir sollen Ihnen auch noch den Löffel zum Mund führen; das machen wir nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU: Schade!*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde. Möchte jemand für die verbleibenden zwei Minuten das dritte Thema diskutieren? – Das sehe ich nicht. Dann sind wir mit der Aktuellen Stunde durch.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3: Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drucksache 18/992 –]

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Frau Martens abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und von Frau Cornell Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig.

C tig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und nun auch die Wahlhandlung abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung offiziell für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.38 Uhr

Wiederbeginn: 16.45 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt.

Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 116 Stimmzettel abgegeben worden, es waren alle gültig. Herr Christoph Hardt erhielt 104 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Damit ist Herr Hardt zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte Herrn Hardt, nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Herr Hardt, die Bürgerschaft hat Sie eben zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu spreche ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aus.

Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Herr Christoph Hardt: Ja, ich nehme die Wahl an.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Da Sie bisher vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts waren, haben Sie den Eid nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor der Bürgerschaft bereits geleistet. Eine erneute Vereidigung ist nicht erforderlich. Die Amtszeit Ihres Vorgängers endet mit Ablauf des 18. November 2004. Damit beginnt Ihre Amtszeit am 19. November 2004.

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen nun als Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts eine glückliche Hand, in der Amtsführung alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihre Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4: Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

A [Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drucksache 18/1084 –]

Meine Damen und Herren, nachdem Herr Hardt zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden ist, haben wir nun die Ersatzwahl für ein vertretendes Mitglied vorzunehmen. Die Wahl findet wieder in Wahlkabinen statt. Frau Thomas und Frau Martens werden die Mitglieder der Bürgerschaft erneut in alphabatischer Reihenfolge aufrufen. Wir verfahren im Übrigen auch so wie bei der vorhergegangenen Wahl. Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen und für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.58 Uhr

Wiederbeginn: 17.05 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

B Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 117 Stimmzettel abgegeben worden, alle Stimmzettel waren gültig.

Herr Dr. Mathias von Rönn erhielt 96 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. von Rönn zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte Herrn Dr. von Rönn, nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Herr Dr. von Rönn, die Bürgerschaft hat Sie eben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Ich darf Ihnen dazu die Glückwünsche des ganzen Hauses aussprechen. Ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Herr Dr. Matthias von Rönn: Ja.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwörte es" oder "ich schwörte es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwörte, dass ich als gerechter Richter alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die

Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Herr Dr. Matthias von Rönn: Ich schwörte es, so wahr mir Gott helfe.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Ihre Amtszeit beginnt am 19. November 2004.

Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich auch Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und alles Gute, Glück und Befriedigung für die neue Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6: Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde und der Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drucksache 18/1015 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses – Drucksache 18/1047 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass beide Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, für Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Ergebnisse werden ermittelt und ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkt 49 und 55, Drucksachen 18/1097 und 18/1103, Anträge der GAL-Fraktion zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Hamburg.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Hamburg – Drucksache 18/1097 –]

[Antrag der Fraktion der GAL:

Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Hamburg (2) – Drucksache 18/1103 –]

Zur Drucksache 18/1103 liegen Ihnen als Drucksachen 18/1185 und 18/1187 ein Antrag der CDU-Fraktion und

* Ergebnisse siehe Seite 711 C

A ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Einrichtung einer Härtefallkommission gemäß § 23 a
Zuwanderungsgesetz – Drucksache 18/1185 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Einzelshicksalen besser gerecht werden –
Einrichtung einer Härtefallkommission
– Drucksache 18/1187 –]**

Diese drei Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Güçlü, bitte.

Nebahat Güçlü GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach mehr als 50 Jahren hat die Bundesrepublik ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet. Der parteiübergreifende Kompromiss stellt einen Paradigmenwechsel in der deutschen Ausländerpolitik dar. Die Bundesrepublik kennt sich erstmals dazu, ein Einwanderungsland zu sein.

(Beifall bei der GAL und bei Ingo Egloff SPD – Vizepräsidentin Bettina Bliebinich übernimmt den Vorsitz.)

Tatsächlich hat Einwanderung unsere Gesellschaft nachhaltig verändert. Die Erkenntnis, ein Einwanderungsland zu sein, ändert natürlich auch die Sicht auf die Integrationspolitik. Erstmals wird die Förderung der Integration gesetzlich festgeschrieben. Die Verankerung eines gesetzlichen Anspruchs auf Integrationskurse im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes stellt aber auch nur einen Teil eines integrationspolitischen Fortschritts dar. Mit diesem Basisangebot allein ist keine innovative und moderne Integrationspolitik zu machen. Hier sind die Länder aufgefordert, mit eigenen, maßgeschneiderten Konzepten eine Integrationspolitik im Sinne des Zuwanderungsgesetzes voranzubringen.

Hinzu kommt, dass das Grundangebot im Zuwanderungsgesetz sich vor allem an Neuzuanderinnen und Neuzuanderern orientiert. Wir dürfen nicht vergessen, dass Integrationsbedarf gerade auch bei den länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten vorhanden ist.

Hamburg wäre also gut beraten, hier ein schlüssiges Integrationsförderkonzept vorzulegen, das neben dem Grundangebot des Bundes auch eigene Maßnahmen bündelt und unter ein positives Leitbild zur Integration stellt.

(Beifall bei der GAL und bei Aydan Özoguz SPD)

Dieses Konzept sollte die wachsende ethnisch-kulturelle Pluralität und aber auch Verschiedenheit als Normalfall und als Ressource in einer pluralistischen Stadtgesellschaft zugrunde legen. Wir brauchen ein Konzept, das sich endlich von der Integrationspolitik im Bereich der sozialpolitischen Nische verabschiedet.

Nach Aussagen der Sozialbehörde hat derzeit in Hamburg jede vierte Hamburgerin oder Hamburger einen Migrationshintergrund. Hier sind natürlich die bereits Eingebürgerten und auch die Spätaussiedler berücksichtigt. In der Grundschule hat sogar schon jedes dritte Kind einen Migrationshintergrund. Hier ist die Tendenz steigend. Es wächst also eine heterogene Generation mit vielfältigen Problemen und Schwierigkeiten nach.

Dieser Generation müssen wir frühestmöglich Angebote zur Integration in Kita, Schule, Ausbildung und Arbeit schaffen. Sicher sind nicht alle Migrantinnen, die ich erwähnt habe, benachteiligt. Aber im Durchschnitt stellt sich doch ihre Situation anders dar als die der Mehrheitsgesellschaft. Sie sind doppelt so hoch von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl der jungen Migranten ohne Schulabschluss ist doppelt so hoch wie die der Mehrheitsgesellschaft und auch die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungspotenzial ist mehr als doppelt so hoch. Ich glaube, diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Die durchschnittlich schlechtere ökonomische und berufliche Stellung und die überproportional hohen Sozialhilfe- und Arbeitslosenquoten bei Migranten haben ihre Ursache in einer misslungenen Migrations- und Integrationspolitik. Integration ist mehr als das reine Deutschlernen auf Seiten der Migrantinnen und mehr als Döner und Bauchtanz auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft.

(Beifall bei der GAL, bei Aydan Özoguz und Luisa Fiedler, beide SPD)

Wir können nicht die Integrationswilligkeit von Zuwanderinnen und Zuwanderern infrage stellen, ohne unsere eigene Integrationsfähigkeit zu überprüfen. Das heißt, ein modernes Integrationsförderkonzept muss hier natürlich auch die Mehrheitsgesellschaft ins Visier nehmen.

Im Übrigen hat der Senat in seinem Regierungsprogramm 2004 bis 2008 unter anderem deutlich gemacht, dass das Thema Zuwanderung und Integration auch für sein allgemeines Leitmotiv "Wachsende Stadt" von großer Bedeutung ist. Nun ist er aufgefordert, hier die Weichen zu stellen. Andere Bundesländer sind uns hier schon ein Stück voraus, in Nordrhein-Westfalen und auch in Brandenburg sind im Zusammenhang mit der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes eigene Akzente gesetzt und eigene Programme entwickelt worden, vor allem mit dem Schwerpunkt auf Bildung und auf Förderung in Kita, Schule und Ausbildung. Wir sind alle davon überzeugt, dass es keine Alternative zu einer Integrationspolitik gibt. Integrationspolitik muss hier konzeptionell gestaltet werden.

Aus Sicht meiner Fraktion ergeben sich zusammenfassend folgende Eckpunkte für ein Konzept:

Ein Konzept sollte erstens alle gesellschaftlichen Akteure, Migrantinnen, aber auch die Mehrheitsgesellschaft mit einbeziehen. Es sollte auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft versuchen, die oft irrationale Angst vor Zuwanderung und auch Zuwanderern zu nehmen. Analog dazu brauchen wir ein mehrheitsfähiges, interkulturelles Leitbild, das zum Beispiel lauten könnte: Wachsende Stadt, Stadt der Vielfalt. Ich glaube, da gibt es viele Vorschläge.

Zweitens sollte ein Konzept vor allem der Realität Rechnung tragen, dass wir inzwischen ein Einwanderungsland geworden sind, was natürlich auch mit sich bringt, dass gesellschaftliche Strukturen überdacht beziehungsweise auch neu überlegt werden müssen. Gerade im Bereich der Verwaltung und der Regeldienste müssen Migrantinnen und Migranten verstärkt Zugang finden, und zwar nicht mehr nur als Klienten, sondern auch als Fachpersonal. Hier könnte die Verwaltung als Arbeitgeber eine modellhafte Vorreiterrolle spielen.

(Beifall bei der GAL und bei Aydan Özoguz SPD)

C

D

A Drittens sollte ein Integrationsförderkonzept eine Integrationsdefinition zugrunde legen, das sich nicht mehr an Defiziten orientiert, sondern die Potenziale und Kompetenzen der Menschen anerkennt, wertschätzt und auch zu nutzen weiß. Neben der Anerkennung der Mehrsprachigkeit geht es vor allem um interkulturelle Kompetenzen, die zum Beispiel die Wirtschaft schon heute sehr gut zu nutzen weiß. Alle, die schon einmal in den Vereinigten Staaten waren, wissen, dass in jeder modernen Unternehmensführung Diversity-Strategien und Diversity-Management gar nicht mehr wegzudenken sind. Teaching-Diversity auch als Konzept im Bereich der Schule, Leben mit Vielfalt und Unterschiedlichkeit, müssen Eingang in Bildungsplänen finden, aber gerade der Bildungsbereich muss ein Schwerpunktbereich im Rahmen der Integrationspolitik sein.

Schließlich müssen wir aufhören, punktuelle Einzelmaßnahmen zu fördern. Hier brauchen wir eine sinnvolle Bündelung der Maßnahmen, damit sie zielgerichtet und effektiv sein können.

Zu guter Letzt brauchten wir eine Integrationspolitik, die sich als Querschnitt versteht und nicht irgendwo auf der grünen Wiese im Bereich der Sozialpolitik steht. Wir müssen endlich anfangen, hier umzudenken und Integration nicht mehr nur als Schmelzpunkt zu verstehen, sondern als Mosaik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Grapengeter.

B **Jens Grapengeter** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Güçlü, Sie haben es zu Recht ausgeführt, die Zuwanderungsgesetzgebung wird zum 1. Januar 2005 in Kraft treten. Sie wurde vom Senat schon in seinem Regierungsprogramm berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund sehe ich keine Erfordernis dafür, dass explizit jetzt ein zukunftsweisendes, prozessbegleitendes Konzept – was für ein Wortungeheuer – erstellt wird. Diese Politik ist Regierungspraxis, Frau Güçlü, und vor diesem Hintergrund sind eine konzeptionelle Begleitung, eine wissenschaftliche Studie oder Ähnliches nicht erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Es liegt heute allerdings nicht nur diese Drucksache der GAL-Fraktion vor, sondern auch jeweils von der GAL-Fraktion, von der SPD-Fraktion als auch von der CDU-Fraktion Anträge zur Zusammensetzung der Härtefallkommission, die nach Paragraph 23 a des Zuwanderungsgesetzes vorgesehen ist. Hierzu möchte ich jetzt auch das Wort ergreifen.

Die GAL hat ausgeführt, dass die Zuwanderungsgesetzgebung auf einem parteiübergreifenden Kompromiss beruht. Ich persönlich hätte es begrüßt und es mir auch gewünscht, wenn die Initiative zur Härtefallkommission auf einem parteiübergreifenden Kompromiss beruht hätte. Die GAL sah sich dazu berufen, mit Anträgen vorzusprechen,

(Christa Goetsch GAL: So ein Schwachsinn! – Lachen bei der GAL)

diese dann noch mit Pressemitteilungen garnieren zu müssen und keinen Kompromiss zu suchen. Dann kann ich vonseiten der CDU-Fraktion sagen: Dann eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

C

Bei der SPD sieht es dann so aus – ich werde den Antrag nicht unterstützen, aber ich finde ihn durchaus interessant –, dass das Wort "Ersuchen" richtig interpretiert wird.

Im Rahmen des GAL-Antrags wird gefordert, dass Ersuchen an den Senat rechtlich bindend sein sollen. Ich frage mich allen Ernstes, auf welcher alkoholischen Grundlage diese rechtliche Subsumtion herbeigeführt wurde.

(Beifall bei der CDU und Unmutsäußerungen bei der GAL)

Es handelt sich um ein Ersuchen, es handelt sich nicht um einen Befehl, es handelt sich nicht um eine Anordnung, nicht um eine Weisung, es handelt sich nach Paragraph 23 a um ein Ersuchen an die obersten Landesbehörden. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit einem Befehl zu tun, den Sie sich hier vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Noch skurriler ist meines Erachtens – das bezieht sich dann allerdings auch auf den Antrag der SPD-Fraktion –, wie man sich die Zusammensetzung der Härtefallkommission vorstellt: Flüchtlingsinitiativen, Wohlfahrtsverbände. Ich möchte es anders formulieren: Interessenvertreter und Lobbyisten Ihrer Klientel, die mit Sicherheit auch nur die Interessen ihrer Klientel vertreten werden und bei ihrem Votum nicht das wohlverstandene Interesse der Allgemeinheit wahren werden.

(Beifall bei der CDU – Farid Müller GAL: Das machen Sie dann schon!)

D

Dies, kann ich Ihnen garantieren, werden wir nicht mitmachen. In diesem Kontext habe ich einen Blick in die hamburgische Verfassung geworfen. Das kann ja bekanntermaßen nie schaden. Da las ich in Artikel 7, dass Abgeordnete nur ihrem Gewissen unterworfen und auch nicht an Aufträge gebunden sind. Nach meinem Ermessen ist das genau die Voraussetzung, die für Mitglieder der Härtefallkommission erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund sind Abgeordnete dazu berufen, die Mitglieder einer Härtefallkommission zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegensatz zu den von Ihnen genannten Personen beziehungsweise Interessengruppen verfügen Abgeordnete darüber hinaus auch über das Mandat des Wählers und nicht nur über Arbeitsverträge.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen werden meiner Meinung nach auch wieder Qualität und Quantität verwechselt. Quantität ist nicht gleich Qualität. Sowohl die GAL- als auch die SPD-Fraktion stellen sich vor, dass eine Härtefallkommission aus bis zu einem Dutzend Mitgliedern besteht.

(Ingo Egloff SPD: Neun!)

Das sehe ich nicht so. Ich denke, eine Härtefallkommission sollte klein sein, um flexibel zu sein, um pragmatische Entscheidungen zu treffen und vor allen Dingen auch – denn es handelt sich um ein sensibles Thema –, um die Verschwiegenheit innerhalb dieser Härtekommission zu wahren.

(Beifall bei der CDU)

A Diese Argumente vorausgeschickt, bitte ich darum, dass Sie den Antrag der CDU unterstützen und eine Überweisung der GAL- und SPD-Anträge an den Innenausschuss ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Özoguz.

Aydan Özoguz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Güclü, Ihrer Rede habe ich mit großem Interesse zugehört. Herr Grapengeter, Sie sprachen gerade am Ende noch davon, dass es ein sensibles Thema ist. Dann wäre auch ein sensibler Umgang damit sehr angemessen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir würden beide Anträge gern im Ausschuss debattieren. Wir werden ja sehen, wie Sie sich nachher verhalten werden.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir das Thema Zuwanderungsgesetz hier debattieren. Ich glaube, in den letzten drei Jahren ist es jetzt ungefähr das dritte Mal. In der letzten Legislatur haben Sie sich von der CDU-Fraktion immer wieder darauf zurückgezogen, dass Sie schwierige Koalitionspartner hätten und dass es sehr schwierig sei, gerade bei den Themen Zuwanderung und Integration vernünftige Politik zu machen. Aber wir haben jetzt eine neue Situation und im Zuge des Zuwanderungsgesetzes ergeben sich natürlich auch für Sie neue Möglichkeiten.

B

In anderen Bundesländern – das hat Frau Güclü eben schon angesprochen – werden Studien in Auftrag gegeben, Projekte gestartet und es wird für dieses Thema geworben. Die Frage ist, möchte sich unser Senat

(*Michael Neumann SPD:* Das ist nicht unser Senat!)

überhaupt ernsthaft mit diesem Thema beschäftigen und möchte er auch neue Schwerpunkte setzen. Gesagt wird viel, aber was wird tatsächlich getan?

(*Wolfhard Ploog CDU:* Wir tun doch jetzt schon so viel!)

Wer sich Ihre Bilanz ein bisschen genauer anschaut, der muss feststellen, dass ausgerechnet in Hamburg, ausge-rechnet in der Stadt, die sich "Das Tor zur Welt" nennt, beim Thema Zuwanderung und Integration hauptsächlich gekürzt wird – an allen Fronten. Zugegeben, böse könnte man jetzt sagen: Was man nicht mehr verleugnen kann, das kann man kaputtkürzen. Aber ob diese Rechnung aufgeht, das möchte ich bezweifeln, denn Sie kürzen an vielen Stellen, die später zu Folgekosten führen werden. Dies betrifft vor allem den Bereich der vorprogrammierten Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Abhängigkeit vom Staat.

Ich möchte Ihnen dies nicht einfach nur vorwerfen, sondern Ihnen Beispiele aus Ihrer Politik nennen: Sie hatten bereits vielen Trägern die Zuwendungen entzogen, die sich darauf konzentriert hatten, gerade jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei der Suche nach Ausbildungsplätzen zu helfen. Es hat besonders diejenigen getroffen, die sich für junge Frauen eingesetzt haben.

Noch im letzten Jahr hat Bürgermeister von Beust die Ausbildungs- und Arbeitssituation junger Migranten zur Chefsache erklärt

(*Gerhard Lein SPD:* Was?)

und dabei zugesehen, wie den beruflichen Schulen rund 155 Lehrerstellen gestrichen wurden. Dabei wurde über-proportional in den Bereichen gekürzt, die sich um Migranten und lernschwache Schüler kümmern. Im Be-reich der allgemeinbildenden Schulen kürzen Sie darüber hinaus in den Bereichen Vorbereitungsklassen für Aus-länder, Deutschunterricht für Ausländer, Lesen und Schreiben, herkunftssprachlicher Unterricht und För-derung der Zweisprachigkeit. Chefsachen scheinen bei Ihnen eher nach hinten loszugehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben unter großem Einsatz der Schulen eine Sprachstandserhebung für die Vierjährigen durchgeführt und ein halbes Jahr lang hat man davon nichts mehr gehört. Sie wissen, dass Sie nicht alle Kinder erreicht haben. Dagegen haben Sie nichts unternommen. Schließlich haben die Ergebnisse bescheinigt – das ha-ben wir alle auch vorher geahnt –, dass zum Teil erhebli-che sprachliche Defizite festgestellt wurden. Es betrifft viele Kinder mit Migrationshintergrund. Die Konsequenz sollte und müsste sein, diese Kinder vor der Einschulung fit zu machen, damit sie nicht schon am zarten Anfang der Schulkarriere den Anschluss verpassen. Stattdessen passierte aber gar nichts. Diejenigen, die schon im Kindergarten waren, haben keine Aufstockung ihres Kita-Gutscheins erhalten und an manchen Kindergärten funktioniert die Kooperation mit den Grundschulen nur so, dass der vorschulische Deutschunterricht nur nachmit-tags gegeben werden kann, dann, wenn die Kinder, die es dringend brauchen können, zu großen Teilen gar nicht mehr da sind.

C

Jedes neue Projekt wird auf Anfangsschwierigkeiten stoßen, das ist keine Frage, aber Sie haben es nicht vermocht, die Ergebnisse dieser Erhebungen in ein sinn-volles pädagogisches Konzept umzuleiten. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir alle wissen, dass es an manchen Schulen viele Kin-der gibt, die kaum oder wenig Deutsch sprechen, ein Zustand, der uns alle nicht zufrieden stellen kann. Es hat sich zudem auch herausgestellt, dass Deutsch-Förder-stunden in der Vergangenheit nicht als solche gegeben wurden, sondern diese an den Schulen für alle möglichen Ausnahmestunden genutzt wurden. Sich aber nun hinzu-stellen und zu sagen, wenn sie eh nicht richtig gegeben wurden, dann können wir sie auch gleich komplett ab-schaffen, ist zynisch und sicherlich nicht hilfreich.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist kaum ein Jahr her, da schrieb der Bürgermeister einen Artikel, in dem unter anderem stand: Daher haben wir in Hamburg die Sprachförderung an allgemeinbildenden Schulen ausgeweitet. Herr Bürgermeister, Sie könnten – leider nicht anwesend – ... Frau Bürgermeisterin, Sie könnten jetzt einen neuen Artikel schreiben und zugeben, dass Sie die Sprachförderung in Wahrheit wie-der gründenlos zusammengestrichen haben.

Auch die Einsparungen der Volkshochschule treffen unter anderem den Bereich "Deutsch als Fremdsprache". Das

A sind gut besuchte Kurse gerade für Ältere, die nicht mehr zur Schule gehen können. Hier wird eine weitere Möglichkeit der sprachlichen Integration ausgehebelt. Hohe Kursgebühren werden sich diese Leute zumeist nicht leisten können.

Zu guter Letzt möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass Sie auch Betreuungsdiensten und Behandlungszentren die finanziellen Grundlagen entziehen. Sie begründen dies mit zurückgehenden Flüchtlingszahlen. Das ist ja richtig und wird vielleicht in der Zukunft auch zu einem geringeren Bedarf führen, aber Sie wissen selber – und diese Debatte erinnert mich sehr an die Frauenhausdebatte –, dass der Bedarf im Moment absolut vorhanden ist und was Sie machen, ist nicht richtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Reihe ließe sich natürlich immer weiter fortsetzen. Das will ich nun aber nicht tun. Wichtig ist, dass bei Ihnen nichts von einem Konzept in Sachen Zuwanderung oder Integrationspolitik zu erkennen ist. Deswegen haben wir eine Große Anfrage zum Thema Zuwanderungsgesetz eingereicht, um zu wissen, wie ernst Sie es mit diesem Thema meinen und wie Sie sich darauf vorbereiten.

Es gibt eine Sache aus der alten Koalition, die richtig gut ist und die man wirklich loben muss. Das ist die Havas-Untersuchung. Die stammt nun ausgerechnet aus der Feder der Schill-Fraktion. Die Ergebnisse dieser Untersuchung – da bin ich mir sicher – werden erneut dazu auffordern, zu handeln. Auch dort wird wieder ein Konzept benötigt werden, wie zum Beispiel Sprache besser gelehrt und gelernt werden kann. Fraktionen müssen schon zeigen, dass sie an einer ernsthaften Arbeit und an durchgreifenden Konzepten interessiert sind. Die CDU ist seit drei Jahren an der Regierung. Sie hat aber in dieser Zeit ein ernsthaftes Interesse, vielleicht immer wieder verbal, aber nicht in politischen Schritten erkennen lassen. Wenn in Ihrer eigenen Regierungserklärung steht, wir schaffen ein integrationsfreundliches Klima für Migrantinnen und Migranten unserer Stadt, dann sollten Sie uns bitte auch erklären, wie Sie das konkret machen wollen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich könnte man sich ja nur freuen, wenn sich ein Vertreter der Regierungsmehrheit derart im Ton vergreift, wie Herr Grapeneter das eben getan hat.

(Unmutsäußerungen bei der CDU – *Klaus-Peter Hesse CDU: Unfug!*)

Ich empfinde diese Rede als eine verbale Ohrfeige gegenüber all den Menschen in dieser Stadt – und das sind eine Menge CDU-Wähler und -Wählerinnen –, die sich für und mit Migranten und Migrantinnen engagieren. Es ist mehr als peinlich und ich hoffe, dass sich die CDU entschließt, noch einen zweiten Redner oder eine zweite Rednerin zu diesem Thema sprechen zu lassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es sich so leicht zu machen und zu sagen, was das Zuwanderungsgesetz mit all seinen Facetten und seinen

C mühsam erarbeiteten Kompromissen will, sei alles schon CDU-Programm und mache der Senat schon längst, ist eigentlich jenseits jeder Debatte. Herr Ploog, Sie wissen selber, dass es bisher kein inhaltliches Projekt gibt und auch keine inhaltliche Ankündigung, die sich auf das Zuwanderungsgesetz bezieht. Es passiert nichts in dieser Stadt zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und das ist traurig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Gerade das Instrument der Härtefallkommission, das Sie als skurril bezeichnet haben,

(*Wolfhard Ploog CDU: Ihre Zusammensetzung!*)

wo Sie uns skurrile Ideen zugeschrieben haben und sagen, Interessenvertreter unserer Klientel. Die Klientel sind in diesem Fall die Flüchtlinge, die das Recht bekommen haben, sich laut Paragraph 23 a an eine Härtefallkommission zu wenden. Wir wollen nichts anderes, als diese Interessen vertreten. Ich kann andersherum nur sagen, dass das, was Sie mit Ihrem schnell gestrickten Antrag wollen, nichts anderes ist als die Erfüllung eines Weihnachtswunsches der Innenbehörde.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Zuruf)

– Das kann ich mir vorstellen, dass Herr Nagel sich freut.

(*Wolfhard Ploog CDU: Wir freuen uns alle!*)

D Sie sprechen davon, dass diese Härtefallkommission, die dann ihren Namen wirklich nicht verdient, so etwas wie ein Unterausschuss des Eingabenausschusses werden soll. Um einmal zu zeigen, wie schnell das gestrickt ist: Im ersten Absatz reden Sie davon, dass jede Fraktion Vertreter entsenden soll. Im zweiten Absatz steht dann: Die Mitglieder der Härtefallkommission werden vom Eingabenausschuss gewählt. Was denn nun?

(*Wolfhard Ploog CDU: Was dagegen?*)

Zweitens: Der Eingabenausschuss ist ein hoch effizient und engagiert arbeitendes Gremium. Es besteht aus Generalisten. Alle, die länger in diesem Gremium arbeiten, kennen sich mittlerweile mit der Vielfalt der Verwaltungssentscheidungen aus und vertreten das, was sie entscheiden, mit all ihrer Kraft und all ihren Fähigkeiten unter Einsetzung ihres freien Mandats. Was wir aber für eine Härtefallkommission brauchen, ist ein Gremium, das in der Lage ist, nach humanitären Gesichtspunkten zu entscheiden.

(*Jens Grapeneter CDU: Ich traue mir sehr wohl zu, nach humanitären Gesichtspunkten zu entscheiden!*)

– Das mag sein, dass Sie sich das zutrauen, Herr Grapeneter, aber Humanität ist frei von politischer Willkür. Oder ist das nicht Konsens hier?

(Beifall bei der GAL)

Humanität hat überhaupt nichts mit politischen Mehrheiten zu tun.

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der CDU)

Natürlich wollen Sie Ihre Humanität von der politischen Mehrheit abhängig machen.

(*Wolfhard Ploog CDU: Nein!*)

A Natürlich wollen Sie eine Härtefallkommission, die im Rahmen der Selbstbefassung entscheiden soll, ob sie eine Eingabe als Härtefall annehmen wollen oder nicht. Wie denn? Mit Mehrheit oder wie?

(*Jens Grapengeter CDU: Mit Geschäftsordnung!*)

Das ist doch lächerlich. Sie machen die Humanität in dieser Stadt, die Entscheidungen der Härtefallkommission, zum Spielball der Politik und das ist eine absurde Vorstellung.

(Beifall bei der GAL)

Dass diese Debatte polemische Züge hat, ist einzig und allein Herrn Grapengeter zu verdanken und nicht uns.

(Beifall bei der GAL – *Jens Grapengeter CDU: Ihr Problem!*)

Es ist ja nicht so, dass Hamburg das einzige Bundesland ist, das sich mit der Einsetzung einer Härtefallkommission auseinander setzen muss. Es ist für alle Bundesländer Neuland und es lohnt sich, in die einzelnen Entwürfe hineinzusehen. Sie werden nicht einen einzigen Entwurf finden, der sich dem Entwurf annähert, den die CDU hier vorlegt. In allen Entwürfen, in allen bisher schon in Gesetzesform gegossenen Entscheidungen gibt es externe Mitglieder in diesen Härtefallkommissionen und das macht Sinn.

(Beifall bei der GAL – *Jens Grapengeter CDU: Was ist denn mit Hessen?*)

Selbst in Mecklenburg-Vorpommern – wenn ich das mal so sagen darf – gibt es einen Vertreter des Flüchtlingsrates. Aber es geht gar nicht um das Detail.

B

(*Wolfgang Drews CDU: Schießen Sie doch nicht auf die PDS!*)

– Ja, der SPD/PDS-Vorschlag in Berlin ist im Übrigen Ihrem ähnlicher als allen anderen Entwürfen, die ich bisher gesehen habe, wenn wir hier schon in die Details gehen wollen.

(Beifall bei der GAL)

Sie schaffen im Übrigen mit Ihrer Einbindung an den Eingabenausschuss eine neue Hürde für jeden Petenten und jede Petentin, die sich an die Härtefallkommission wenden wollen, die das Gesetz so überhaupt nicht vorsieht. Es ist laut Gesetz überhaupt nicht zwingend, erst an einen Eingabenausschuss zu gehen, der dann entscheidet, ob dieser Fall der Härtefallkommission zugeführt wird oder nicht. Nein, das Gesetz sagt ganz eindeutig, dass sich jeder an die Härtefallkommission wenden kann. Was soll denn diese zusätzliche Hürde? Sie machen die Humanität zum Spielball der Politik und das ist abscheulich.

(Beifall bei der GAL – *Wolfhard Ploog CDU: Das stimmt ja nicht!*)

Wohin führt Ihr Antrag? Ihr Antrag führt dazu, dass wir hier nichts weiter haben als ein Alibi für Sie als Mehrheitsfraktion, vielleicht aber auch eine Erleichterung in der Arbeit der Innenbehörde – das will ich gar nicht abstreiten –, die bisher des Öfteren damit zu tun hatte, dass wir als Eingabenausschuss zur Berücksichtigung entschieden haben bei Fällen aus humanitären Gründen, soweit wir in der Lage waren, die zu beurteilen. Der Senat selber sah sich aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage, dem zu folgen. Sie erleichtern die Arbeit der Innenbehörde.

C Sie tun für die Flüchtlinge in dieser Stadt, die die Möglichkeit nutzen wollen, die das neue Gesetz bietet, nicht einen einzigen kleinen Schritt.

(Beifall bei der GAL – *Wolfgang Drews CDU: Unsinn!*)

– Das ist nicht Unsinn, das ist die Tatsache.

Im Übrigen ist das aktuellste und im Moment viel gravierendere Probleme, dass Sie sich weigern, dieses Thema im Detail, auch gern Ihre Kritik an unserem Antrag, im Ausschuss zu diskutieren. Wir haben hier drei völlig unterschiedliche Anträge vorliegen und Sie mit Ihrer Selbstherrlichkeit der Mehrheit – die sei Ihnen gegönnt, aber sie möge Ihnen auch im Halse stecken bleiben –

(Beifall bei der GAL und der SPD – Unnützäusserungen bei der CDU)

wollen hier einfach abstimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den grundsätzlichen Fragen, wie wir Integration und Zuwanderung in Hamburg gestalten wollen, ist schon einiges gesagt worden, allerdings nicht von der CDU.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Denn was wir bisher gehört haben, war von dieser Stelle nur Polemik, wenig Ernsthaftigkeit und das ist dem Thema absolut unangemessen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte noch einiges zu den Punkten sagen, die die Härtefallkommission betreffen. Da haben wir hier drei Vorschläge vorliegen, die wirklich unterschiedlicher Natur sind. Sie haben, Herr Grapengeter, mit Ihrem Vortrag bewiesen, dass der Eingabenausschuss vielleicht doch nicht der richtige Ort ist, um wirklich ernsthaft über Härtefälle entscheiden zu können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das, was uns die CDU hier als Schnellschuss vorschlägt, ist nämlich in Wahrheit ein Pseudovorschlag. Es ist eine Pseudohärtefallkommission, es ist ein Anhänger des Eingabenausschusses, der in Wahrheit zeitlich häufig jetzt schon – und das wissen Sie selber, Sie sind ja selbst in dem Ausschuss – gar nicht in der Lage ist, diesen Einzelfällen in vollem Umfang gerecht zu werden. Deshalb ist es ein Pseudovorschlag, den Sie hier machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Insofern muss man die Frage Härtefallkommission ja, nein, an der Stelle auch immer mit erwähnen. Das ist eine Sache, die auch im Zuwanderungskompromiss schon enthalten ist. Dieser Paragraph 23 a des Zuwanderungsgesetzes ist als ein gemeinsamer Kompromiss, an dem, glaube ich, auch die CDU beteiligt war, in dieses Gesetz hineingekommen. Insofern waren auch Sie der Gesetzgeber auf Bundesebene. Deshalb ist es ein gemeinsamer Kompromiss und Sie sind hier in Hamburg aufgefordert, dieses in ein eigenes Regelwerk für Hamburg umzusetzen.

A (Beifall bei der SPD und der GAL – *Kai Voet van Vormizeele CDU: Tun wir ja auch!*)

Deshalb sollten Sie auch zu dem stehen, was Sie auf Bundesebene zugesagt haben und hier nicht irgendwelche Ausflüchte suchen. Im Gesetz heißt es Härtefallkommission und nicht Petitionsausschuss oder Eingabenausschuss. Das ist der Punkt, dass der Bundesgesetzgeber sich an der Stelle wohl auch etwas anderes gedacht hat als diese billige Lösung, die Sie hier vorschlagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Über die inhaltlichen Punkte ist schon einiges gesagt worden. Die Ungereimtheiten zeigen, dass Sie Ihren Vorschlag vielleicht selbst ein bisschen unter dem Alkoholeinfluss, den Sie da vermutet haben, gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir haben hier die Situation, dass Sie in Ihren Vorschlag reinschreiben, dass ein Unterausschuss eines Ausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft hier abschließende Ersuchen an den Senat formulieren soll. Wie das mit dem Geschäftsordnungsrecht der Hamburgischen Bürgerschaft vereinbar sein soll, würden wir gern noch von Ihnen hören.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Antje Möller GAL: Keine Chance!*)

Nehmen Sie sich insofern mal als Vorbild Ihren Parteikollegen im Saarland. Ihr Parteikollege Müller, der da ein bisschen fortschrittlicher ist als Sie, hat gerade vor einer Woche in seiner Regierungserklärung gesagt, dass es im Saarland eine Härtefallkommission geben wird, die diese Sache ernst nimmt. Daran sollten Sie sich an dieser Stelle mal ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ist das die Position einer angeblich so liberalen, weltoffenen Großstadtpartei wie der CDU? Nein, Glaubwürdigkeit sieht anders aus und Einzelfallgerechtigkeit sieht auch anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun muss ich allerdings an der Stelle doch noch etwas zur GAL sagen. Es ist nämlich an vielen Stellen durchaus gut gemeint, aber es geht doch an einigen Punkten rechtlich über das hinaus, was das Zuwanderungsgesetz und auch die Hamburger Verfassung an der Stelle zulassen.

(*Michael Fuchs CDU: Hört, hört!*)

Das ist auch angesprochen worden. Insofern war das der einzige Punkt, Herr Grapeneter, bei dem Sie mal richtig gelegen haben, dass nämlich die Frage des Ersuchens an den Senat an dieser Stelle rechtlich nicht verbindlich sein kann, sondern dass es möglich sein muss, dass die oberste Landesbehörde, der Senat an dieser Stelle, selber eine Entscheidung aufgrund des Härtefallersuchens trifft und das kann nicht abschließend durch die Härtefallkommission passieren. Da müssten Sie auf jeden Fall noch ein wenig nacharbeiten. Es ist eine eindeutige Regelung im Zuwanderungsgesetz enthalten, die Sie an dieser Stelle aushebeln. Deshalb können wir das auch so nicht beschließen.

Die Härtefallkommission sollte ausgewogen besetzt sein. Deswegen haben wir auch einen anderen Vorschlag gemacht, der – ich will jetzt nicht sagen, dass er nur inte-

ressengeleitet ist – ein bisschen mehr versucht, die gesamte Gesellschaft damit abzubilden. Ich glaube, da haben wir einen besseren Vorschlag vorgelegt. Nicht geklärt ist in Ihrem Vorschlag auch das Verhältnis zum Eingabenausschuss. Was wir als SPD nicht wollen, ist, dass es hier Doppelarbeit gibt, dass es an dieser Stelle Zuständigkeitswirrwarr gibt. Nein, hier muss es klare Regelungen geben, damit auch wirklich klar, schnell und präzise entschieden werden kann und in der Sache richtig und gerecht. Deswegen, glaube ich, ist unser Antrag, den wir vorschlagen, der eindeutig bessere.

(Beifall bei der SPD und bei *Gudrun Köncke GAL*)

Wir halten uns an den rechtlichen Rahmen, den das Zuwanderungsgesetz gibt. Wir wollen eigene Experten in diesem Härtefallgremium haben. Da der Eingabenausschuss – und das ist auch noch mal ein klarer Appell an die CDU – zeitlich und in der Abarbeitung dieser einzelnen Fälle vielen nicht richtig gerecht werden kann

(*Wolfhard Ploog CDU: Wir können!*)

– das wollen wir mal sehen, ob das so passiert –, ist es richtig, hier auch Experten mit einzubinden. Wie gesagt: Ohne Doppelarbeit, ohne Hinausschieben von Entscheidungen mit einem klaren präzisen Verfahren.

Unser Fazit deshalb: Wir wollen in Hamburg das Zuwanderungsgesetz vorbildlich, richtig und vernünftig umsetzen. Deshalb mein Appell an die CDU, die beim Zuwanderungsgesetz mitgemacht hat auf Bundesebene: Geben Sie sich einen Ruck, lassen Sie uns auch hier im Ausschuss noch einmal vernünftig darüber reden. Ansonsten stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Ploog.

(*Werner Dobritz SPD: Jetzt kommt was zum Alkoholgenuss!*)

Wolfhard Ploog CDU: Meine Damen und Herren! Bekanntlich trinke ich kaum Alkohol. Deswegen brauchen Sie mich nicht nach dem heute bereits genossenen Alkohol zu fragen. Das empfinde ich ein bisschen als unanständig.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich einen zweiten Redner gewünscht, hier steht er.

(Beifall im ganzen Hause)

D

Ich möchte auch gar nicht polemisch werden, denn das kann man bei diesem Thema ganz leicht. Es gibt schon unterschiedliche Bewertungsmöglichkeiten in der Rede von Frau Möller im Vergleich zu der von Herrn Dressel.

Ich will auch zu dem Zuwanderungsantrag nichts weiter sagen. Ich habe mich noch einmal wegen der Härtefallkommission gemeldet. Da gibt es doch eine Menge von Ängsten, die Sie nicht im Einzelnen beschrieben haben, aber ich fühle und ahne das schon.

Ich will Ihnen sagen, was bei uns der Grundgedanke ist, warum wir eben keine große Kommission mit interessierten Organisationen haben möchten, die auch in der Arbeit dort tätig sind.

(*Michael Neumann SPD: Handwerkskammer, Handelskammer!*)

A – Ja, ja, das haben Sie schon vorgeschlagen.

Wir möchten hier kein weiteres außerparlamentarisches Gremium schaffen. Deswegen wollen wir das zunächst einmal so versuchen. In dem Antrag steht auch, dass die Arbeit evaluiert werden soll. Dann werden wir sehen, ob es etwas bringt oder nicht. Ich glaube, dass wir das zu dritt sehr vernünftig hinbekommen. Alle diese Ängste, die vor allem auch Frau Möller vorgetragen hat, werden wir, Frau Möller, glaube ich, ganz schnell gemeinsam besiegen, weil wir uns bei den Härtefällen – das hat ja die Vergangenheit gezeigt – immer sehr schnell einig waren. Wir haben ja auch gemeinsam eine ganze Reihe von Fällen ausgesetzt. Da habe ich überhaupt keine Angst und möchte Sie auch ein bisschen beruhigen. Das ist kein Grund, unruhig zu werden.

Herr Dr. Dressel, ich habe immer gesagt, dass wir im Eingabenausschuss immer wenig Zeit haben. Da Sie das heute mehrfach beklagt haben, können Sie nunmehr davon ausgehen, dass wir künftig auch mal zwei Stunden eher anfangen. Mich ärgert, dass wir das nicht immer ordentlich machen können. Also fangen wir demnächst mal ein bisschen eher an und dann kriegen wir das auch hin. Das scheint auch von Ihnen ein intensiver Wunsch zu sein.

Ich will nur noch eines sagen. Nach meinen Vorstellungen und auch nach den Vorstellungen meiner Fraktion wird es nicht so sein, dass die Härtefallkommission im Rahmen einer Sitzung des Eingabenausschusses tagt, sondern es werden gesonderte Sitzungen sein und da wird es ausreichend Zeit geben und die Zeit werden sich die drei Angehörigen dieser Kommission dann wohl auch nehmen. Ich gehe ganz sicher davon aus, dass das gründlichst beraten werden kann und wenn es einmal an einem Tag nicht zu einer Entscheidung kommt, dann kann man immer noch den Rat anderer einholen.

Ihre Befürchtungen kann ich nicht teilen und ich finde sie auch ein bisschen sehr unreal. In dem Sinne hoffe ich auf eine gute Zusammenarbeit. Ihre Anträge werden wir natürlich ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ploog, auf der Ebene kann ich das auch besser mit der CDU, um es mal so zu sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie schon darüber reden, wie wir im Eingabenausschuss interfraktionell arbeiten, dann frage ich noch einmal, warum wir denn diese drei Anträge nicht im Ausschuss besprechen können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Warum können wir dann nicht jenseits all dieser Vorwürfe auf den Punkt kommen, den wir im Eingabenausschuss durchaus gemeinsam haben, nämlich die Entscheidung für oder auch gegen eine Petentin, einen Petenten? Also noch mal den Appell: Überweisen Sie doch gemeinsam mit uns oder folgen Sie unserer Bitte der Überweisung dieser drei Anträge, damit wir Ängste beseitigen, Vorurteile aus der Welt schaffen und konstruktiv zu einer Lösung an dieser Stelle für Hamburg kommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum GAL-Antrag aus der Drucksache 18/1097. Wer möchte den annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/1103, 18/1185 und 18/1187 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/1185. Wer möchte ihn annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer stimmt dem SPD-Antrag aus der Drucksache 18/1187 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt dem GAL-Antrag aus der Drucksache 18/1103 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl einer Deputierten der Justizbehörde sind 117 Stimmzettel abgegeben. Alle 117 Stimmzettel waren gültig. Frau Sabine Rohardt erhielt 106 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen, drei Enthaltungen. Damit ist Frau Rohardt gewählt.

D

Bei der Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses sind 117 Stimmzettel abgegeben worden. Auch hier waren alle 117 Stimmzettel gültig. Herr Christoph Ahlhaus erhielt 62 Ja-Stimmen, 48 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen. Damit ist Herr Ahlhaus gewählt.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf, Drucksache 18/1068, Dringlicher Senatsantrag: Hamburg als Standort für die Produktion und die Endlinienfertigung des Airbus A380 – Langfristige Sicherung von Neuenfelde.

[Dringlicher Senatsantrag:

Hamburg als Standort für die Produktion und die Endlinienfertigung des Airbus A380 – Langfristige Sicherung von Neuenfelde – Drucksache 18/1068 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion und – so glaube ich, meine Eindrücke der vergangenen Monate zusammenfassen zu können – die allermeisten Mitglieder dieses Hauses sind davon überzeugt – und so heißt es sinngemäß auch in der Senatsmitteilung –, dass sowohl das Airbus-Werk in Finkenwerder ausgebaut, als auch Neuenfelde erhalten werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Eine gemeinsame Zukunftsgestaltung ist möglich. Äpfel und Airbus vertragen sich. Wir wollen die Erweiterungs-

A planung verwirklichen. Wir wollen ebenso, dass der Ort Neuenfelde in seinem Bestand gesichert bleibt und sich weiter entwickeln kann. Über die bestehenden Planungen hinaus sollen keine weiteren Obstbauflächen in Anspruch genommen werden. Wir bekräftigen hier an dieser Stelle ein weiteres Mal, dass die Bürgerschaft eine dann nochmalige Verlängerung der Start- und Landebahn nicht unterstützen wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Neuenfelde ist ein Teil von Hamburg und Ole von Beust ist auch der Bürgermeister der Neuenfelder. Er hat den Menschen dort sehr weitreichende Angebote zur Sicherung ihres Heimatortes gemacht, Angebote, denen die CDU-Fraktion heute zustimmen wird.

Sicher werden einige Menschen in Neuenfelde durch die Airbus-Erweiterung sehr stark belastet, aber sie werden dafür auch entschädigt. Dem ganzen Ort werden zusätzliche Angebote gemacht, die es in diesem Ausmaß bisher kaum irgendwo gab. Ich kenne in Hamburg keinen vergleichbaren Fall, wo Bürgern als Ausgleich für eine Maßnahme, die nicht im Interesse des Ortsteiles liegt, derartige Zusagen gemacht wurden, die die Zukunft garantieren sollen und genau diese Zukunft werden wir garantieren.

(Beifall bei der CDU)

Niemandem in Neuenfelde beziehungsweise im Alten Land wird durch die Start- und Landebahnverlängerung die wirtschaftliche Existenzgrundlage genommen. Es geht um Arbeitsplätze im Flugzeugbau und im Obstbau und hier wird niemand überrollt. Hier werden nicht Dörfer aufgegeben, wie es in anderen Teilen Deutschlands passiert, um Braunkohle im Tagebau zu fördern, sondern das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Auslieferungszentrum für den A380 entstehen viele neue Arbeitsplätze und davon wird auch die lokale Ökonomie in Cranz, in Neuenfelde, in Francop und Finkenwerder profitieren. Damit werden auch die örtlichen Infrastrukturen, Schulen, Kindergärten und dergleichen mehr besser gesichert und ausgebaut, wenn die Menschen in die Dörfer ziehen, weil sie in der Nähe Arbeitsplätze bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Der Obstbau hat im Alten Land eine sehr lange Tradition und prägte über viele Generationen das Erscheinungsbild der Dörfer an den Straßen von Francop bis Stade. Er war aber nie die einzige Erwerbsquelle der Menschen dieses fruchtbaren Landstrichs. Immer gab es auch andere erfolgreiche wirtschaftliche Unternehmungen, zum Beispiel die Schifffahrt und den Schiffbau, die vielen Bewohnern des Alten Landes seit Jahrhunderten Arbeit und Erwerb sichern. Auch der Obstbau hat sein Erscheinungsbild in den vergangenen 40 Jahren extrem verändert. Bis in die Fünfziger- und Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts waren es vorherrschend hochstämmige Obstbäume, unter denen zum Teil noch Schafe grasten. Heute gibt es fast nur sehr intensiv bewirtschaftete Plantagen mit mehreren tausend Bäumen pro Hektar.

Meine Damen und Herren! Der Obstbau ist auf dem Stand der internationalen Entwicklung. Er ist nicht stehen geblieben, aber auch der Rest der Welt verändert sich und entwickelt sich weiter. Zu der Entwicklung des Obstbaus im Alten Land, zu seiner Sicherung, hat die Freie und Hansestadt Hamburg auch über Jahre und lange Jahre ganz erhebliche Beiträge geleistet. Die Chance

einer solchen zukunftsgerichteten Entwicklung muss ganz Hamburg haben. Die Luftfahrt ist eine der weltweit wichtigsten Zukunftsbranchen. Der Anteil der auch in anderen Bereichen nutzbaren Forschungs- und Entwicklungsleistungen der Luftfahrtindustrie ist besonders hoch. Die Flugzeugproduktion hat eine herausragende Bedeutung für die gesamte Region Norddeutschland. Hamburg hat die einmalige Chance, an diesem Wachstumsmarkt teilzuhaben. Nach dem heute von der Wirtschaftsbehörde vorgelegten Gutachten können hier mittel- bis längerfristig bis zu 4000 neue Arbeitsplätze entstehen. Ohne eine Verlängerung der Start- und Landebahn – und auch das macht das Gutachten deutlich – droht die Gefahr, dass Hamburg nicht das Auslieferungszentrum für den A380 erhält. Bleibt die Startbahn wie sie ist, wird Hamburg verlieren. Der Wirtschaftsstandort Hamburg würde nicht nur insgesamt einen großen Imageschaden erleiden, es würden auch ganz handfeste wirtschaftliche Verluste drohen. Nicht nur, weil keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern weil auch vorhandene Arbeitsplätze bei Zulieferern von Airbus zumindest langfristig gefährdet wären und Betriebsteile nach Toulouse verlagert würden. Das kann nicht unser Interesse sein.

(Beifall bei der CDU)

Ein Unternehmen hat in aller Regel kein Interesse an einem Standort als solchen, sondern es hat ein Interesse an den Produktionsmöglichkeiten des Standortes. Wenn ein Unternehmen hinsichtlich des Produktionsstandortes die Wahl hat, dann wird es sich daran orientieren, welcher Ort die besseren Perspektiven bietet. Die Nichtverlängerung der Startbahn erhöht somit die Wahrscheinlichkeit, dass Airbus seine Erweiterungsinvestitionen für den A380 nicht in Hamburg durchführt. Eine solche Entscheidung gegen Hamburg hätte für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Metropolregion erhebliche negative Konsequenzen.

Diese drohende negative Entwicklung wollen wir mit unserem heutigen Beschluss verhindern. Wir wollen den bisher nicht verkaufsbereiten Grundeigentümern ihre Entscheidung für die Zukunft ihrer Stadt und auch die Zukunft ihrer engeren Heimat erleichtern; sie ist auf jeden Fall nötig.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist das sechste oder siebte Mal in diesem Jahr, dass wir hier über dieses Thema reden. Das Thema ist aber wichtig. Eigentlich wurde in den letzten Debatten auch schon alles dazu gesagt, trotzdem ist der vorliegende Antrag heute wichtig. Er ist ein Signal, das der Senat aussendet, das aber auch die Hamburger Bürgerschaft aussenden kann, wenn sie diesem Antrag zustimmt. Es geht um das Signal, dass wir die Interessen der Bürger in Neuenfelde ernst nehmen und dass dem Parlament ernsthaft daran gelegen ist, hier einen Interessenausgleich zwischen der Weiterentwicklung des Luftfahrtstandorts einerseits und den Interessen der Bürger von Neuenfelde andererseits zu finden.

Es ist richtig, diesen Schritt zu machen. Es liegt nun an den Gegnern der Landebahnverlängerung, den Ball aufzunehmen, der ihnen zugespielt wird, und ihrerseits einen

C

D

- A Schritt zu machen. Es wird sich in den nächsten Tage erweisen, ob es darum geht, dem Dorf Neuenfelde eine Chance auf eine gesicherte Weiterentwicklung und Existenz zu geben oder ob andere Gründe eine Rolle spielen, nämlich unbedingt das Projekt Airbus-Landebahnverlängerung zu verhindern.

Der Antrag, der heute vorliegt, und auch das, was der Senat und auch das Unternehmen Airbus erklärt haben, stellen eine weitreichende Garantie dar. Diese Garantie fällt einigen in meiner Fraktion nicht leicht; das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Es heißt natürlich auch, dass es Entwicklungen geben könnte, von denen Hamburg irgendwann abgeschnitten sein wird, wenn wir heute die Entscheidung treffen, dass diese Landebahn nie mehr weiter als um die Strecke verlängert wird, die jetzt beantragt wurde.

Das Gutachten, das heute veröffentlicht worden ist, hat noch einmal deutlich gemacht, welche Chancen in diesem Projekt Landebahnverlängerung liegen und welche Risiken für Hamburg bestehen, wenn diese Landebahnverlängerung nicht kommt. Das Gutachten führt aus – Herr Reinert hat hier schon etliche Dinge genannt –, dass der Markt für Großraumflugzeuge in den nächsten 20 Jahren circa 1500 Flugzeuge umfassen wird. Wenn man betrachtet, welchen Marktanteil Airbus hat und wie Hamburg an diesem Airbus-Marktanteil beteiligt ist, dann kann man daraus schließen, dass Hamburg die Chance hat, circa 300 Passagierflugzeuge und 90 Frachtflugzeuge zu bauen. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Hamburg an dieser Entwicklung teilhaben kann.

- B Wir wissen aus den Airbus-Projekten der Vergangenheit, dass die einzelnen Flugzeuge dieser Familie immer so zugeschnitten worden sind, dass es mehrere Mitglieder gab. Es wurden verschiedene Flugzeuge eines Grundtyps entwickelt. Auch das wird beim A380 der Fall sein. Darum geht es.

Ich habe es in der Debatte der letzten Sitzung schon gesagt: Es geht nicht primär nur darum, dass sich das Auslieferungszentrum in Hamburg befindet, sondern es geht vor allen Dingen darum, Hamburg die Chance zu erhalten, an der weiteren Entwicklung der A380-Familie teilzunehmen

(Beifall bei der SPD und der CDU)

und nicht darauf verwiesen zu sein, in Hamburg nur die erste Maschine zu bauen.

Wir alle wissen aus dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts und aus den Diskussionen, die wir hier, im Ausschuss und an anderer Stelle vielfach geführt haben, dass es rechtlich kompliziert ist darzulegen, welche Chancen es gibt. Ich weiß nicht, ob es am Ende so aussieht, wie es in dem Gutachten steht, dass, wenn wir die Landebahnverlängerung bekommen und an der weiteren Entwicklung der A380-Familie voll beteiligt werden, zwischen 2500 und 4000 weitere Arbeitsplätze in Hamburg entstehen werden. Das kann hier auch keiner hinreichend sicher beurteilen. Aber die Chance besteht. Wenn wir diese Landebahnverlängerung nicht bekommen, dann besteht dafür die Chance nicht, sondern im Gegenteil, wir laufen Gefahr, dass wir Produktionsanteile an Toulouse verlieren.

Die Sozialdemokraten sind dafür, dass dieses Projekt zu Ende geführt wird. Wir möchten das auch im Einverneh-

men mit den Anwohnern von Neuenfelde tun. Allerdings sind wir auch der Auffassung, dass man sehen muss, was passiert, wenn es keine konsensuale Lösung gibt. Wir werden morgen noch über einen weiteren Antrag zu entscheiden haben, den die GAL vorgelegt hat, in dem gefordert wird, das vom Parlament beschlossene Enteignungsgesetz und das Lex Airbus-Gesetz aufzuheben. Das werden die Sozialdemokraten nicht mitmachen, und zwar deswegen, weil wir auch für den Fall, dass es keine einvernehmliche Lösung gibt, gewappnet sein müssen. Die Diskussion und das Projekt ist dann nicht zu Ende, die Bürgerschaft und der Senat haben die Hand gereicht. Es liegt an den Gegnern, diese aufzunehmen. Wir sind bereit, uns zu einigen. Die anderen müssen auch bereit sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines möchte ich vorab klar sagen: Die GAL steht zu Airbus und wir stehen auch zu Neuenfelde. Wir stehen für jede Lösung des gegenwärtigen Konflikts zur Verfügung, die erstens ehrlich ist und zweitens mit Steuergeldern sparsam umgeht. Wir sind aber nicht bereit für eine Politik der Täuschung, der Tricksereien oder eine Politik des Verschleuderns von Steuergeldern ohne lastbaren Nutzen für die Stadt.

(*Bernd Reinert CDU: Wer war denn damals im Senat?*)

Genau dafür steht die Politik dieses Senats und dafür steht auch der heutige Antrag. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei Christa Goetsch und Gudrun Köncke, beide GAL)

Dieser Antrag wiederholt schlicht eine falsche Tatsachenbehauptung, dass nämlich ein Bedarf für diese Landebahnverlängerung bestehen würde. Das ist der Grundfehler, von dem der Senat immer wieder ausgeht. Wir haben an dieser Stelle auch mehrfach dargelegt, dass aus unserer Sicht der Bedarf eben nicht bestehen würde.

Auch heute werde ich Sie vermutlich nicht davon überzeugen können, aber viele andere, die von der Sache etwas verstehen, sind durchaus dieser Meinung. Die Berechnung von Airbus zum Bedarf haben weder die Richter am Verwaltungsgericht überzeugt noch die unabhängigen Richter am Oberverwaltungsgericht, die sich über mehrere Monate wirklich intensiv mit dieser Sache auseinander gesetzt haben.

Der GAL muss auch gestattet sein, unabhängigen Luftfahrtexperten, die auch Gutachten erstellt haben, und vor allem den unabhängigen Organen der Rechtspflege in dieser Stadt mehr Glauben zu schenken als falschen Behauptungen des Von-Beust-Senats, ohne dass gegen uns der Vorwurf des Vaterlandsverrats erhoben wird.

Man fragt sich, um was es bei dieser Landebahnverlängerung wirklich geht. Die Begründung – sie ist auch hier wieder gefallen – dafür ist, dass es um die Arbeitsplätze geht. Wir haben uns bereits in der letzten Debatte darüber unterhalten, dass es wohl kaum um diese 100 direkten Arbeitsplätze geht, die unmittelbar am Auslieferungszentrum hängen.

- A Herr Egloff hat es eben auch noch einmal gesagt – letztes Mal hat er es etwas deutlicher gesagt –, dass das Kappes sei.

(*Ingo Egloff SPD: Das haben Sie gesagt!*)

Es gehe vielmehr darum, dass Hamburg nicht den Anschluss an die weiteren Entwicklungen verliert. Aber welche Entwicklungen könnten das überhaupt sein, die wirklich größer sind als die Frachtversion des A380? Herr Puttfarcken hat gesagt: Etwas Größeres als die Frachtversion des A380 könne er sich eigentlich überhaupt nicht vorstellen. Wie viele Arbeitsplätze würden solche Entwicklungen bringen, wenn sie tatsächlich irgendwann kommen sollten? Diese Antworten sind CDU und SPD bis heute schuldig geblieben. Das nenne ich Kappes.

Diese Antworten liefert auch nicht, Herr Schira, das heute vorgelegte neue Gutachten. Zunächst einmal ist interessant, was das Gutachten – und das es ehrlicherweise auch sagt – alles nicht leistet.

Im Gutachten heißt es explizit:

"Die technische Begründung der Start- und Landebahnverlängerung war nicht Bestandteil des Auftrags."

- Aha. Die wichtigste Frage, ob wirklich ein Bedarf für diese Landebahnverlängerung besteht, wurde ausgeklammert. Ebenso wenig handelt es sich um eine wirkliche Kosten-Nutzen-Analyse, wie sie bereits der Rechnungshof – er ist heute auch anwesend – bei der letzten Werkserweiterung gefordert hatte. Eine solche Kosten-Nutzen-Analyse gibt es nicht. Stattdessen liefert dieses Gutachten im Wesentlichen sehr gut bezahlte, aber sehr schlecht begründete Spekulationen. Denn im Zusammenhang mit der Entwicklung des Werkes auf Finkenwerder heißt es dort wörtlich – ich zitiere:

"Hierbei kann nicht berücksichtigt werden, dass wider der reinen Lehre auch Entscheidungen von Unternehmen zum Teil nur bedingt rational getroffen werden. Nachfolgend werden die Konsequenzen diskutiert, die eine Nichtverlängerung der Start- und Landebahn für Airbus hat und welche Unternehmensentscheidungen hieraus resultieren könnten."

Das ist eine Spekulation im Stile eines Gesinnungsauf-satzes: „Hätte“, „Könnte“, „Wäre“ unter den Bedingungen von Irrationalität. Das ist nicht wirklich seriös.

(*Beifall bei der GAL*)

Etwas hanebüchen wird es, wenn man sich anschaut, wie das Gutachten versucht, das gewünschte Ergebnis zu begründen, wonach neue Arbeitsplätze in einer Größenordnung von 2500 bis 4000 entstehen könnten. In dem Gutachten ist nirgendwo dargestellt, wie man auf diese Zahlen überhaupt genau gekommen ist. Man geht einfach davon aus, dass bereits heute durch den Airbus A380 1700 Arbeitsplätze in Hamburg entstanden sind. Das rechnet man dann hoch und schaut, wie viele Arbeitsplätze entstehen könnten, falls die Produktionskapazität bei Airbus für den A380 verdoppelt wird und Airbus in das Zweitausstattungsgeschäft in Hamburg einsteigt. Mit Verlaub, diese Methodik ist alles andere als statthaft.

Denn diese 1700 Arbeitsplätze, die bis jetzt in Hamburg geschaffen wurden, sind allesamt in Bereichen entstanden, die mit der Auslieferung, der Lackierung und der Innenausstattung überhaupt nichts zu tun haben. Diese Produktionsschritte haben schlicht noch nicht stattgefunden.

C Den. Von den 2000 erwarteten Arbeitsplätzen, die den Hamburger – auch der Bürgerschaft – versprochen wurden, sind 1700 in der Entwicklung und in der Rumpfmontage entstanden. Wir sind froh über jeden einzelnen Arbeitsplatz, aber deswegen kann man doch nicht einfach so tun, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze, die nichts mit dem Auslieferungszentrum zu tun haben, nur erhöhen würden, wenn das Auslieferungszentrum kommt. Das ist schlicht nicht möglich, das ist unseriös, das ist Trickerei. Dieses Gutachten ist in diesem Sinne – ehrlich gesagt – sogar standortschädigend. Ich frage mich, ob vielleicht der Franzose dahintersteckt. – Das ist standortschädigend.

(*Beifall bei der GAL – Michael Neumann SPD: Der Franzmann!*)

Schauen Sie sich doch einmal den Namen an, wer das Gutachten geschrieben hat: Deloitte. Das ist doch verdächtig, oder?

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Herr Maaß, ich bitte Sie!*)

D Das müssen Franzosen gewesen sein.

Eine stringente, sachliche Argumentationslinie, mit der der Bedarf einer Landebahnverlängerung nachgewiesen werden kann, gibt es nicht.

Es gibt dann noch eine zweite Argumentationslinie, nämlich das Argument der Verlässlichkeit von Zusagen. Herr Senator Uldall hat in einem Interview gesagt, dass die Stadt die Landebahn deshalb bauen will, weil der Senat Airbus eine entsprechende Zusagen gemacht habe. In der letzten Debatte – vor zwei Wochen – hat der Bürgermeister der GAL vorgeworfen, dass die GAL wegen einer angeblich anders lautenden Zusagen des rotgrünen Senats vom September 1999 mit der Verweigerung ihrer Zustimmung ihr Wort brechen würde.

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Ja!*)

Wo ist der Bürgermeister eigentlich heute? Er hat anscheinend Wichtigeres zu tun.

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Der tut vielleicht gerade etwas in der Sache!*)

Aber dieser Vorwurf, Herr Schira, ist ehrlich gesagt ziemlich dreist, denn er beruht auf einer bewusst unvollständigen Zitierung des rotgrünen Senatsbeschlusses von 1999. Der Bürgermeister hat an dieser Stelle behauptet, dass der damalige rotgrüne Senat Airbus zugesagt habe, im Rahmen des rechtlich Möglichen alles in die Wege zu leiten, um für eine Landebahn in Hamburg zu sorgen, wie sie in Toulouse besteht. Aber den dann folgenden entscheidenden Satz hat der Bürgermeister sowohl in der Bürgerschaft als auch später auf der Bürgerversammlung in Neuenfelde nicht zitiert. Der Senatsbeschluss lautete gemäß der Mitteilung der Staatlichen Pressestelle vom 28. September 1999 – ich zitiere:

"Da nach den Genehmigungsvoraussetzungen eine bedarfsgerechte Prüfung erforderlich ist, bedürfe es zudem einer überprüfbaren qualifizierten fachlichen Begründung für die Start-/Landebahn."

(*Beifall bei der GAL*)

Genau das ist heute das Problem. Die Gerichte haben festgestellt, dass es keinen nachgewiesenen Bedarf gibt und dass man die Arbeitsplätze in Hamburg auch anders

- A sichern kann. Deswegen ist es ein schlechter Stil des Bürgermeisters, wenn er uns in der Bürgerschaft indirekt des Wortbruchs bezichtigt und dabei bewusst falsch zitiert. Das ist ein Vorgang, den ich für meine Fraktion auf das Schärfste zurückweise.

(Beifall bei der GAL)

Für diesen fehlenden Nachweis des Bedarfs ist doch Airbus verantwortlich, nicht die Stadt. Das muss man doch auch einmal sagen. Deswegen kann von einer Verpflichtung der Stadt, die Landebahn zu verlängern, überhaupt keine Rede sein, solange Airbus den Bedarf nicht nachweist.

Die Aussage von Herrn Puttfarcken von vorgestern ist auch ziemlich unerhört, wonach er von der von Airbus vor Gericht abgegebenen Zusage nichts mehr wissen will, dass das Auslieferungszentrum auch kommen soll, wenn die Landebahn nicht verlängert wird. Diese Aussage wurde vor Gericht gemacht und dort auch protokolliert. Davon will er heute nichts wissen, das sei alles nicht so gemeint gewesen. Auch vor dem Hintergrund der heute hier und der von Airbus gegenüber den Bürgern von Neuenfelde abgegebenen Erklärung frage ich mich: Wenn eine gerichtlich protokollierte Aussage des Chefjus-titiars von Airbus nach wenigen Jahren nichts mehr wert sein soll, dann wirft das ein sehr schlechtes Licht auf die Halbwertszeit von Aussagen, die heute hier getroffen werden. Es gibt jedenfalls keinen Grund, warum die Stadt und dieser Senat heute auf die Einhaltung dieser Zusage von Airbus pocht.

(Beifall bei der GAL)

- B Es gibt keinen drohenden Wortbruch des Senats, dies kann jedenfalls nicht als Rechtfertigung für die Landebahnverlängerung herhalten. Ich bin jetzt bei der zweiten Argumentationslinie angelangt, die nicht funktioniert. Sie wird aber immer wieder vorgetragen, warum wir diese Landebahnverlängerung brauchen.

Man fragt sich, was diese Mehrheit und den Senat tatsächlich treibt. Damit sind wir bei der dritten und vermutlich entscheidenden Argumentationslinie für die Landebahnverlängerung: Sie liegt in dem Prestige, im Interesse sowie an der Gesichtswahrung von Lokalpolitikern. Sogar das neu vorgelegte Gutachten ist insoweit dankenswert klar, als dort weniger von Zahlen die Rede ist als von Signalwirkung und Image, die eine neue Landebahnverlängerung erfordern. Man muss auch Herrn Forgeard, seines Zeichens Airbus-Chef, für seine Klarheit danken, als er sagte:

"Die Auslieferung ist doch nur ein Prestigeakt mit einer Zeremonie, netten Reden und schönen Bildern."

So wurde er zitiert.

Für nette Reden von Lokalpolitikern, schönen Bildern von lächelnden Wirtschaftssenatoren und Bürgermeistern sollen 100 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben und der Rechtsstaat mit Füßen getreten werden.

(Olaf Oehl CDU: So einen Schwachsinn habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Dazu kann ich nur sagen: Nicht mit uns.

(Beifall bei der GAL)

Auch im Interesse dieses Prestigedenkens werden in dieser Stadt Menschen an den Pranger gestellt, die die

C Politik von Airbus und vom Senat für falsch halten. Dieser Vorwurf wird teils von den Medien gegen einzelne Bürger, aber auch im Parlament vom Bürgermeister erhoben. Er hat den Vorwurf erhoben: Wer gegen den Kurs des Senats ist, sei unpatriotisch.

(Bernd Reinert CDU: Ihre Argumente sind frei von Sachlichkeit!)

Was ist das überhaupt für ein Patriotismus, der eingefordert wird? Wir können doch nicht einem Patriotismus das Wort reden, der einen Kadavergehorsam für alles das fordert, wo Airbus draufsteht, egal wie dünn die sachlichen Argumente sind. Ist das Oberverwaltungsgericht unpatriotisch, weil es feststellt, dass es keinen Bedarf für eine weitere Landebahnverlängerung gibt?

(Beifall bei der GAL)

Sind die Menschen in Neuenfelde unpatriotisch, weil sie aus dem gleichen Grund ihre Höfe nicht hergeben wollen? Sind die Grünen unpatriotisch, weil wir glauben, dass durch die Senatspolitik der Stadt eher ein volkswirtschaftlicher Schaden als Nutzen zugefügt wird? Ich meine, nicht. Wer ein faires Verfahren einfordert, wer den Rechtsstaat gegenüber Profilierungsversuchen von Politikern verteidigt, wer Zurückhaltung im Umgang mit Steuergeldern bei Prestigeprojekten von Politikern einfordert, wer sich für den Schutz der verfassungsmäßigen Grundrechte auch gegenüber einer erdrückenden Mehrheit einsetzt, der handelt im Sinne eines richtig verstandenen hanseatischen Patriotismus.

(Beifall bei der GAL)

D Wer so polemisiert, wie das in der Vergangenheit getan wurde, der kann nicht glaubhaft als Versöhnner auftreten. Deswegen ist die jetzige Rolle, die der Senat versucht einzunehmen, nicht glaubhaft. Jetzt sollen auf einmal goldene Brücken zu Kompromissen gebaut werden, nachdem er jahrelang systematisch alle Brücken abgerissen hat. Aber jetzt rächt es sich tatsächlich, dass gerade dieser Senat in Neuenfelde in den vergangenen Jahren nur verbrannte Erde hinterlassen hat.

Die GAL hofft weiterhin auf eine sinnvolle Einigung zwischen Airbus, der Stadt und Neuenfelde zur Sicherung des Luftfahrtstandorts und des Dorfes. Das geht auch ohne Landebahnverlängerung. Wenn eine Einigung zwischen Senat und den Startbahngegnern scheitern sollte, dann muss sich dieser Senat zu aller erst an die eigene Nase fassen, bevor er auf andere Menschen zeigt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Maaß, ich will nicht auf die vielen falschen Punkte eingehen, die Sie genannt haben. Sie haben behauptet, dass 100 Millionen Euro investiert würden; das ist falsch. Sie wissen genau, welche Summe wir dafür investieren. Sie behaupten, wir hätten eine Politik der verbrannten Erde gemacht, obwohl wir uns seit zwei Jahren bemühen, mit der Kirchengemeinde und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Das wissen Sie genau. Sie wissen, dass wir viele neue Institutionen geschaffen haben, um eine Ge-

A sprächsbasis zu schaffen. Trotzdem sagen Sie hier genau das Gegenteil.

Sie behaupten, der Rechtsstaat würde vom Senat mit Füßen getreten.

(*Christian Maaß GAL: Was ist mit Lex Airbus?*)

Das ist doch gerade das Problem, mit dem wir hier zu kämpfen haben,

(*Manuel Sarrazin GAL: Der Rechtsstaat ist das Problem?*)

weil wir hier eine entsprechende Lösung im bestehenden Rechtsstaat finden müssen. Aber der Gipfel Ihrer Rede bestand darin, als Sie sagten, dass es dem Senat nur um das Prestige gehen würde. Das ist falsch, Herr Maaß. Das wissen Sie genau.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben hier viele Reden gehalten. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht hier nicht um das Prestige, sondern um Jobs für Hamburg. Das ist das Thema.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich frage mich, in welcher Welt lebt eigentlich die GAL-Fraktion, wenn sie nicht das Elend der Arbeitslosigkeit bei uns in Deutschland mitbekämpfen will.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dazu kann ich nur sagen: Sie müssten sich schämen! Wie kann ein GAL-Abgeordneter noch in einer Versammlung auftreten, wo dieses Thema diskutiert wird?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ob die Start- und Landebahn verlängert werden kann, sodass auch die Frachtversion und alle zukünftigen Versionen des Airbus A380 ausgeliefert werden können, entscheiden wir hier in Hamburg. Das wird nicht irgendwo entschieden, sondern das tun wir in Hamburg alle zusammen, indem wir Lösungen für ein friedliches Miteinander von Neuenfelde und Airbus finden, indem wir Neuenfelde ebenso eine Zukunft bieten, wie wir Airbus die Sicherheit bieten, auch zukünftig alle A380-Versionen in Hamburg auszuliefern. Ich bin davon überzeugt – genauso wie Herr Reinert und der Kollege Egloff, die das in ihren sehr eindringlichen Reden sehr gut dargestellt haben –, dass dieses beides miteinander zu kombinieren ist.

Ich halte überhaupt nichts davon, dass wir irgendwelche Zweifel an der Zuverlässigkeit von Airbus erheben. Mutmaßungen und Spekulationen über das Verhalten einzelner französischer Manager führen uns in der Situation, die wir jetzt in Hamburg haben, nicht weiter. Der Schlüssel für die Lösung der heutigen Probleme in Hamburg liegt bei uns selbst, nicht in Toulouse. Deswegen ist der Verweis auf irgendwelche Entscheidungsträger außerhalb Deutschlands nicht zielführend.

Es ist doch nicht unbedingt logisch, dass Airbus angeblich im Stillen das Gegenteil von dem erreichen will, was das Unternehmen tatsächlich schafft. Tatsache ist, dass das Unternehmen bei uns 680 Millionen Euro in die Produktionsanlagen investiert und dass die Standortentscheidung circa 2800 Arbeitsplätze insgesamt gebracht hat; davon 1700 für den A380. Tatsache ist auch, dass mit dem neuen Maintenance-Trainingscenter weitere

Kompetenz nach Hamburg gebracht wurde, was den Single-Air-Ausbau betrifft.

Ich glaube, dass diese wenigen Zahlen und Fakten genügen, um jedem klarzumachen, dass sich Airbus an die Vereinbarungen gehalten und dass Hamburg davon profitiert hat. Ich habe keinen Zweifel, dass Airbus seine Pläne auch in Zukunft realisieren wird.

(*Manuel Sarrazin GAL: Ach, hören Sie doch auf!*)

Zu einem Punkt aus dem Standortwettbewerb, der noch aussteht: Die Verlängerung der Start- und Landebahn. Die Begründung, die wir für die Verlängerung der Start- und Landebahn vorgelegt haben, wurde von den beiden Kollegen der CDU- und der SPD-Fraktion sehr deutlich vorgetragen. Wenn gesagt wird, dass im Moment noch gar nicht so viel Kapazitätsnachfrage vorhanden sei, um eine entsprechende Erweiterung vorzunehmen, dann möchte ich das hervorheben, was Herr Egloff gesagt hat: Es kommt auf die Langfristigkeit der Planung in einem Unternehmen an, denn wir haben bei anderen Flugzeugen – zum Beispiel beim Jumbojet – beobachten können, dass sich im Laufe der Zeit um das Flugzeug herum eine ganze Familie weiterentwickelt. Diese Familie wird sich natürlich auch um den A380 entwickeln. Wir wollen, dass diese ganze Familie bei uns in Hamburg gebaut werden kann und dass nicht gesagt wird, dass das in Toulouse gemacht werden muss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wenn die Start- und Landebahn für die Frachtversion und auch für die anderen künftigen Versionen des A380 nicht verlängert werden kann, ist es aus betriebswirtschaftlicher Sicht durchaus nachvollziehbar, wenn das Management des Unternehmens keine Investitionsentscheidung für den Bau eines Auslieferungszentrums in Hamburg trifft.

(*Christian Maaß GAL: Aber das war zugesagt!*)

Kurzfristig verzichten wir damit auf 100 Arbeitsplätze.

Entscheiden wir uns allerdings dafür, dass wir eine Verlängerung vornehmen, werden wir positive Arbeitsplatzeffekte für den Luftstandort Hamburg erzielen. Die Einschätzungen der Gutachter sind bereits von Ihnen, Herr Reinert, dargelegt worden; das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen. Aber ich glaube, dass wir eines feststellen können: Wenn es sich kurzfristig auch um "nur" 100 Arbeitsplätze handelt, so geht es doch langfristig bei dieser Weichenstellung um die Chance für Hamburg, weit über 1000 zusätzliche Arbeitsplätze zu realisieren. Diese Chance werden wir uns in Hamburg nicht entgehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Welche Dynamik in diesem Unternehmen steckt und welche Dynamik auch ein Beitrag für die zukünftige Entwicklung Hamburgs leisten wird, können wir jeden Tag in der Zeitung lesen, wenn wieder über einen neuen Auftrag berichtet wird. Alleine seit dem OVG-Beschluss Anfang August sind 83 Flugzeuge geordert worden. 36 von diesen Flugzeugen werden aus Hamburg ausgeliefert. Das ist der Auftragseingang eines einzigen Vierteljahres und zeigt, wie stark Airbus im Luftfahrtgeschäft inzwischen geworden ist.

Ich will eine andere Zahl nennen, die besonders wichtig für unsere mittelstandsorientierten Politiker ist. Der Be-

C

D

A stellwert der von Airbus im Hamburger Einzugsgebiet getätigten Aufträge betrug im vergangenen Jahr 580 Millionen Euro. Von diesen 580 Millionen Euro wurden 162 Millionen Euro im unmittelbaren Umfeld in Finkenwerder, Neuenfelde und Cranz an die dort ansässigen kleinen und mittelständischen Betriebe, Zulieferer, Ingenieurbüros und Dienstleister vergeben. Die kleinen und mittelständischen Betriebe profitieren von der positiven Entwicklung eines so großen Luftfahrtunternehmens wie Airbus genauso wie die Stadt insgesamt und wir stellen uns an die Seite dieser mittelständischen Betriebe.

(Beifall bei der CDU und der SPD und bei
Christian Maaß und Jens Kerstan, beide GAL)

Neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Start- und Landebahnverlängerung für ganz Hamburg gilt es, die berechtigten Sorgen der Neuenfelder Bürgerinnen und Bürger um den Erhalt ihres Dorfes aufzunehmen. Der Senat ist sich bewusst, dass die von Airbus geplante Verlängerung von den Bürgern Neuenfeldes Opfer verlangt. Wir halten diese Opfer aber angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Vorhabens für Hamburgs industrielle Zukunft und damit für Wohlstand und Beschäftigung vieler tausender Hamburger für leider unumgänglich.

Zugleich ist der Senat jedoch der festen Überzeugung, dass sowohl der Erhalt des Dorfes Neuenfelde als auch der Ausbau des Airbus-Werks langfristig in Einklang zu bringen sind und ein angemessener Ausgleich der unvermeidbaren Beeinträchtigungen – Sie hatten sie geschildert, Herr Reinert – durchaus möglich ist. Die Bürgerinnen und Bürger befürchten insbesondere, dass der Ort

B als Ganzes keine Zukunft mehr haben könnte, wenn eine weitere Verlängerung über die 589 Meter hinaus später einmal vorgenommen werden würde. Diese Befürchtung nehmen wir ernst und deswegen ist es unsere Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass der Luftfahrtstandort Hamburg als wichtigster industrieller Jobmotor keinen Schaden dadurch nimmt, dass wir diese Landebahn verhindern, aber eben auch für die Sorgen der Menschen in Neuenfelde Verständnis aufzuzeigen.

Deswegen hat der Senat die vorliegende Senatsdrucksache beschlossen, in der die Bestandsgarantie für den Ort Neuenfelde ausgesprochen wird. Ich hatte in der letzten Bürgerschaftssitzung bereits Gelegenheit, dieses im Einzelnen darzustellen und möchte das deswegen hier nicht wiederholen. Aber ich möchte mich bei der CDU- und der SPD-Fraktion bedanken, die durch ihre Sprecher beide erklärt haben, dass sie die in dieser Drucksache vorgesehene Erklärung über die Zukunft des Ortes Neuenfelde mittragen werden.

Mit der jetzt geplanten Verlängerung erfüllt der Senat den begründeten Bedarf des Unternehmens. Eine weitere Verlängerung der Start- und Landebahn wird jedoch vom Senat nicht unterstützt werden. Das Dorf Neuenfelde wird in seinem Bestand erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren! Seit drei Wochen läuft ein Mediationsverfahren. Dieses Mediationsverfahren wird geleitet von Professor Berkemann, der nach meinem Eindruck mit einem außerordentlich großen persönlichen Einsatz versucht, beide Seiten zusammenzuführen. Deswegen setze ich in dieses Mediationsverfahren große Hoffnungen. Professor Berkemann ist als ehemaliger Richter am Bundesverwaltungsgericht nicht nur ein Garant für den nötigen Sachverstand, sondern auch für die

C erforderliche Neutralität eines Vermittlers. Der Senat wird Kritik von ihm ebenso entgegennehmen wie alle Vorschläge aus dem Mediationsverfahren gutwillig prüfen. Wir wollen zu einvernehmlichen Lösungen kommen. Der Senat ist zu weitgehenden Zugeständnissen bereit und ich möchte ganz persönlich dem Mediator, Professor Berkemann, bereits heute für seine wichtige Arbeit mein Vertrauen und meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Am Ende möchte ich einen Appell an alle Beteiligten richten. Es gibt nur ein Hamburg und Neuenfelde gehört dazu. Wenn wir es nicht schaffen, uns zu einigen, werden wir am Ende alle Verlierer in Hamburg sein. Wir haben es in der Hand, eine Zukunft zu schaffen für Neuenfelde, für Airbus und für unsere Vaterstadt Hamburg insgesamt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der heute zur Abstimmung gestellte Antrag des Senats ist der vorläufig letzte Akt einer ganzen Serie von Pleiten, Pech und Pannen dieses Senats und der verzweifelte Versuch, Vertrauen zurückzugewinnen, Vertrauen, das der Senat in den letzten Jahren fahrlässig und ohne Not verspielt hat.

(Beifall bei der GAL – *Wolfhard Ploog CDU: Das ist ja Quatsch!*)

D Ich möchte Ihnen das Vorgehen des Senats noch einmal kurz ins Gedächtnis rufen, um zu verdeutlichen, wie glaubwürdig der Vorschlag ist, den Herr Uldall uns gerade geschildert hat.

(*Bernd Reinert CDU: Das hat doch keinen Zweck, wenn Sie alle 14 Tage denselben Quatsch erzählen!*)

Dieser Senat hat nicht von Anfang an versucht, die Interessen Neuenfeldes zu berücksichtigen. Dieser Senat hat am Beginn dieses Verfahrens kein Gespräch mit den Neuenfeldern gesucht, sondern mehrere Gesetze verabschiedet, die automatisch alles, was bei Airbus passiert, für gemeinnützig erklären und insofern eine sofortige Enteignung Neuenfelder Bürger zulassen, auch ohne deren Interessen zu berücksichtigen. Mit dieser Strategie ist dieser Senat vor Gericht kläglich gescheitert.

Der nächste Schritt des Senats war es daraufhin nicht, zu den Neuenfeldern zu gehen und eine gemeinsame Lösung zu suchen, sondern die Geldscheinbündel auszupacken, um zu versuchen, mit großen Angeboten und viel Geld die widerspenstigen Grundstückseigner zu kaufen.

(*Olaf Ohlsen CDU: Erzählen Sie doch mal was Neues!*)

Auch damit droht dieser Senat zu scheitern. Erst nach drei Jahren, als alle diese Strategien zu scheitern drohten, entdeckte er auf einmal, dass Neuenfelde zu Hamburg gehört und man mit den Neuenfeldern eine gemeinsame Lösung finden sollte. Herr Uldall, wenn Sie sich vor diesem Hintergrund hier hinstellen und sagen: "Wir hatten von Anfang an die Interessen Neuenfeldes im Sinn", dann bleibt wirklich ein sehr schaler Beigeschmack zurück.

(Beifall bei der GAL)

- A Ich kann es den Neuenfeldern nicht verdenken, dass sie nach dieser Geschichte den Aussagen des Senats keinen Glauben mehr schenken,

(*Olaf Böttger CDU*: Das ist eine klammheimliche Freude!)

denn dieser Antrag, den Sie heute stellen, ist das beste Beispiel dafür, dass der Senat mit Neuenfelde immer noch ein falsches Spiel spielt. Die Zusage in diesem Antrag, dass es keine weitere Landebahnverlängerung über die jetzt geplante hinaus geben werde, ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht, solange die Lex Airbus und das Enteignungsgesetz nicht aufgehoben werden.

Wir haben deshalb, um dieses Angebot an die Neuenfelder auch wirklich glaubwürdig zu machen, heute den Antrag gestellt, diese beiden Gesetze aufzuheben, damit die Neuenfelder sich wirklich darauf verlassen können, dass wir es ernst meinen. Wie ernst Sie es meinen, haben Sie schon signalisiert. Sowohl die CDU als auch die SPD lehnen es ab, diese Gesetze aufzuheben, und damit wird deutlich, dass dieser Senat immer noch ein falsches Spiel spielt und auch weiterhin gegenüber den Neuenfeldern tricksen will.

(Beifall bei der GAL – *Wolfhard Ploog CDU*: Das ist eine Frechheit! und weitere Zurufe von der CDU)

Es ist richtig, dass, wenn das Auslieferungszentrum in Hamburg nicht gebaut würde, 100 Arbeitsplätze in Gefahr wären und auch der weitere Ausbau des Werks erschwert würde. Herr Uldall hat gesagt, dass er das aus Airbussicht betriebswirtschaftlich verstehen könne. Natürlich macht es betriebswirtschaftlich keinen Sinn, zwei Auslieferungszentren für den A380 in Toulouse und in Hamburg zu haben, genauso wenig wie es Sinn macht, bei der A320-Familie einen Teil dieser Maschinen in Toulouse auszuliefern und den anderen Teil in Hamburg. Aber diese Arbeitsteilung ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und Deutschland, denn Airbus hat von Anfang an staatliche Subventionen und Zuschüsse, teilweise sogar Beteiligungen, gewollt und das waren die Bedingungen dafür.

Deshalb steht dieses Auslieferungszentrum nicht zur Debatte. Airbus hat sich bereits rechtskräftig und rechtsverbindlich verpflichtet, dieses Auslieferungszentrum in Hamburg zu bauen, unabhängig davon, ob die Landebahnverlängerung kommt oder nicht, und es stände diesem Senat gut an, Airbus an seine Zusage zu erinnern.

(Beifall bei der GAL)

Airbus weigert sich auch kontinuierlich, obwohl es eine Bürgschaft des Bundes in Höhe von 950 Millionen Euro für die Entwicklung des A380 bekommen hat, obwohl Hamburg 750 Millionen Euro in die Flächen investiert hat, nur einen einzigen Arbeitsplatz in Hamburg zu garantieren, und das ist unüblich in der Industrie. Schauen Sie sich an, was Opel macht, schauen Sie sich an, was Siemens macht. Die garantieren Arbeitsplätze.

(Beifall bei *Christian Maaß GAL* – Unmutsäußerungen bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Diese Konzerne haben sich verpflichtet, eine Arbeitsplatzgarantie bis 2011 abzugeben und keine einzige Kündigung auszusprechen. Airbus weigert sich, das in Hamburg zu tun, und es wäre die Pflicht dieses Senats, wenn er wirklich ein Interesse daran hätte, Arbeitsplätze zu sichern, Airbus das nicht durchgehen zu lassen.

(Beifall bei der GAL)

Aber zum Glück ...

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Zum Glück?)

Wir als Grüne in Hamburg stehen relativ fassungslos vor dem stümperhaften und fehlerhaften Verhalten dieses Senats, der ein Projekt, das wir selber angeschoben haben, gegen die Wand zu fahren droht. Aber zum Glück für den Standort Hamburg

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: ... gibt es Herrn Kerstan!)

ist es nicht nur ein Hamburger Anliegen, sondern auch die Bundesregierung hat in nicht unerheblichem Ausmaße ...

(Zwischenrufe von der CDU)

– Genau, zu dem Punkt komme ich jetzt.

Airbus hat sich bei der Gewährung der Bundesbürgschaft von 950 Millionen Euro dazu verpflichtet, das Auslieferungszentrum, dessen Nichtigkeit der einzige Grund sein könnte, dass in Hamburg Arbeitsplätze oder zukünftige Entwicklungen beeinträchtigt würden, zu bauen. Und Airbus steht gerade jetzt wieder auf der Matte der Bundesregierung und möchte die nächsten Subventionen für den Bau des nächsten Flugzeugtyps haben.

Dass im Moment der Ausbau der A380-Familie gar nicht zur Debatte steht, sehen Sie daran, dass der aktuelle Flugzeugtyp, den Airbus entwickelt, der A350 ist, ein wesentlich kleineres Modell. Aber auch für dieses Modell will Airbus Subventionen von der Bundesregierung haben. Und zum Glück, auch für Hamburg, sitzen dort grüne Haushälterinnen, die diesem Unternehmen signalisiert haben, dass man, wenn man Subventionen vom Staat haben will, auch getroffene Vereinbarungen einhalten muss. Ein Ultimatum eines Unternehmens an eine gewählte demokratische Regierung ist aus diesem Grunde völlig inakzeptabel und wird mit Sicherheit nicht dazu führen, dass weitere Gewährungen von Subventionen positiv beschieden werden.

Wenn Sie jetzt einen Grund haben möchten, warum Airbus auf einmal nicht mehr von einem Ultimatum spricht, dann bestimmt nicht wegen der schönen Augen des Bürgermeisters oder der fröhlichen Reden von Herrn Uldall, sondern weil die Bundesregierung Airbus an seine Verpflichtungen erinnert und gesagt hat, wenn ihr diese Verpflichtungen brecht, wird das auch Konsequenzen für die Zukunft haben.

(Beifall bei der GAL)

Wir Grünen werden auch in Zukunft alles tun, damit der Standort Hamburg gesichert wird.

(Unmutsäußerungen bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Können Sie mal die Leute beruhigen, das ist eine Unverschämtheit!)

A Wir werden auch weiterhin alles tun, um das Auslieferungszentrum in Hamburg zu sichern. Ob es allerdings gelingt, das stümperhafte ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, ich bitte auch Sie, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukommen, und Sie von der CDU-Fraktion bitte ich um etwas mehr Zurückhaltung.

(*Christian Maaß GAL: Ja! – Christa Goetsch GAL:* Was hat er denn gesagt? Das ist unglaublich, das gibt richtig Stress!)

Jens Kerstan (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Rotgrün in Berlin wird auch weiterhin alles dafür tun, damit dieses Auslieferungszentrum, zu dessen Bau Airbus sich rechtsverbindlich verpflichtet hat, auch wirklich in Hamburg gebaut wird. Wir wissen allerdings nicht, ob es gelingen wird, dieses stümperhafte und fehlerhafte Vorgehen des Senats auszugleichen. Das wird leider erst die Zukunft erweisen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Dringlichen Senatsantrag zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

B

Ich rufe die Punkte 15, 42 und 46 auf

(Unmutsäußerungen bei *Christa Goetsch GAL – Glocke*)

– Frau Goetsch, ich rufe Sie zur Ordnung –,

Drucksachen 18/864, 18/1090, 18/1094 und 18/1186, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Opferschutz ernst nehmen – Bekommt Hilfe, wer Hilfe benötigt? sowie Anträge der SPD- und CDU-Fraktion: Misshandelten Frauen und Kindern eine Zuflucht bieten – kein Abbau von Frauenhausplätzen in Hamburg und Stalking-Opfer besser schützen.

[**Große Anfrage der Fraktion der SPD:**
Opferschutz ernst nehmen – Bekommt Hilfe, wer Hilfe benötigt? – Drucksache 18/864 –]

[**Antrag der Fraktion der SPD:**
Misshandelten Frauen und Kindern eine Zuflucht bieten – kein Abbau von Frauenhausplätzen in Hamburg – Drucksache 18/1090 –]

[**Antrag der Fraktion der SPD:**
Stalking-Opfer besser schützen
– Drucksache 18/1094 –]

[**Antrag der Fraktion der CDU:**
Initiativen zum Schutz von Stalking-Opfern
– Drucksache 18/1186 –]

Die Drucksache 18/864 möchte die SPD-Fraktion federführend an den Rechtsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss sowie den Innenausschuss überweisen.

Zur Drucksache 18/1094 liegt Ihnen als Drucksache 18/1186 ein Antrag der CDU-Fraktion vor. Diese beiden Drucksachen möchte die GAL-Fraktion federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Boeddinghaus.

Sabine Boeddinghaus SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Opfer einer Gewalt- oder Straftat zu werden, ist sicher eine der schlimmsten Erfahrungen, die ein Mensch in seinem Leben machen kann.

(Unruhe im Hause – *Antje Möller GAL:* Können Sie, Frau Präsidentin, mal für Ruhe sorgen!)

Neben einem rechtsstaatlich fairen Umgang mit dem Täter muss aber auch dem Opfer angemessen, konsequent und umfassend geholfen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dazu gehören klare gesetzliche Regelungen, Beratungs- und Unterstützungsstellen in ausreichender Zahl und finanzielle Mittel zur Opferentschädigung. Schutz und Unterstützung hat der Erste Bürgermeister Anfang dieses Jahres noch ausdrücklich den Opfern von Verbrechen zugesichert und versprochen, die Zuwendungen im Opferbereich nicht zu kürzen.

Leider sieht die Realität in Hamburg aber für die Opfer ganz anders aus. Anstatt die Vermögenswerte von Straftätern, die nach deren Verurteilung dem Staat zufließen, den Opfern zugute kommen zu lassen, werden damit die Haushaltlöcher gestopft. Schutzzäume, gerade für hilfesuchende Frauen, werden in ihren Mitteln drastisch beschnitten. Der Senat macht so die betroffenen Menschen ein zweites Mal zu Opfern, nämlich zu Leidtragenden seiner kalt- und halbherzigen Opferschutzpolitik.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wo bleibt im Übrigen die längst angemahnte zentrale Ansprech- und Koordinierungsstelle für Opfer? Seit zwei Jahren prüft der Senat diesen Antrag. Dass die Zeit drängt, zeigt auch der einstimmige Beschluss der Bürgerschaft vom 27. Oktober 2004 zu folgendem Ersuchen des Eingabenausschusses:

"Der Senat wird ersucht sicherzustellen, Opfer von Gewaltdelikten bereits zum Zeitpunkt der Aufnahme der Straftat durch die Polizei über ihre Rechte und Möglichkeiten umfassend zu informieren."

Beim Vorwurf an die SPD, sie hätte sich nicht ausreichend um die Opfer gekümmert, nimmt die CDU den Mund immer gewaltig voll. Aber wenn der von ihr gestellte Senat in unseren Anfragen seine Strategie zum Opferschutz darlegen soll, steht da ziemlich kleinlaut: Der Senat hat sich nicht befasst, der Senat prüft noch.

(Beifall bei der SPD)

So auch bei einem ganz sensiblen Bereich des Opferschutzes, beim Stalking. Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass sich die Landesregierung bisher nicht einmal mit den Ausmaßen dieses Problems auseinander gesetzt hat, geschweige denn Strategien entwickelt hat, wie es bewältigt werden könnte, zumal im Bundesrat dieses Thema bald auf der Tagesordnung steht. Eine aktuelle Studie zu Stalking zeigt nämlich, dass Stalking auch in Deutschland ein erhebliches und ernstzunehmendes Problem darstellt. Stalking umfasst ein

C

D

A belästigendes und unerwünschtes Verhalten wie zum Beispiel permanente Telefonanrufe, Nachstellungen, unbefugtes Lesen von Briefen, Einschleichen in familiäre Strukturen, ständiges Beobachten, Verfolgen, Drohungen bis hin zu Mord.

Daneben gibt es auch das Cyberstalking, beispielsweise das unbefugte Lesen von E-Mails, das Verschicken von E-Mail-Bomben oder das Verunglimpfen einer Person in von ihr aufgesuchten Chat-Räumen. Das Stalking-Verhalten ist für das Opfer grundsätzlich bedrohlich und angstauslösend. Häufig sieht das Opfer keinen anderen Ausweg als den Arbeitsplatz oder sogar den Wohnort zu wechseln, was leider oft erfolglos bleibt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Mit dem Gewaltschutzgesetz von Rotgrün, 2002 eingeführt, wird zwar dem Tatbestand Stalking eine besondere strafrechtliche Relevanz eingeräumt, aber in der Phase vor der Feststellung zivil- oder strafrechtlichen Tatbestands gibt es kaum konkrete Hilfsangebote für das Opfer. Hier herrscht eine rechtliche Grauzone, die das Leid des Opfers schmerzlich hinauszögert. Liegen nämlich keine Verstöße vor, die wie Nötigung, Hausfriedensbruch oder Körperverletzung sowieso unter das Strafrecht fallen, müssen Stalking-Opfer nach der derzeitigen Rechtslage auf dem Wege des Zivilprozesses eine so genannte Unterlassungsanordnung gegen den Täter erwirken. Erst bei einem Verstoß gegen eine solche einstweilige Verfügung greift das Strafgesetzbuch.

Das heißt also, dass das Opfer selbst erst die Voraussetzungen schaffen muss, um später strafrechtlichen Schutz genießen zu können, währenddessen der Stalker – zu 80 Prozent sind es Männer – weiter sein Unwesen treibt.

Für die Betroffenen ist dies ein unhaltbarer Zustand. Sie leiden häufig unter schwersten Panikattacken, Schlafstörungen und Depressionen und brauchen in dem Moment, in dem sie zu einem Stalking-Opfer werden, sofort kontinuierliche Hilfs- und Beratungsangebote.

Deshalb muss zum einen Stalking als eigener Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden, zum anderen aber auch die verbindliche Schulung und Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten in der Diagnosekompetenz sichergestellt werden, um rechtzeitig das Vorliegen von Stalking erkennen und geeignete Maßnahmen einzuleiten zu können. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen Konzepts für ein koordiniertes Vorgehen von Polizei, Rechtsanwälten, Gerichten und Therapeuten vor Ort.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Liebe Abgeordnete der CDU, Ihr Antrag geht uns nicht weit genug. Wir brauchen keine Praxisbefragungen mehr. Es gibt Bundesratsinitiativen, die auf ausführlichen Recherchen beruhen. Wir brauchen jetzt und nicht in ferner Zukunft dringenden Handlungsbedarf zum Schutze der Opfer.

Wir fordern darum den Senat auf, sich endlich zu positionieren und dazu beizutragen, dass Opferschutz wieder ernst genommen wird. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Meyer-Kainer.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute das Thema Opferschutz. Als frauenpolitische Sprecherin meiner Fraktion

(Dr. Verena Lappe GAL: Echt?)

möchte ich insbesondere auf das Thema "Opferschutz von Frauen" eingehen und dabei zunächst den Frauenhausantrag ansprechen. Meine Damen und Herren von der Opposition, in Ihrem Antrag interpretieren Sie die Sachlage erwartungsgemäß einseitig. Wichtige Ergebnisse der Anhörung ignorieren Sie nur zu gern. So hat die Anhörung auch ergeben,

(Doris Mandel SPD: Ja, was?)

dass Netzwerke von Hilfseinrichtungen entscheidend sind und nicht nur einzelne Angebote.

(Lachen bei der SPD)

Wenn diese Netzwerke bestehen und gut funktionieren, wird sich die Verweildauer in Frauenhäusern eher noch verkürzen. Wir haben auch erfahren, dass andere Bundesländer, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, wesentlich weniger für Frauenhäuser ausgeben und Hamburg mit der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt anderen Bundesländern überlegen ist. In ihrer nachträglichen Stellungnahme zur Anhörung, die dem Sozialausschuss vorliegt, bestätigt zudem Eva-Maria Bordt, dass in einer älteren Umfrage des Bundes zur Bedarfsdeckung an Frauenhausplätzen von den Bundesländern mehrheitlich als Bezugsgröße angegeben wurde, dass ein Frauenhausplatz pro 10 000 Einwohner zur Verfügung stehen sollte.

(Doris Mandel SPD: Den Rest schmeißen wir in die Elbe!)

Hamburg lag bisher weit darüber. Darüber hinaus heißt es in der Stellungnahme, dass die Förderrichtlinien der einzelnen Bundesländer in der Regel auf Sozialarbeiterinnenstellen begrenzt sind und keine Psychologinnenstellen vorsehen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns die Frage stellen, was Opferschutz ist. Ist Opferschutz für Sie nur dann erfolgreich, wenn die Kosten weit über dem Bundesdurchschnitt liegen?

(Doris Mandel SPD: Was hat das denn mit dem Durchschnitt zu tun?)

Dann müsste es in vielen anderen Bundesländern unhaltbare Zustände geben. Ist Ihnen dieses bekannt?

(Doris Mandel SPD: Sie sind doch für Hamburg verantwortlich!)

Hamburg gibt im Jahre 2005 für den Opferschutz rund 3,8 Millionen Euro aus. Von den finanzierten Maßnahmen kommen viele direkt und indirekt auch Frauen zugute. Opferschutzeinrichtungen wie Allerleirauh, Zornrot, Zündfunke, Dolle Deerns und den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen fördern wir weiterhin mit nahezu unveränderten Mitteln, ebenso die Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel, KOOFRA.

(Beifall bei der CDU)

Die Polizei ist in Hamburg im Umgang mit Opfern sehr viel besser sensibilisiert, als es noch vor einigen Jahren der Fall war.

A Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des Netzwerks an Opferschutzeinrichtungen, die wir in Hamburg haben, sehe ich insbesondere den Schutz von Frauen vor Gewalt sehr gut gewährleistet. Misshandelten Frauen und Kindern bieten wir in Hamburg weiterhin jede erdenkliche Hilfe.

(Beifall bei der CDU)

Ihrem Antrag, in Bezug auf die Frauenhausplätze den Status quo zu erhalten, können wir daher nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich noch eine Anmerkung machen, die mir persönlich in diesem Zusammenhang wichtig erscheint. Opferschutz ist nicht nur ein Thema der Polizei und es geht uns auch nicht nur um die Ausstattung von Institutionen. Opferschutz gebietet auch, dass wir im Alltagsleben achtsam sind und die Polizei rufen, wenn wir meinen, in der Nachbarschaftswohnung werde eine Frau oder ein Kind misshandelt, dass wir als Pädagogen achtsam sind, wenn ein Kind verängstigt in die Schule kommt. Der Kampf gegen Gewalt geht uns alle an und wir müssen gemeinsam prüfen, in welchen Bereichen wir Opfer oder potenzielle Opfer noch besser schützen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

B **Dr. Verena Lappe GAL:** Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Meyer-Kainer, ich kann es langsam nicht mehr hören,

(Beifall bei der GAL)

dass Sie in Hamburg jede erdenkliche Hilfe für Frauen zur Verfügung stellen wollen, es aber erwiesenermaßen nicht tun. Aber darauf komme ich am Schluss noch etwas detaillierter, genauer zurück.

(*Inge Ehlers CDU: Das wäre gut!*)

Sie beziehen sich auf die Netzwerke in Nordrhein-Westfalen. Es ist natürlich schön, wenn es in NRW durch tolle Netzwerke, die wir in Hamburg sehr wohl verbessern müssen, dazu kommt, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von neun Monaten erheblich reduziert werden kann. Wir wissen aber, dass die durchschnittliche Verweildauer in Hamburg unter zwei Monaten liegt. Insofern kann das für uns keinesfalls als Vergleich herangezogen werden. Das zeigt vielmehr, wie einseitig Sie die Ergebnisse der Anhörung interpretieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Gerhard Lein SPD: Genau!*)

Mit diesem Vorwurf sollten Sie wirklich vorsichtig sein, weil er natürlich sofort auf Sie zurückfällt.

Das Thema Opferschutz und Gewaltschutz hat seit dem Regierungswechsel 2001 öfter Schlagzeilen gemacht. Der Grund ist aber nicht, dass sich die Regierung durch vorbildliche Arbeit mit Ruhm bekleckert hat. Sie hat lediglich vollmundige Ankündigungen gemacht und lässt ihnen nur insofern Taten folgen, als dass Mittel rigoros entzogen werden. Das gravierendste Beispiel ist vielleicht schon ein bisschen in Vergessenheit geraten. Vor zwei

Jahren wurde beschlossen, dass man die Mittel aus der Gewinnabschöpfung – Gelder, die sich Straftäter quasi durch ihr strafbares Handeln "erworben" haben – einzieht. Das ist zu begrüßen, insbesondere wenn das Geld den Opfern zufließt. Aber davon haben Sie sich auch verabschiedet. Man kommt moralisch in eine etwas makabre Situation: Die Opfer werden zunächst Opfer von Straftätern, die Täter vermehren dadurch ihr Geld und jetzt reißt sich der Staat auch noch dieses Geld untern Nagel. Das ist aus meiner Sicht moralisch verwerflich. Für den Hamburger Haushalt mag das fiskalisch gut sein – das ist ja die Grundlage Ihrer meisten Entscheidungen –, aber man muss ein bisschen gucken, was man auf der symbolischen Ebene damit macht. Da fehlt es Ihnen eindeutig an Fingerspitzengefühl.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der nächste Höhepunkt ist natürlich die Frauenhausgeschichte. Aber kommen wir zuerst zur Beantwortung der Großen Anfrage der SPD, aus der deutlich wird, dass der Senat sich eigentlich nur auf den Errungenschaften des Vorgängersenats ausruht. Alle Beispiele, die Sie eben genannt haben, sind nicht in Ihrer Zuständigkeit eingerichtet worden, sondern von Vorgängersenaten, die die Verantwortung dafür übernommen haben. Sie sind dabei, daran herumzusägen und die Hilfsangebote sowohl von der Qualität als auch von der Quantität her zu verringern. Das können wir nicht mitmachen und es zeigt, wie wenig Sie bei diesem Thema inhaltliche Alternativen anzubieten haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ein Thema, für das Sie sich immer sehr eingesetzt haben und von dem ich auch immer wieder gesagt habe, ich bedaure es, dass wir das nicht vorher hinbekommen haben, ist die Unterstützung der Hamburger Initiative gegen Aggressivität und Gewalt aus Mitteln der Gewinnabschöpfung. Daraus gibt es keine Unterstützung mehr und was mit dieser Initiative weiter passiert, die wirklich eine Lücke im Beratungs- und Hilfsangebot für Opfer von Gewaltstraftaten geschlossen hat, ist auch unklar. Es gibt dazu lediglich die Äußerung, dass die Initiative ein bisschen Geld aus dem Bußgeldfonds bekommen hat, was keinesfalls einer Alternative zu einem Haushaltstitel oder zu einer grundsätzlichen Förderung durch die öffentliche Hand entspricht.

Nur unter massivem Druck entscheiden Sie sich, überhaupt irgendetwas zu machen. Sagen Sie jetzt nicht, Sie hätten aber die Interventionsstelle eingerichtet. Der Druck war viel zu groß, es gab gesetzliche Vorgaben. Sie haben eine Low-Budget-Interventionsstelle eingerichtet und das auch noch zulasten von Mitteln für das Frauenhaus, abgesehen davon, dass Sie die Chance, Täterarbeit zu machen, hier komplett verpasst haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Senat schafft also nichts Neues, es denn, dass ihm bundesgesetzliche Veränderungen keine Wahl lassen. Wenn er etwas macht, sieht man, wie das bei der Interventionsstelle aussieht. Mit eigenen Initiativen, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen, befasst sich der Senat nicht einmal, wie aus der Großen Anfrage zu entnehmen ist. In Hamburg gibt es nach wie vor keinen Landesaktionsplan zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Die vom Senat in Aussicht gestellten Konzepte und auch die Erstellung von Informationsmaterial – darauf hat Frau Boeddinghaus schon hingewiesen – verzögerten sich

C

D

A jahrelang, wie wir inzwischen wissen. Es ist offen, ob überhaupt jemals irgendetwas passiert. Auch hier gibt es wieder nur vollmundige Ankündigungen, mehr Schein als Sein. Das ist, wie wir inzwischen wissen, der Stil dieses Senats und nicht nur bei diesem Thema.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es bedarf weiterer Anstrengungen und deshalb begrüße ich auch sehr die Initiativen der SPD mit ihren beiden Anträgen. Ich komme zunächst zum Stalking-Antrag.

Stalking ist nicht zuletzt durch das Gewaltschutzgesetz – auch das hat Frau Boeddinghaus ausführlich dargestellt -, in das es mit eingeschlossen ist, immer mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gekommen. Das ist gut. Ich will nicht ausschließen, dass es noch gewisse Defizite gibt. Nach meiner Ansicht gibt es insbesondere Vollzugsdefizite. Das heißt, es muss noch viel mehr von den zivilrechtlichen Möglichkeiten des Gewaltschutzgesetzes Gebrauch gemacht werden. Wie das gehen kann, haben Sie vielleicht am vergangenen Montag in der "Morgenpost" gelesen. Es gab ein schönes Beispiel, wie das mit guter Beratung auf der Basis des Gewaltschutzgesetzes – das heißt, auf zivilrechtlicher Basis –, am Schluss auch mit einer strafrechtlichen Entscheidung funktionieren kann, um Stalking zu bekämpfen. Meiner Ansicht nach muss man nicht noch den Straftatbestand "Stalking" schaffen, sondern man muss die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen, weil das allerwichtigste Ziel bei allen Initiativen sein muss, die Belästigung für das Opfer zu beenden. Sie können sich vielleicht vorstellen, wie lange es dauert, wenn erst einmal ein Strafrechtsverfahren in Gang gesetzt wird.

B (Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Dr. Lappe, ich würde Ihnen gern mehr Gehör verschaffen. Das Gemurmel ist nicht mehr zu überhören. Deshalb bitte ich, die Gespräche draußen zu führen.

Dr. Verena Lappe (fortfahrend): Das Ziel muss sein, die Belästigung für das Opfer zu beenden. Stellen Sie sich vor, dass ein Strafrechtsprozess eingeleitet wird. Wenn es nach Herrn Koch in Hessen ginge, würde der Strafrechtstatbestand vorrangig vor der zivilrechtlichen Frage sein. Dann kommt ein Strafrechtprozess in Gang, der dauert und dauert, und möglicherweise endet er dann damit, wenn es sich beispielsweise um das Schicken einer Vielzahl von SMS oder Ähnliches handelt, dass die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Das ist für das Opfer kaum zufriedenstellend. Wir müssen sehen, dass wir so schnell wie möglich Sanktionsmittel in der Hand haben. Das bietet die zivilrechtliche Regelung nach dem Gewaltschutzgesetz und wenn dagegen verstoßen wird, greift eine strafrechtliche Maßnahme, die auch durch das Gewaltschutzgesetz in Gang gesetzt wird.

Deshalb werden wir sowohl dem Antrag der CDU als auch dem der SPD in der Frage der strafrechtlichen Veränderung nicht zustimmen. Wir sind aber sehr wohl dafür, dass das Hilfs- und Beratungsangebote für Stalking-Opfer in Hamburg verbessert wird. Insofern werden wir beiden Anträgen in diesen Punkten zustimmen. Allerdings ist "Prüfen" im Antrag der CDU unter Punkt 3 ein bisschen wenig. Aber vielleicht kommt ja etwas dabei heraus, das wäre zu hoffen.

(*Wolfhard Ploog CDU: Bestimmt!*)

C Noch viel lieber hätte ich es gehabt, wenn wir dieses Thema, das wichtig und interessant ist, im Ausschuss behandelt hätten, um dort ein ausführliches Meinungsbild erstellen zu können. Dann könnten wir als Parlament entscheiden und müssten es nicht dem Senat zu überlassen. Da sollten wir mitsprechen. Ich kann nur noch einmal an die Regierungsfraktionen appellieren, dem Überweisungsbegehr doch zuzustimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nun zum Antrag 18/1890, der das Thema Frauenhaus behandelt. Seit gestern weiß ich und wissen Sie vielleicht auch, dass sich der kleine Hoffnungsschimmer nicht erfüllt hat. In Wahrheit habe ich nicht wirklich geglaubt, dass das Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung erteilen würde. Das Frauenhaus hat diesen Prozess in dieser Stufe verloren. Es muss sich also an dem orientieren, was der Senat vorgibt. Ich gehe davon aus, dass das geschehen wird. Das Gericht hat gesagt, es sei eine politische Entscheidung. Genauso ist es. Ich habe auch immer wieder gesagt, es ist keine fachliche und sachliche, sondern eine politische Entscheidung des Senats, auf dieses Haus zu verzichten. Die Prioritäten wurden gewechselt, man will diesen Schutz nicht in der optimalen Form, sondern auf einem Low-level-Angebot gewähren. Man geht davon aus, dass sich die Frauen ein bisschen schneller entscheiden, besser nicht so oft zurückgehen. Dadurch würden die Frauenhäuser, aber vor allen Dingen das Staatssäckel, nicht so belastet werden, denn dafür will man kein Geld ausgeben. Wir kritisieren diese politische Entscheidung, denn wir halten sie für komplett falsch. Deshalb stehen wir mit der SPD an der Seite der Frauen, die Hilfe brauchen.

D (Beifall bei der GAL und der SPD)

Es sind jetzt 44 Frauen und Kinder in dem Haus, die Hilfe brauchen. Die Hilfe sieht folgendermaßen aus, um das drastisch zu dokumentieren: Die Amtsleitung der Behörde für Soziales und Familie hat an die Frauenhäuser einen Brief geschickt, in dem steht, dass sich die Frauen wegen einer Wohnung an einen Sachbearbeiter der SAGA wenden könnten. Es hat sich die Möglichkeit ergeben, dass die SAGA und andere Wohnungsunternehmen prioritär an Frauenhaus-Frauen vermitteln. Dieser Sachbearbeiter ist aber leider im Urlaub. Das heißt, vor dem 21. November gibt es gar keine Möglichkeit, irgendeine Veränderung herbeizuführen und Wohnungen für diese Frauen zu finden, selbst wenn man sich Mühe gibt. Finden Sie es nicht zynisch, dass ein Brief an das Frauenhaus geschickt wird mit der Mitteilung, ab dem 21. November gäbe es vielleicht einen Sachbearbeiter, der diese Dinge regeln könnte?

(*Nebahat Güclü GAL: Überraschen tut mich das nicht!*)

Überraschen tut mich das nicht, das genau der Stil, in dem vonseiten des Senats die letzte Zeit verhandelt und gearbeitet wurde. Das kann man nicht gutheißen, das muss man kritisieren. Es ist unglaublich und ein Skandal, wie der Senat hier Hamburgs Frauen im Regen stehen lässt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Kusch.

A **Senator Dr. Roger Kusch:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Opferschutz gehört zu den Themen, bei denen es ein erfreulich großes Maß an Gemeinsamkeit aller drei Fraktionen in der Bürgerschaft gibt.

(*Michael Neumann SPD:* Das ist falsch. Der ist falsch der Satz, es gibt keine Gemeinsamkeiten!)

– Herr Neumann, dass Sie ausgerechnet bei dem ersten, sehr versöhnlich gemeinten Satz das Wort "falsch" dazwischen rufen, spricht eher gegen Sie als gegen meine Äußerung.

(Beifall bei der CDU)

Wie es so Ihre Art ist, waren Sie ein bisschen voreilig. Erstens war ich mit meinem Gedankengang noch gar nicht zu Ende und wollte sagen – vielleicht könnten Sie dem ja im Nachhinein zustimmen –, dass vernünftige Politiker sich auf die Fahne schreiben, Opfer zu schützen.

(*Michael Neumann SPD:* Schreiben nützt nichts. Sie schreiben ja sowieso nichts. Sie machen lieber Bodybuilding!)

Die Unterschiede beginnen dann dort, wo es um den Weg geht. Ich will Ihnen zwei Beispiele zeigen, wie der Senat meint, den Weg gehen zu können und zu sollen, mit Unterstützung der CDU-Bürgerschaftsfaktion.

Im Jahr 2003 sind in den Amtsgerichten Wandsbek, St. Georg und Bergedorf Zeugenbetreuungszimmer eingerichtet worden. Das ist keine Großtat, aber es ist ein Zeichen, dass mit den wenigen und knappen Mitteln, die die Justiz hat, wir auch an dieser Stelle investieren, weil die Rolle eines Zeugen bei Gericht oftmals identisch ist mit der Rolle des Opfers und weil es für viele Opfer eine zusätzliche Belastung zu ihrem Schicksal überhaupt ist, vor Gericht als Zeuge aussagen zu müssen. Deshalb verstehen wir unter der Einrichtung der Zeugenbetreuungszimmer und auch einer effektiven Zeugenbetreuung durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wichtigen Beitrag zum Opferschutz.

(Beifall bei der CDU)

Die Innenbehörde wird im Rahmen ihres neuen Konzepts der Verbrechensbekämpfung ein eigenständiges Opferschutzkommisariat einrichten, das sich weniger der Aufgabe widmet, einzelne Opfer zu betreuen, sondern in einer Form der Supervision die Polizeidienststellen insgesamt in die Lage versetzt, noch besser als bisher schon möglich auf die Belange von Opfern einzugehen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das hat aber lange gedauert!)

Interessant ist bei der SPD und ihrer Großen Anfrage, wonach sie nicht gefragt hat. Ich habe in der ganzen Großen Anfrage keine einzige Frage und damit auch kein Interesse entdeckt – übrigens auch eben in der Debatte nicht –, wie es um die Arbeit der Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde steht. Aus Sicht der CDU ist nämlich die Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde das wichtigste Organ zu effektivem Opferschutz,

(*Dr. Till Steffen GAL:* Deswegen wird es auch weggekürzt!)

denn effektive Strafverfolgung ist das, was wir uns unter Opferschutz vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

C Gerade aus der Sicht von Opfern ist es ein wesentliches Anliegen, ein Interesse der Opfer – meistens sogar ein persönlicher Wunsch –, dass der Täter verurteilt und seiner gerechten Strafe zugeführt wird. Deshalb ist effektive Strafverfolgung ein sehr wichtiges Element des Opferschutzes. Auf diesem Sektor hätten wir Ihnen gern geantwortet. Weil Sie die Frage nicht gestellt habe, erzähle ich es Ihnen, ohne dass Sie gefragt haben.

(*Michael Neumann SPD:* Warum geben Sie nicht die Antwort auf die Frage, die wir gestellt haben!)

Bei der Staatsanwaltschaft waren Ende 2000 30 000 unerledigte Verfahren anhängig. Bei derselben Staatsanwaltschaft waren Ende 2003 14 000 Strafverfahren unerledigt. Das heißt, in der Zeit haben wir die Zahl unerledigter Verfahren bei der Staatsanwaltschaft mehr als halbiert. Das ist effektiver Opferschutz.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zum Thema Stalking äußern.

(*Michael Neumann SPD:* Warum geben Sie nicht die Antwort auf die Frage, die wir gestellt haben!)

Für diejenigen, die nicht von morgens bis abends englisch sprechen, will ich kurz erläutern, dass Stalking ein Vorgang ist, bei dem Täter andere Menschen ausspionieren, verfolgen, belästigen, manchmal sogar körperlich bedrohen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Das hat Frau Boeddinghaus schon gesagt!)

D

– Ich glaube, nicht ganz so in dieser Deutlichkeit.

Das alles sind Verhaltensweisen, die schon heute weitgehend unter die Normen des Strafgesetzbuches fallen. Die Vorstellung, dass Stalking deshalb eines neuen Straftatbestandes bedarf, weil bisher die Täter straflos ausgehen, haben Sie selbst in Ihrem Beispiel widerlegt. Der Täter, über den in der Hamburger Presse berichtet wurde, ist ja verurteilt worden, obwohl es den Straftatbestand des Stalking noch nicht gibt.

Interessant ist bei dem Antrag der SPD, mit dem wir uns hier zu befassen haben, dass sich der in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden möglicherweise nicht mehr ganz ausgelastete Herr Neumann an die Spitze der Bewegung gestellt hat. Möglicherweise will er das Amt des rechtspolitischen Sprechers im Nebenberuf ergreifen. Er fordert Dinge, bei denen ich empfehlen könnte, sich vielleicht des Rates seiner Juristen zu bedienen. Dann wäre der Antrag vielleicht ein bisschen qualifizierter formuliert worden.

(Beifall bei der CDU)

Er wirft dem Senat Desinteresse und Untätigkeit vor.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann lesen Sie mal Ihre Kleine Anfrage!)

Es ist nicht so ganz originell, dass die Opposition der jeweiligen Regierung Desinteresse und Untätigkeit vorwirft. Es ist ein Vorwurf, der zu 100 Prozent falsch und geradezu absurd ist. Die Polizei befasst sich seit Jahren intensiv mit Fällen des Stalkings.

(*Michael Neumann SPD:* Seit drei Jahren!)

- A Im Landeskriminalamt sind allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres 130 telefonische Beratungs Gespräche zum Thema Stalking geführt worden. Und da werfen Sie uns Untätigkeit vor.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dem Senat in Sachen Gesetzgebung Untätigkeit vorwerfen, dann empfehle ich Ihnen, sich wenigstens, bevor Sie solche Vorwürfe erheben, bei den SPD-Justizministern der Bundesrepublik Deutschland zu erkundigen. Vielleicht können die Ihnen erzählen, wie aus SPD-Sicht anderer Bundesländer dieser Senat arbeitet. Ich habe mich am Freitag mit Justizminister Wagner aus Hessen ausführlich über seinen Antrag zum Thema Stalking, den Sie in Ihrer Drucksache erwähnen, unterhalten. Wir waren uns einig, dass der Antrag in der Formulierung, wie er derzeit im Bundesrat vorliegt, noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist, denn es gibt erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, ob alle im Antrag aufgeführten Merkmale einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten. Da war ich mir mit dem Antragsteller Wagner einig und aus diesem Grund, lieber Herr Neumann,

(Michael Neumann SPD: Ihr lieber Herr Neumann lieber nicht!)

wird sich übrigens der Bundesrat nicht damit beschäftigen, sondern er hat sich beschäftigt, nämlich heute morgen. Raten Sie, wie sich der Bundesrat im Rechtsausschuss damit beschäftigt hat: 16 : 0 ist der hessische Antrag vertagt worden

(Beifall bei der CDU)

- B und Sie belästigen uns hier mit einem Unsinn, der einfach niveaulos ist. Anders kann man das nicht sagen.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Wer hier wen belästigt, wird noch rauskommen!)

Wenn Sie einen Stalking-Beauftragten auf allen Polizeikommissariaten führen, dann kann ich Ihnen nur sagen, dieser Senat, die CDU-Bürgerschaftsfraktion und alle Leute, die uns in der Stadt unterstützen, sind froh darüber, dass wir mit dazu beigetragen, dass die Polizei dieser Stadt noch besser als früher ihren Ruf als "Freund und Helfer" verteidigt und ausbaut. Gerade auf diesem Sektor ist die Polizei Freund und Helfer und wir wollen, dass alle Polizisten Freund und Helfer sind und nicht einzelne Beauftragte sich mit Fachfragen beschäftigen.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Auch die, die Sie gerade abbauen!)

Das früher von den Sozialdemokraten gehegte und gepflegte Beauftragtenwesen scheint, wie Sie an dem Wahlergebnis des 29. Februar feststellen, nicht ganz der Mentalität dieser Stadt zu entsprechen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gut, dass Opferschutz und der Kampf gegen Stalking in der Hand dieser Fraktion und von uns liegt.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst zu Frau Marita Meyer-Kainer. Ihre letzten Sätze mögen für Ihren inneren Frieden gut gewe-

C sen sein, aber können Sie mir vielleicht einmal erzählen, was sich Frauen, die dieser Tage mit ihren Kindern ein Frauenhaus verlassen müssen, dafür kaufen können, dass sie von Ihnen ein paar Allgemeinheiten hören und sonst nichts?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie persönlich sind von der Realität so weit entfernt, dass ich auf weitere Äußerungen Ihrer Rede gar nicht eingehen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Senat. Wenn Sie sich ansehen, welche Anträge heute vorliegen, dann kann ich nur sagen, wie eindeutig Sie als Senat Opferschutz betrachten. Das Wichtigste, nämlich die Praxis, die Räumung des Frauenhauses, haben Sie gar nicht mehr auf der Rechnung. Die Sozialsenatorin ist gar nicht anwesend, aber sie hat schon vor 14 Tagen gesagt, es gäbe wichtigere Dinge in dieser Stadt. So gehen Sie mit Menschen um, die nicht wissen, wohin sie sollen. Nicht ein Wort, Herr Kusch, zum Frauenhaus von Ihnen. Ich werde am Ende noch eine Frage an den Senat stellen, die werden Sie dann sicher noch beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Fakt ist heute immer noch, dass die Frauenhäuser mit über 100 Prozent belegt sind; davon sind über die Hälfte Kinder auf zu engem Raum in Vierbettzimmern, eine Zufluchtstätte für Frauen, die keine Alternative in dieser Stadt haben, sich vor ihren schlagenden Männern in Sicherheit zu bringen.

D In einer solchen Situation führt die Senatorin die Menschen in dieser Stadt mit ihren falschen Vergleichen in die Irre. Sie behauptet immer wieder, dass der Opferschutz in Hamburg selbst nach der Frauenhausschließung im Städtevergleich noch besser dastehe als in anderen Großstädten. Das ist falsch, weil die Senatorin nur Frauenplätze vergleicht, aber andere Alternativen weglässt. Wie viele von den spezialisierten Beratungsstellen anderer Bundesländer gibt es in Hamburg? Wie viele geschützte Übergangswohnungen haben wir in Hamburg?

(Doris Mandel SPD: Keine!)

Wie viele Zufluchtswohnungen und Nachberatungsläden hat Hamburg? Dazu hätten Sie sich einmal äußern können. Nichts haben wir davon in dieser Stadt, nichts hat der Senat hier an Alternativen eingerichtet. Im Gegenteil. Sie haben bei den Beratungsstellen in den letzten zwei Jahren überproportional gekürzt und deshalb ist dieser Vergleich falsch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Senatorin sagt, sie wolle mit dem Geld des Steuerzahlers sorgsam umgehen und deshalb einen Kostenvergleich mit anderen Bundesländern. Es ist die Aufgabe der Senatorin, mit dem Geld sorgsam umzugehen.

(Bernd Reinert CDU: Ja, guck!)

Mit ihrem Eid hat sie sich dazu verpflichtet. Das braucht sie hier nicht weiter auszuführen. Das heißt aber auch nicht, meine Herren von der CDU, dass sie sich die Zahlen gerade so zurechtbastelt, wie es ihr gefällt. Die Behauptung, in Nordrhein-Westfalen seien die Kosten erheblich niedriger, entsprechen einfach nicht der Wahrheit.

A Wir haben im Ausschuss schon darauf hingewiesen, dass sie den Landeszuschuss nicht mit der Landesfinanzierung von Hamburg vergleichen kann. Wo bleiben in Ihrer Aufrechnung die Zuschüsse der Gemeinden, der Kommunen von Nordrhein-Westfalen, wo die Sachmittel? Die Senatorin sollte wenigstens wissen, worüber sie redet, wenn sie Vergleiche zieht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vor 14 Tagen hatten wir zu dem Thema "Schließung eines Frauenhauses" schon eine Debatte. Was gibt es heute Neues? Wir haben eine weitere schriftliche Stellungnahme einer Expertin der Frauenhauskoordinatorin der Stadt Frankfurt, Frau Eva-Maria Bordt. Sie belegt in ihrem Schreiben mit vielen Argumenten, dass es völlig unverständlich sei, wie man in Hamburg die Schließung eines Frauenhauses planen könne, obwohl doch alle Häuser über 100 Prozent belegt seien.

Frau Meyer-Kainer, da nützt es auch nichts, wenn Sie von den Argumenten immer nur die erste Hälfte des Satzes zitieren und dann ihre eigenen Schlüsse ziehen. Sie müssen das ganze Gutachten lesen und darin stehen ganz verheerende Sätze, die belegen, dass Hamburg das Frauenhaus nicht schließen darf.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch diese Argumente haben die Senatorin nicht berührt. Sie stellt den Frauen und Kindern stattdessen einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft aus, indem sie behauptet, dass mit der Einrichtung der Interventionsstelle die Nachfrage in den Frauenhäusern zurückgehe. Das mag vielleicht einmal in der Zukunft so kommen, aber das Frauenhaus schließt der Senat jetzt und heute. Die Senatorin wartet nicht einmal die Evaluierung der Interventionsstelle ab. Und wann mit den Ergebnissen der Evaluierung zu rechnen ist, weiß sie auch nicht. Wir bekommen im Ausschuss von drei ihrer leitenden Mitarbeiter drei verschiedene Termine genannt. Die Spannweite reicht immerhin vom ersten Quartal 2005 bis Mitte 2006. Wann wird das denn nun endlich sein? Vielleicht kann der Senat uns das hier beantworten.

Zum Schluss meine Frage an den Senat; sie war eigentlich konkret an die Senatorin gerichtet, die ja nun nicht da ist, aber Herr Kusch wird das sicher beantworten:

(Dr. Martin Schäfer SPD: Nö!)

Auf die Frage, wo die Frauen, die heute im Frauenhaus mit ihren Kindern wohnen, unterkommen werden, wurde uns im Ausschuss gesagt: Probleme werden gelöst, wenn sie da sind. Das Problem ist seit der gestrigen Gerichtsentscheidung da.

Wir fordern den Senat auf, uns hier und heute zu sagen, wo die Frauen, die in den nächsten Tagen das Haus verlassen müssen, hinkommen.

(Doris Mandel SPD: Und wie sie geschützt werden!)

Auch wir übernehmen die Verantwortung – das habe ich vor 14 Tagen gesagt – und wir möchten hier und heute endlich eine Antwort hören.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kloß.

Rolf-Dieter Kloß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich nicht in diese Debatte einmischen, aber der Beitrag von Senator Kusch zwingt mich doch dazu.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Reflexartig!)

Herr Dr. Kusch, Sie haben Ihre Rede damit begonnen, Sie schätzten sich glücklich – so ähnlich haben Sie sich ausgedrückt –, dass sich alle hier Versammelten um den Opferschutz bemühten, und haben dann einen Zwischenruf von Herrn Neuman aufgegriffen und einen Gegensatz hergestellt. Sie haben versucht, eine Seite dieses Hauses in eine Ecke zu stellen, als sei sie nicht bereit, den Opferschutz zu gewährleisten und dafür zu kämpfen.

Sie haben auch manches, was Sie dann später gelobt haben, auf Ihre Fahne und auf die der CDU-Fraktion geschrieben. Das ist nicht richtig. Die Zeugenbetreuungszimmer beispielsweise sind seinerzeit von SPD-Regierung mit Hilfe der grünen Beteiligung initiiert und weiterentwickelt worden. Wenn Sie sie weiterentwickeln, ist das ja in Ordnung, aber Sie müssen nicht so tun, als wenn das Ihre Erfindung wäre.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie bemängeln, dass wir in unserer Großen Anfrage nicht die Staatsanwaltschaft erwähnt haben. Man kann noch vieles dazu schreiben, aber die Staatsanwaltschaft, das können Sie wiederum nicht abstreiten, ist immer ein hohes Anliegen der SPD-Fraktion gewesen. Beispielsweise haben wir die Arbeitsfähigkeit der Staatsanwaltschaft entscheidend erhöht. Wir haben dort Modernisierung betrieben, wir haben dort neue technische Verfahren eingeführt und wir haben auf eine Beschleunigung des Strafverfahrens gerade mit Hilfe der Staatsanwaltschaft gedrungen. Aber bei Ihnen vermisste ich Initiativen zum Beispiel für eine Beschleunigung im Jugendstrafrecht. Das wird auch aus Ihrer eigenen Behörde bemängelt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie bezeichnen den Antrag der SPD-Fraktion zum Stalking als Unsinn. Ein Teil Ihrer Kritik muss dann auch Ihre eigene Fraktion treffen, denn auch die CDU findet ja, dass die Bekämpfung dieser Erscheinung wichtig ist. Sie ist nur etwas vorsichtiger und meint, die Erkenntnisse reichen noch nicht aus, aber im Kern wird die CDU nicht dagegen sein. Sie sagen, das sei Unsinn. Aber erinnern Sie sich doch einmal bitte an die Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Boeddinghaus, die gerade einmal ein Vierteljahr alt ist. Darin wurde geäußert, dass sich der Senat noch nicht mit diesem Thema befasst habe. Das beweist doch, wie wichtig es ist, dieses Thema aufzugreifen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir müssen uns entschieden gegen Ihren Versuch zur Wehr setzen, diejenigen zu verhöhnen – denn das ist es letztlich –, die das Stalking auf die Liste setzen und sagen, dass es bekämpft werden muss. Das ist eines Senators unwürdig und nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Neumann SPD: Überrascht das?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

A **Viviane Spethmann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte nimmt Züge an, die schon etwas merkwürdig sind.

(*Michael Neumann SPD*: Ja, das stimmt!)

Ich möchte etwas Ruhe hineinbringen. Ich glaube, wir waren uns über das Ziel des Opferschutzes immer einig. Wir denken an die Zeit zurück, bei der ich zugestehen muss, dass die Senatorin Lore Peschel-Gutzeit gute Vorarbeit – auch bundesweit – geleistet hat. Das haben wir auch immer anerkannt und mitgetragen. In diesem Konsens sollten wir hier weitermachen.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Ja, dann machen Sie das! Wir sind dabei!)

Über einzelne Wege können wir uns streiten, aber dass Herr Kloß gleich wieder den Beißenreflex auslöst, nur weil der Senator am Mikrofon steht, ist merkwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, eines sollten wir uns auf die Fahne schreiben: Man kann in Sachen Frauenhaus unterschiedlicher Ansicht sein; das ist legitim, hierüber haben wir in der Vergangenheit bestimmt Differenzen gehabt. Aber Profilierungen zulasten der Opfer sind hier nicht angebracht.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wer macht das denn?)

Wir sind in den letzten Jahren gemeinschaftlich in vielen Dingen dabei. Mit den Zeugenschutzzimmern – da hat Herr Kloß Recht – hat Frau Peschel-Gutzeit angefangen. Das hat dieser Senat trotz angespannter Haushaltssituation fortgeführt. Man kann das auch einmal positiv sehen und nicht nur bemängeln.

B Der Täter-Opfer-Ausgleich ist erhalten worden, das OEG wird schneller angewendet, die Defizite sind abgebaut worden. Alle Zuwendungen sind – außer im Bereich Frauenhaus – erhalten geblieben. Und das bei dieser Haushaltssituation! Das muss man auch einmal bedenken, das ist nicht gerade einfach.

Die im Moment laufende Bundesratsinitiative hinsichtlich des Opferrechtsreformgesetzes ist einhellig im Bundestag verabschiedet worden. Sie führen hier eine Geisterdebatte. Wir sind uns in dieser Frage einig. In einem Baustein – nämlich bei den Frauenhäusern – sind wir nicht einig.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das stimmt ja nicht mit den Zuschüssen! Gucken Sie mal die HIGAG an!)

– Die HIGAG bleibt weiter erhalten. In diesem Jahr hat sie keinen Bedarf gehabt, sie war durch andere Mittel gedeckt. Wir sind da im Gespräch. Hier besteht doch gar kein Problem. Sprechen Sie mit Frau Dr. Seifert, sie werden von dort keine Klage hören. Das können Sie klären.

Zum Thema Stalking. Wir sind uns einig, dass es dort ein Problem gibt. Wir wissen, dass es juristisch nicht genau zu lösen ist. Sogar auf Bundesebene ist das nicht ganz klar. Insoweit sollten wir gemeinsam etwas tun und die nächsten Monate das Ersuchen des Senats und auch die Debatten im Innern- und Rechtsausschuss abwarten, denen ich – wenn wir dies im Rahmen der Beantwortung des Ersuchens besprechen – aufgeschlossen gegenüberstehe. Es nützt uns doch heute nichts, wenn juristisch noch gar nicht klar ist, wie es überhaupt zu lösen ist. Insofern führen Sie hier eine Geisterdebatte.

(Beifall bei der CDU)

C Sie sagen zu Beginn mancher Reden, dass wir eine kalterzige Opferpolitik betreiben würden. Ich frage Sie: In welchem Film leben Sie eigentlich? – Im falschen.

(*Michael Neumann SPD*: Sagen Sie das mal den Frauen!)

– Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie betreiben keine kaltschnäuzige oder kaltherzige Opferpolitik, Frau Spethmann, aber eine, bei der Sie den Opferschutz teilen. Opferschutz ist nicht teilbar. Deswegen kann man die Frauenhausdebatte nicht mit dem schnöden Satz: "Da sind wir anderer Meinung" beenden und gleichzeitig blumig vortragen, wie viel man für den Opferschutz tut. Das passt nicht zusammen.

Ich möchte nur auf zwei Dinge eingehen. Zunächst zum Thema Strafjustiz. Sie sagen, von der Staatsanwaltschaft wurde mehr getan als je zuvor und dass die Staatsanwaltschaft der Garant für den Opferschutz in dieser Stadt sei. Sie vergessen dabei, dass ein Teil der Effizienzsteigerung – zumindest der Großteil des Beginns – das Ergebnis der Justizreform „Justiz 2000“ ist und Sie vergessen weiterhin, dass nichts von dieser Garantie im aktuellen Haushalt, den Sie vorgelegt haben, abgebildet wird. Sie kürzen wieder bei der Staatsanwaltschaft.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D

Das zweite Thema. Auch bei der Polizei reicht es nicht, blaue Uniformen einzuführen und als Senator Mitglied im Weißen Ring zu werden, sondern hier müssen konkrete Projekte formuliert und konkret daran gearbeitet werden, so wie man es auch für Täter und für die Opfer tun muss, um ihnen die Reintegration in den Alltag und ins Leben zu ermöglichen. Das passiert in beiden Behörden nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/864, besprochen worden ist.

Wer möchte diese Drucksache nun federführend an den Rechtsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss sowie den Innenausschuss überweisen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Zu der Drucksache 18/1090 hat die GAL-Fraktion eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte Ziffer 1 des SPD-Antrages aus der Drucksache 18/1090 annehmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist abgelehnt.

A Wer schließt sich Ziffer 3 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einer Anzahl von Enthaltungen abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 annehmen, den bitte ich um ein Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/1094 und 18/1186 federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dem Überweisungsbegehren ist nicht stattgegeben worden. Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/1186. Die GAL-Fraktion hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Wer möchte Ziffer 1 annehmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer stimmt Ziffer 2 zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist einstimmig angenommen worden.

Wer schließt sich Ziffer 3 an, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist einstimmig angenommen worden.

Auch zu der Drucksache 18/1094 hat die GAL-Fraktion eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte Ziffer 1 des SPD-Antrages aus der Drucksache 18/1094 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 2 zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 14: Große Anfrage der CDU-Fraktion: Werbeverbote in der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Werbeverbote in der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drucksache 18/841 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wachsende internationale Metropole Hamburg ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Wir sollten vielleicht erst die Bewegungen der Abgeordneten abwarten. Es scheint eine Massenflucht statzufinden.

(*Michael Neumann SPD*: Ja, Herr Hesse, woran liegt das?)

Ich möchte Ihnen dann gern Gehör verschaffen.

(*Michael Neumann SPD*: Das liegt am Redner!)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Das ist so schade, Frau Präsidentin, denn es ist ein Thema, mit dem wir uns alle

in den letzten Jahren schon öfter beschäftigt haben. Ich fange aber gerne noch einmal an.

"Hamburg zeichnet sich – auch im Vergleich zu anderen Großstädten – insbesondere im innerstädtischen Bereich durch ein einmaliges, von den 5 Hauptkirchen, dem Rathaus sowie den Wasserflächen der Alster und Elbe geprägtes Erscheinungsbild aus, das auch eine Vielzahl denkmalgeschützter und denkmalwerter Gebäude umfasst."

So steht es in der Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage. Auch aus der Sicht der CDU gilt es, dieses zu erhalten.

Großer Dank hierfür gilt insbesondere auch den verantwortlichen Firmen wie JCDecaux für die kreative und architektonische Stadtmöblierung sowie der Hamburger Außenwerbung, die mittlerweile zur Firma Ströer gehört. Beide Unternehmen sind stets bereit, trotz laufender Verträge notwendige Änderungen und Ergänzungen bei der Stadtwerbung vorzunehmen.

Die GAL hatte vor einigen Monaten einen Antrag eingebracht, ein Fußwegeleitsystem in Hamburg einzuführen. Aus Sicht der CDU geht es noch viel besser. Frau Ahrons und ich haben dazu einen Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht, den wir dort beschlossen haben, denn die Möglichkeiten einer modernen, attraktiven und zielführenden Stadtmöblierung sind mittlerweile sehr vielfältig.

Auch ohne ein großes finanzielles Engagement der Stadt können über Public-private-partnership gestalterisch anspruchsvolle Lösungen entwickelt werden, die sowohl zu den wichtigsten Punkten innerhalb der Stadt führen, aber auch zusätzlich durch das Internet gestützte Informationsterminals Stadt- und Hotelinformationen sowie Auskunft über den öffentlichen Personennahverkehr oder auch andere interaktive Möglichkeiten geben.

Der letzte CDU-geführte Senat hat die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass im Jahr 2008 beide Verträge mit den Hamburger Werbefirmen auslaufen und somit auch eine Ausschreibung mit weiteren Einnahme- und Leistungsverbesserungen für die Stadt zu rechnen ist. Das ist auch notwendig, denn die Werbung im öffentlichen Raum ist bereits jetzt eine sehr wichtige Einnahmequelle für unsere Stadt.

Im Jahr 2003 erzielte die Stadt Hamburg aus den Verträgen mit diesen beiden Firmen Einnahmen in Höhe von 3 775 872,10 Euro. Unberücksichtigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind hierbei die Leistungen, die zum Beispiel durch den Betrieb der Bushaltestellen oder den Toilettenhäusern mit übernommen wurden.

Leider gibt es in Hamburg – auch das hat die Große Anfrage deutlich gemacht – viele Vorschriften und Gesetze, die eine weitergehende als die von mir bereits beschriebene Werbung erschweren oder gar unmöglich machen. Das geschieht mit Genehmigungsprozessen oder Ausnahmeregelungen, die aus meiner Sicht nicht immer transparent und nachvollziehbar sind. Ich möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Beispiele geben, von denen ich mehr Flexibilität und mehr Klarheit in dieser Stadt erwarte.

Wen stört es denn, wenn zum Beispiel zu einer Kinopremiere "Master and Commander" zeitweise ein Plakat am Dock bei Blohm & Voss hängt und auch einmal Werbung

A für eine Kinopremiere am Hotel SAS Plaza stattfindet, insbesondere dann, wenn das für die Stadt auch noch mit Gebühreneinnahmen zusammenhängt und die Werbung wunderbar ins Stadtbild passt? Unser Senator Freytag, dem ich dafür sehr dankbar bin, hat in den letzten Fällen sehr viel Fingerspitzengefühl bewiesen und solche Werbeaktionen genehmigt.

Wen stört es wirklich, wenn kulturelle Einrichtungen in unserer Stadt wie zum Beispiel Museen oder andere Leistungsempfänger des Staates durch zeitweise Bewerbung – etwa an Gerüsten – Einnahmen akquirieren, für die sonst über den Haushalt der Steuerzahler aufkommen müsste?

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Wer hat etwas dagegen, dass gebäudeverschandelnde Gerüste in der Bauphase nicht nur durch Baufirmen bewerbar gemacht werden, wenn es hierfür klare Richtlinien hinsichtlich der Größe der Werbung gibt und wenn dann auch noch Geld für die Stadt hereinkommt?

Wer hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas dagegen, wenn die Sportstadt Hamburg mit ihren Verordnungen von 1949 und 1953 mehr Sondergenehmigungen für Segelveranstaltungen auf der Alster erteilt, die sonst in Hamburg nicht stattfinden könnten?

Wer hätte etwas dagegen, wenn wir zum Beispiel im Hinblick auf die Weltmeisterschaft 2006 in dieser Stadt und den damit verbundenen Besucherströmen eine geschickte Stadtwerbung mit kommerzieller Werbung an interessanten Orten ergänzen?

B Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele Gerichtsurteile, die sich kontrovers mit Werbung auf privatem und staatlichem Grund auseinander setzen; auch dazu steht etwas in der Großen Anfrage. Andere große deutsche Städte, wie zum Beispiel Berlin, Bremen oder Köln, haben sich auf wenige Regelungstatbestände beschränkt und hierdurch die Anzahl der Werbeanlagen deutlich erhöht. Wir wollen es uns nicht so einfach machen. Wir müssen aber mehr Augenmaß für Sondergenehmigungen bei der Werbung entwickeln und die Entscheidungsprozesse transparenter machen. Hierbei gilt es auch, die bestehenden Gesetze und Verordnungen zu überarbeiten und sie damit auch den Ansprüchen einer modernen, wachsenden und lebendigen Stadt Hamburg anzupassen.

Hamburg soll nicht Las Vegas werden, sich aber bezüglich der Werbung auch nicht irgendwann auf dem Stand Klein Kleckersdorf befinden. Dafür ist die Stadt zu attraktiv. Der finanzielle Druck, auch im Rahmen von Public-private-partnership-Einnahmen und -Leistungen für die Stadt zu generieren, ist zu groß.

Die CDU-Fraktion ist dem Senat für die aufschlussreiche Beantwortung der Großen Anfrage dankbar

(Michael Neumann SPD: Zutiefst dankbar!)

und wird mit eigenen Ideen Verbesserungsvorschläge in Form eines Antrages ins Parlament einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

C **Carola Veit SPD:*** Frau Präsidenten, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Hesse! Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe wirklich viel Verständnis für Ihre Nöte und Probleme. Sie haben sich einen Senat gewählt, der tagtäglich erstaunt feststellt, dass sozialdemokratische Senate vor ihm eigentlich alles schon einmal vorgedacht und auch alles auf den Weg gebracht haben. Drei Jahre an der Regierung und immer noch nichts Neues.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, das ist frustrierend, da wäre ich jetzt auch laut.

(Beifall bei der SPD)

Die HafenCity, den Sprung über die Elbe, den Aufschwung bei Airbus, die wesentlichen Weichenstellungen bei der Inneren Sicherheit, das haben alles unsere Senate geleistet. Auch die neuen Hafenanlagen in Altenwerder, die die Voraussetzung für den heutigen Boom bei der Hafenentwicklung sind und für die sich Ihr Senator Uldall so gerne auf die Schulter klopft, wurden lange vor Ihnen auf den Weg gebracht.

Die Verlässliche Halbtagsgrundschule, die inzwischen in der Hälfte der Republik kopiert wird, hat unsere damalige Senatorin ebenso erdacht wie sie Ihnen die beste Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen in der gesamten früheren Bundesrepublik hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD – Britta Ernst SPD: Wir setzen nichts um, ja, ja!)

So könnte man immer weiter aufzählen, warum alles, aber auch wirklich alles, was sich in Hamburg tut, vorzeigbar und liebenswert ist, einen sozialdemokratischen Ursprung hat.

D (Karen Koop CDU: Werbung! – Klaus-Peter Hesse CDU: Gar nichts zum Thema!)

– Sie werden gleich sehen, wo sich der Kreis schließt.

Ihre Senatoren müssen sich schon mächtig strecken, wenn sie am Ende Ihrer Amtszeit auch etwas vorzeigen wollen, was Sie selbst zu verantworten haben. Ich meine etwas Positives, über das negative Beispiel Frauenhäuser haben wir lange und ausführlich etwas gehört.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Veit, ich hatte zum Ende der Sitzung vor, Langmut zu zeigen. Es wäre gut, wenn Sie zum Thema reden würden.

(Beifall bei der CDU)

Carola Veit (fortfahren): Frau Präsidentin, es mag sich nicht unmittelbar erschließen, aber ich rede die ganze Zeit über Werbeverbote.

Bei dieser Senatspolitik bleibt für die Regierungsfraktion wenig übrig. Ich verstehe gut – hier schließt sich der Kreis –, wie Sie auf die so genannten Werbeverbote kommen, wobei Sie der Senat mit seiner Antwort schon mächtig abgebürstet hat. Das ist jedenfalls meine Lesart.

Dabei gibt es bei Ihrer Idee einen durchaus guten Kern. Ich verstehe Ihre Große Anfrage so, dass Sie keineswegs die Stadt mit Plakaten und Leuchtreklamen überschwemmen wollen. Sie wollen auch keine Videowand

A am Michel oder am Rathaus, Sie planen keine Trikotwerbungen bei den Lehrkräften an Hamburgs Schulen, um vielleicht die 50 Millionen Euro hereinzuholen, die im letzten Jahr in der Schulbehörde versickert sind.

(*Michael Neumann SPD: Das macht Nockemann jetzt!*)

Sie sind einfach der Meinung, man müsse zum Beispiel einer Kirchengemeinde zur Restaurierung ihrer Orgel mit einer Werbung an ihrem Kirchturm helfen, einem Segelverein helfen, mit Werbung bei der Alsterregatta die neue Steganlage zu finanzieren...

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Veit hat es ja doch verstanden!*)

– Na klar, habe ich verstanden

oder auch den Altonaer Bezirksamtsleiter unterstützen, der mit einer Werbefläche am Rathaus den Stuhlmannbrunnen restaurieren will. Im Grundsatz sind wir da gar nicht weit auseinander. Das Problem ist, wie man dies in ein Regelwerk packt, wenn Sie die Regeln so ändern, dass zum Beispiel eine Filmwerbung am Dock von Blohm & Voss hängen darf. Wie wollen Sie eigentlich verhindern, dass demnächst die Firma der Frau Uhse aus Flensburg auf Gleichbehandlung klagt? Die Werbung von der Haspa, der Norddeutschen Affinerie, Airbus oder von Nivea kann ich mir bei einer Segelregatta gut vorstellen. Aber wollen Sie im Ernst Frikadellen in Brötchen mit einem goldenen M darüber, Werbung für Hundefutter über der Alster oder ein lustiges Kondom über dem Michel hängen haben?

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Sie haben es doch nicht verstanden!*)

Ich weiß nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat Ihnen in der Antwort auf Ihre Große Anfrage ganz trocken aufgelistet, welche Vorschriften es heute gibt. Es sind sehr viele; Nichtjuristen werden sie für schwer durchschaubar halten. Da wäre eine Zusammenfassung vielleicht sinnvoll. Die heute bestehenden Vorschriften lassen – da haben Sie völlig Recht – nur wenig Spielraum für die Beamten, wie sie im Einzelfall entscheiden müssen. Das kann man bedauern, ich halte es aber im Grundsatz für richtig, denn wir beschließen im Parlament nicht Gesetze, damit sich anschließend die Verwaltungen im Bau- oder Gewerbeamt nicht daran halten und Ausnahmen machen.

(*Michael Neumann SPD: Da gibt es auch andere Beispiele!*)

Sie müssen also schon Regeln und Wege formulieren, wie man das heute sehr strikte Werbeverbot für Kirchen, Sportvereine und andere gemeinnützige Träger auflockern kann, ohne dabei zugleich anderen den Beschwerdeweg zu öffnen. Das wollen wir alle nicht. Entwerfen Sie gerichtsfeste, allgemein gültige Regeln. Wir sind zu sachlichen Beratungen gern bereit.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Ein Glück!*)

Wir werden uns auch am Ende einem vernünftigen Antrag nicht verschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluss in diesem Hause noch ein Thema, das etwas abweicht von den üblichen Themen.

Ich glaube, wir wissen alle, dass Werbung ein ambivalentes Thema ist. Der Umgang mit ihr ist meist paradox. Am deutlichsten wird das im Fernsehen, denn wenn dort die Werbung kommt, nehmen wir die Fernbedienung in die Hand und schalten meistens um. Das hat seine Gründe.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Ja!*)

Es gibt gute Werbung, die auch sehr häufig aus Hamburg kommt. Hamburg ist die Werbe- und Kreativhauptstadt für diesen Bereich. Aber oft ist Werbung nicht so geistreich. Wir wissen alle, wenn wir im Kino sitzen, dass dort die Werbung eine Geschichte erzählt, die unterhält. Hinterher kommt ganz nebenbei heraus, wofür sie ist. Das ist aber selten. Es ist auch selten bei Plakaten, die es natürlich etwas schwerer haben, eine Geschichte zu erzählen.

Machen wir uns nichts vor, die meisten Bürgerinnen und Bürger empfinden Werbung als Belästigung.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Mit Recht! – Gegenruf von Marcus Weinberg CDU: Ich nicht!*)

– Es ist so.

Ich glaube es Ihnen auch nicht, dass Sie die Werbevorschriften in dieser Stadt nur für gemeinnützige Zwecke öffnen wollen. Herr Hesse, bei Ihnen habe ich mehr herausgehört, als nur das Plakat für den Verein oder für die Kirche. Das war es nicht, ich bin in der Aufnahme etwas klarer.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Stimmt!*)

Die Frage, ob wir mehr Werbung im öffentlichen Raum brauchen, beantworte ich mit Nein. Ich glaube, das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der GAL)

Wir brauchen eine bessere Werbung, die wir aber nicht bekommen werden, wenn wir im Parlament darüber diskutieren. Wir wollen auch nicht – das ist ganz schwer zu lenken, Herr Hesse, deswegen ist Ihr Plädoyer sehr wohlfel –, dass die gesamte Innenstadt mit Werbung vollgehangt wird. Was wir jetzt haben, reicht uns allen. Das wäre auch kein Gewinn für die Stadt. Es besteht dann in der Tat das Problem, wie wir das lenken wollen.

Es gibt aber Möglichkeiten – das hat die Große Anfrage durchaus deutlich gemacht –, wie wir die Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum davor schützen können, denn sie haben keinen Einfluss darauf, welche Werbung wo hängt. Man kann vorbeigehen, aber trotzdem ist die Werbung da. Wir können etwas tun, um das Ganze an bestimmten Plätzen etwas aufzulockern. Ich will nicht sagen, dass wir uns hier verschließen wollen.

Mir sind noch zwei Fälle aus der Vergangenheit im Gedächtnis. Das ist sicherlich das Plakat "Master and Commander" am Dock von Blohm & Voss, als in Hamburg die Deutschlandpremiere veranstaltet wurde und wir uns leider überregional mit dieser Posse ziemlich lächerlich gemacht haben, egal, was in der Sache passiert ist, ob die Veranstalter im Recht waren, dieses Plakat aufzu-

A hängen oder nicht. Es hat deutlich gemacht, dass wir manchmal doch nicht so richtig Kultur- und Werbestadt sind.

In diesem Fall würden die Grünen auch einer Werbung nur für den Kulturbereich zustimmen. Das passt in die Nähe von St. Pauli, es gibt dort eine Akzeptanz in der Bevölkerung. Man kann – das hat die Große Anfrage gezeigt – dies sehr deutlich einschränken. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir nicht darüber hinausgingen und wir diesen Konsens in der Stadt gerade an den markanten Punkten, wo wir alle leben und es egal ist, wer gerade regiert, in der Zukunft aufrechterhalten.

Ein anderes Beispiel – das auch in der Großen Anfrage aufgeführt wurde und woran wir uns alle noch erinnern – sind die Fotos in einer Zeitung, mit dem am Hotel SAS Radisson ein Musical beworben und dort eine Art Vampir-Werbung angebracht wurde; sie musste aber wieder abgenommen werden. Auch das ist ein Beispiel, bei dem wir uns nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben.

Auch hier kann man sagen, dass man dort keine Zahnpastawerbung haben will. Wir wollen sie dort alle nicht sehen. Aber ich hätte kein Problem, dort eine Werbung für ein Musical zu sehen. Es war – nebenbei gesagt – eine relativ ästhetische Werbung. Auch das kann tatsächlich über die Behörde als Einzelfall gelenkt werden. Man muss nicht alles genehmigen. Auch im Kulturbereich muss nicht alles genehmigt werden. Aber wenn wir in diesem Bereich zu einer Öffnung kommen – gerade beim angrenzenden CCH, wo viele Konzerte stattfinden, oder wenn Hamburg überregional als Kulturmetropole im Norden werben will –, dann könnte es an diesen beiden Plätzen meiner Ansicht nach sehr geschickt und ästhetisch ausgeführt werden. Ich habe das Gefühl, dass wir dafür eine Akzeptanz in dieser Stadt haben.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass wir gern abwarten, was der Senat oder Ihre Fraktion vorlegen werden. Aber eines wissen wir ganz genau: Für eine extensive Ausweitung der Werbung in dieser Stadt gibt es keine Akzeptanz, auch nicht in der GAL-Fraktion. Wenn es in dem Sinne kluge Vorschläge gibt, wie ich sie eben beschrieben habe, werden wir sicher auf einen Nenner kommen.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/841, besprochen worden ist.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 22, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Bundesweit einheitliche Steuerverwaltungssoftware / Projekt "FISCUS".

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Bundesweit einheitliche Steuerverwaltungssoftware/Projekt "FISCUS" – Drucksache 18/955 –]**

Die Debatte zu diesem Punkt entfällt einvernehmlich. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 18/955, ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

C Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 44, Antrag der SPD-Fraktion: Spreehafen: Hamburg eine zweite Alster öffnen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Spreehafen: Hamburg eine zweite Alster öffnen!
– Drucksache 18/1092 –]**

Auch zu diesem Punkt entfällt einvernehmlich die Debatte.

Die CDU-Fraktion hat nun eine Überweisung der Drucksache 18/1092 an den Stadtentwicklungsausschuss beantragt. Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dem Überweisungsbegehr einstimmig stattgegeben worden.

Sie mögen es bedauern, aber für heute ist die Sitzung beendet. Wir sehen uns morgen wieder.

Schluss: 19.55 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Hartmut Engels und Jenspeter Rosenfeldt.

D